

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2... Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Annoncenzeile 10 Pfennig, 2 Zeilen 15 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3. Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295. Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 4. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Postcheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Bewerkschaften gegen Ruhrskandal. Ein Schreiben der Spitzenverbände.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund, die beiden großen freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die über 7 1/2 Millionen Mitglieder umfassen, haben folgendes Schreiben an den Deutschen Reichstag gerichtet:

An den Deutschen Reichstag, Berlin!

Die unterzeichneten Spitzenverbände der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen Deutschlands erheben gegen die von der Reichsregierung an die schwere und chemische Industrie von Rheinland-Westfalen bewilligte und zum größten Teil auch bereits ausgeschüttete Gesamtschädigung von 715 Millionen Goldmark härtesten Einspruch.

Die als Hauptträger des passiven Widerstandes neben schwersten Opfern materieller Art auch persönlich Verlust von Angehörigen, Ausweisung, Zerreißen ihres Familienlebens ertragen mußten, mit geringen Bruchteilen ihrer Ansprüche abgefunden wurden, und teils heute noch an den bitteren Folgen des Ruhrkampfes zu leiden haben, wird der rheinischen Großindustrie über den erlittenen Schaden hinaus eine Summe verabreicht, die 15 Proz. des gesamten Einnahmetats des Reiches für 1924 ausmacht.

Dies alles vollzieht sich in einer Zeit, in der das Reich seine sonstigen notwendigen Ausgaben auf ein Minimum herabgesetzt hat und für die gesamten sozialen Zwecke im neuen Etat nur eine Summe von 300 Millionen Goldmark zur Verfügung stellt.

Die offizielle Erklärung der Reichsregierung, daß sich diese gewaltige Ausschüttung von Reichsgeldern auf einen Brief des Reichsministers Grafen v. Helldorf vom 13. Dezember 1923 stützt, kann niemals als eine staatsrechtliche Grundlage für solche außerhalb des Etats liegenden Ausgaben des Reiches anerkannt werden.

Dieser Unrechtsbrauch ist um so mehr zu verurteilen, als statt einer individuellen Kontrolle der den einzelnen Großbetrieben tatsächlich erwachsenen Schäden die Gelder den Industrieverbänden überwiesen wurden, deren Kontrolle über die einzelnen Schadensrechnungen in keinem Falle als Ersatz für die unterbliebene Prüfung durch die Reichsorgane angesehen werden darf.

Durch die schärfste Anspannung der Steuerhantel, vor allem durch hohe Verbrauchs- und Lohnsteuern und eine starke Belastung der Gewerbetreibenden ist im abgelaufenen Jahr ein Staatsüberschuß von 940 Millionen Goldmark erzielt worden, von dessen Gesamttrag jetzt über 75 Proz. den erwähnten Industriellen ausgezahlt worden sind.

Bei den Schiedssprüchen der Schlichtungsinstanzen war der Hinweis auf die von den Zechen zu tragenden Vicum-Lasten entscheidend, um die Löhne niedrig zu halten, die Arbeitszeit zu verlängern. Die hohen, weit über den Friedensstand liegenden Kohlenpreise wurden der Öffentlichkeit damit mündgerecht gemacht, daß die Zechen alle Lasten des Ruhrkampfes selbst zu tragen hätten.

Eine Anfrage des Deutschen Bergarbeiterverbandes vom 17. Oktober vorigen Jahres ist jetzt nach vier Monaten beantwortet worden, eine Befragung dafür, daß diese Zuzahlung des Reiches an die Zechenbesitzer erst nachträglich bekannt werden sollte. Diese Vorgänge haben, vornehmlich unter den Belegschaften der einschlagenden Unternehmungen, Erbitterung und Empörung ausgekostet. Für die Arbeiter und Angestellten jener Werke bildete die Generalfindung zum Zwecke des Kohlendruckes und der Befestigung des Aufschlusses den Abschluß des passiven Widerstandes. Die Belegschaften der von der Vicum beflagelnten Betriebe sind wider Recht und Gesetz nach Ausgabe an die deutschen Besitzer von diesen freilos entlassen worden; nur ein Teil wurde zu verschlechtesten Bedingungen wieder eingestellt, die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter zum großen Teil gemahrgelkt. Das Reichsministerium hat ihnen seinen Schutz versagt und sie auf den Weg ver-

wiesen, ihre Ansprüche bei der Vicum in Paris geltend zu machen! Etwa 7000 Arbeiter und Angestellte, darunter solche mit einer mehr als 30jährigen Dienstzeit, sind allein auf diese Weise brotlos gemacht worden. Den erst von der Befragung gepeinigten, dann von ihren deutschen Arbeitgebern auf die Straße gejagten Angestellten und Arbeitern ist bisher keine Entschädigung vom Reich bewilligt worden, während die Ruhmruher ihrer Rot aus Reichsgeldern eine unverdiente Bereicherung erfahren sollen.

Die unterzeichneten Gewerkschaftsbünde erwarten von den Parteien des Reichstages eingehende Untersuchung dieser Vorgänge und unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine Gesamtregelung, die der sozialen Gerechtigkeit entspricht.

Berlin, 3. Februar 1925.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. P. Grafmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. S. Kufhäuser. W. Stähr.

Der Kern des Skandals.

Zu dem in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ unter dem Titel „Der Kern des Skandals“ erschienenen Artikel wird uns aus gewerkschaftlichen Kreisen mitgeteilt:

Die von dem Einleiter aufgeworfene Frage, „ob denn überhaupt schon eine endgültige Abrechnung der ausgezahlten Gelder für die Lohnsicherung stattgefunden habe“, kann ich dahin beantworten, daß

weder eine endgültige noch eine vorläufige Abrechnung bisher stattgefunden hat. Auch ist keine der in dem angeführten Artikel gestellten Fragen hinsichtlich der Veranbarung der einzelnen Gelder durch die Schwerindustrie bisher in einer für das Reich einigermaßen zufriedenstellenden Weise geklärt worden.

So viel ich weiß, ist vielmehr die dringend nötige und in öffentlichem Interesse liegende Abrechnung durch einen Vergleich (!) zwischen den Industriellen und dem Reich erledigt worden. Welche Vorlegungen oder sonstigen Einwendungen der Interessenten dabei ausschlaggebend gewesen sind, wäre nicht ohne Interesse für eine breitere Öffentlichkeit. Anscheinend hat die Schwerindustrie die zuständigen Stellen mit dem Hinweis zum Nachgeben gebracht, daß sie durch genaue Rechnungslegung nachweisen könnten, daß das Reich ihnen aus der Durchführung des passiven Widerstandes noch erhebliche Beträge schuldet!

Somit wir wissen, besteht eine besondere Abrechnungskasse für diese während des passiven Widerstandes vom Reich an die Verbände und sonstige Körperschaften gezahlten Gelder. Es haben wenigstens schon eine ganze Reihe nicht zur Schwerindustrie gehöriger Verbände usw. dieser Stelle Rechnung legen müssen.

Wir verlangen von der Regierung, daß sie über das Ergebnis der Arbeit dieser Stelle in der Öffentlichkeit klare Ansichten gibt. Interessant wäre auch, zu erfahren, wie hoch die festgestellten Ansprüche des Reiches aus dieser Rechnungslegung sind.

Die neue Steuer-Reform.

Einschränkung der Steuerhoheit des Reiches.

Heute tritt im Reichsfinanzministerium eine Konferenz der Finanzminister der Länder zusammen. Die Konferenz soll sich mit der neuen Steuerreform beschäftigen, insbesondere mit dem beabsichtigten Finanzausgleich zwischen dem Reich den Ländern und den Gemeinden. Ueber die Absichten des Reichsfinanzministeriums läßt sich folgendes mitteilen:

- 1. Es ist eine Ermäßigung der Reichseinkommen- und der Körperschaftsteuer um ein Drittel geplant. Ferner die Einräumung eines Zuschlagrechts an Länder und Gemeinden mit einer Höchstgrenze und dem Genehmigungsrecht des Reichstages. 2. Statt der ursprünglichen geplanten Befreiung des Bänderanteils an der Umsatzsteuer soll eine Erhöhung dieses Anteils erfolgen. 3. Als Ersatz für den Ausfall, der dem Reich durch Verminderung der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer entsteht, soll eine starke Steigerung der Verbrauchssteuern eintreten. Werden diese Absichten verwirklicht, so verzichtet das Reich auf einen wesentlichen Teil der Steuerhoheit, die es bisher hatte.

Amerika und Weltfriedensgericht.

Der Senat für Beitritt.

Washington, 3. Februar. (W.S., Funkpruch.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses nahm eine Entschließung an, der zufolge dem Repräsentantenhaus durch Protokoll mitgeteilt werden soll, daß der Ausschuss sich für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltfriedensgerichtshof ausspreche.

Die Krise in Belgien.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht.

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

Die belgische Kammer, die seit Jahren mit dem innenpolitisch und teilweise auch außenpolitisch vollkommen aktionsunfähigen Kabinett Theunis fortvegetiert, ist nunmehr am Ende ihres Lateins angelangt. Seitdem die sozialistischen Minister aus der Regierung hinausmandoriert wurden, um der kräftigen demokratischen und sozialpolitischen Reformarbeit der Nachkriegszeit ein Ende zu machen, hielt eben nur dieses negative Ziel die katholisch-liberale Regierungsmehrheit zusammen, aber zu irgendwelcher aufbauender Arbeit war dieser Bürgerblock in keinem Augenblicke fähig. Aber die Furcht, daß das offene Eingeständnis ihres Bankrotts die Sozialisten zum maßgebenden Faktor der belgischen Politik machen würde, bewog die Regierungskoalition immer wieder dazu, sich ihrem fast ununterbrochen drohenden Zerfall krampfhaft entgegenzustellen. Immer wieder kam es zu einem faulen Kompromiß, und zwar durchweg auf der Grundlage, daß beide Parteien auf die Verwirklichung ihrer gesetzgeberischen Forderungen verzichteten. So bietet die belgische Kammer seit dem Austritt der Sozialisten aus der Regierung ein Bild der Unfruchtbarkeit und der Konfusion, das nicht alltäglich ist.

Nun geht dieses abstoßende Spiel aber doch zu Ende. Die Lebenszeit des Parlaments ist beinahe abgelaufen und die Neuwahlen müssen verfassungsgemäß spätestens am 24. Mai stattfinden. Aber obwohl die beiden Regierungsparteien in fast allen wichtigen Fragen vollkommen einig sind, klammerten sie sich auch noch in der allerletzten Zeit und zum Teil noch heute krampfhaft an dieses Parlament, um möglichst keinen einzigen Tag der Macht zu verlieren.

Trotzdem stehen wir nun vor der offenen Krise. Es ist die Frage des Frauenstimmrechts zu den Provinzialwahlen, die sie zum Ausbruch gebracht hat. Die Katholiken wollen das Frauenstimmrecht zu diesen Körperschaften, weil diese ein Viertel des Senats wählen und weil die Katholiken vielleicht nicht mit Unrecht hoffen, daß der Stimmengewinn, den ihnen das Frauenwahlrecht bringen würde, vielleicht ausreicht, um ihnen die Mehrheit im Senat zu sichern. Aus diesem Grunde aber widerlegen sich die Liberalen dem Frauenstimmrecht mit aller Macht. Auch die Mehrheit der Sozialisten ist gegen seine sofortige Verwirklichung. Darüber hinaus betrachten die Liberalen die Behandlung dieser Frage im Parlament als einen Bruch des Koalitionspaktes. Sie drohen schon seit Jahren mit dem Rücktritt ihrer Minister, falls die Katholiken einen Gesetzesantrag über das Frauenstimmrecht stellen.

Bis jetzt hat diese Drohung genügt, um die Katholiken einzuschüchtern. Nun aber drängt die Zeit. Kommt der Gegenentwurf nicht schnell zur Verhandlung, so wird das Parlament aufgelöst, ohne daß das Frauenstimmrecht Gesetz wird, und dann wird der neue Senat wieder von den alten Provinzialparlamenten in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung gewählt.

Darum haben sich die Katholiken jetzt entschlossen, die Frage des Frauenstimmrechts ohne Rücksicht auf die Liberalen gleich nach Verabschiedung des Gesetzesentwurfs über die Erhöhung der Behergehälter auf die Tagesordnung der Kammer zu legen. Die Diskussion dürfte in etwa zwei Wochen beginnen. An der Annahme des Gesetzesentwurfs in der Kammer ist nicht zu zweifeln, weil außer den 75 Katholiken etwa 20 Sozialisten, die sich früher schon zugunsten des Frauenstimmrechts festgelegt haben, dafür stimmen und eine ausreichende Mehrheit sichern werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen — allerdings sofern bei diesen Herren überhaupt etwas sicher ist —, daß die Liberalen dann die Krise produzieren. In diesem Falle wird Herr Theunis voraussichtlich sofort die Kammer auflösen und die Neuwahlen werden Ende Februar oder Anfang März stattfinden.

Es ist freilich nicht ausgeschlossen, daß die Katholiken eine Art kleinen Staatsstreich versuchen, indem sie die Ernennung eines rein katholischen Kabinetts durchsetzen, das die Wahlen zu „machen“ hätte. In solcher „Wahlmache“ haben die belgischen Katholiken schon Erfahrung. So wurden die letzten Wahlen vor dem Kriege, als die katholische Alleinherrschaft endlich ernst bedroht war, von dem damaligen Ministerpräsidenten de Broqueville in der Weise „gemacht“, daß er inmitten des Wahlkampfes, wenige Tage vor den Wahlen, alle Staatsbeamten durch eingeschriebenen Brief von der bevorstehenden Erhöhung ihrer Gehälter in Kenntnis setzte — vorausgesetzt, daß die katholische Regierung am Ruder bleibe! Das war freilich in der guten alten Zeit des Ruralwahlrechts. Heute müßte die Wahlmache etwas weniger plump ins Werk gesetzt werden. Nichtsdestoweniger wäre den Herren manches zuzutrauen und aus diesem Grunde würden die Sozialisten sicher nicht untätig zusehen, wenn der König es sich einfallen ließe, im Falle der Demission des Kabinetts Theunis eine liberale Minderheitsregierung vor den Wahlen zu ernennen.

Man kann sich nach dem Vorstehenden ein Bild davon machen, wie konfus und zerrüttet der Wahlkampf bei den Katholiken und Liberalen sein muß, die den Wählern nichts

aufzuweisen haben als Unfruchtbarkeit und innere Spaltungen. Der Kampf hat übrigens bereits eingesetzt. Die Sozialisten gehen ihm frischen Mutes entgegen. Die Kandidatenlisten der Sozialdemokraten werden in jedem Wahlkreis durch Urabstimmung aller in den Parteigruppen, den Gewerkschaften und Genossenschaften organisierten Mitglieder festgesetzt. Dieser „Voll“, wie man es nennt, ist also eigentlich schon eine wirkliche demokratische Volkswahl, an der in der Regel ein großer Prozentsatz der Gesamtbevölkerung teilnimmt. Es ist deshalb ein Beweis großer innerer Kraft und Geschlossenheit der belgischen Partei, daß bei den soeben stattgefundenen Wahlen die bisherigen Abgeordneten der Partei sowohl für die Kammer wie den Senat durchweg auf die Kandidatenliste gestellt worden sind, und zwar die hervorragenden Parteiführer stets an erster Stelle. Die Sozialdemokratie hat die besten Gründe, einen erheblichen Stimmen- und Mandatszuwachs zu erwarten, einen Zuwachs, der hinreichend wird, um die Wiederholung des mißkreditierten Bürgerblocks unmöglich zu machen.

## Die deutschnationale Kapitulation.

### Westarps Wahl zum Vorsitzenden.

Dem „Total-Anzeiger“ entnehmen wir folgenden Bericht: Graf Westarp ist in der heutigen Fraktionsversammlung der Deutschnationalen zum Vorsitzenden gewählt worden. Diese Wahl ist durch Zufall erfolgt. Man wird in ihr ein politisches Bekenntnis nach der Richtung sehen dürfen, daß sich auch der sogenannte konservative Teil der deutschnationalen Reichstagsfraktion rückhaltlos hinter jene Erklärung der Deutschnationalen gestellt hat, jene Erklärung, die ja auch bereits durch den Mund des Grafen Westarp abgegeben wurde, daß die Politik des Kabinetts Luther in ihren großen Zügen von den Deutschnationalen gebilligt wird. Seit der Abgabe jener Erklärung ist bekanntlich auch die Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Luther an die Vertreter der ausländischen Presse gehalten worden, von der selbst ein linksdemokratisches Blatt feststellte, durch sie seien die „Hoffnungen“ auf „reaktionäre“ außenpolitische Engleisungen des jetzigen Reichskabinetts zusehends gemindert worden. Wenn Graf Westarp jetzt den Vorsitz der deutschnationalen Reichstagsfraktion übernommen hat, dann liegt darin, daß auch er und sein enger Freundeskreis die Außenpolitik des jetzigen Reichskabinetts stützt und billigt. Das dürfte nicht nur innerpolitisch von Wichtigkeit sein, weil es die völlige Geschlossenheit der Deutschnationalen betundet, sondern auch außenpolitisch von nicht geringem Interesse.

Diese Erklärung — zweifellos offiziöser Charakters — ist allerdings interessant. Sie besagt, daß die Deutschnationalen einschließlich ihres östlichen Flügels ohne Bedenken die Erfüllungspolitik restlos geschluckt haben. Ihr jahrelanger Kampf war also nur Heuchelei. Nach außen ist sie nichts anderes als die offene Abgabe der Bittenschrift an den „Feindbund“. „Wir sind ja gar nicht so schlimm! Auch wir wollen verhandeln. Kümmert euch nicht um unser Gestrül das wir doch nur erhaben haben, um Dumme zu fangen. Macht mit uns Geschäfte.“ Das und nichts anderes besagt der Hinweis auf die völlige Geschlossenheit der Deutschnationalen in außenpolitischen Fragen. Sie werden im Gegenteil nationale Interessen mit Wollulst preisgeben, wenn nur das Ziel ihrer Sehnsucht erreicht ist: die Herrschaft im Reich und — das preussische Innenministerium!

## Bereicherung der Konzernmacht.

### Das wahre Gesicht der Bürgerblockpolitik.

Die Regierung hat der schwerindustriellen Interessenpresse Mitteilungen aus der angekündigten Denkschrift an den Reichstag gemacht, noch ehe der Reichstag Kenntnis von dem Inhalt dieser Denkschrift hat. Diese Mitteilungen sollen den Kern des Stands abermals vertuschen.

Je mehr die Regierung sich in eine Front mit den Interessenten und Kuhnhebern der 700-Millionen-Entschädigung stellt, um so klarer wird ihre Schuld. Mit diesen Reihenden wird die Regierung nur den Eindruck verstärken, daß Rechtsblock gleichbedeutend ist mit Ausnutzung der politischen Vormachtstellung der Großindustrie zu ihrer Bereicherung auf Kosten der Gesamtheit.

Dieser Skandal ist nicht nur ein Finanzskandal. Er ist ein politischer Skandal ersten Ranges. Die Schuld der Verantwortung trifft vor allem die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen. In diesen Lagern saßen die Treiber und Kuhnheber der Inflation, die Saboteure der Staatsfinanzen und der Währung. Seit dem Jahre 1920 wurde in beiden Lagern daran gearbeitet, diese Parteien, die denselben klassenmäßigen Untergrund haben, zusammenzuführen zu einem Block, der die Arbeiter-schaft politisch beiseite schieben und gegen die Sozialdemokratie regieren sollte. Vom ersten Tage der ersten großen Koalition im Reich an begannen die offenen Vorstöße der Schwerindustrie, um dieses Ziel zu verwirklichen. Das Feldgeschrei der Interessenten wurde: Bürgerblock. Zur Begründung konnte man in der gefälschten Presse lesen, daß nur der Bürgerblock jene großen Wirtschaftsfragen lösen könne, die mit der Sozialdemokratie nun einmal nicht gelöst werden könnten.

Heute weiß man, welche Wirtschaftsfragen sie nicht mit der Sozialdemokratie lösen konnten. Sie konnten nicht gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Allgemeinheit beirauben, um die Schwerindustrie des Westens zu bereichern. Dieser 700-Millionen-Skandal ist nichts anderes als eine gegen das Budgetrecht des Reichstages, gegen die höchsten Rechte der Volksvertretung und ihren Willen verstoßende Beraubung des Staats- und Volksvermögens.

Nicht in der Tatsache der Entschädigung der Ricum-Lasten an sich liegt der Skandal, obgleich die Wirtschaftskreise, die die Ricum-Lasten tragen mußten, bis zum Ruhrkampf und erst recht während des Ruhrkampfes nicht nur nicht Opfer für Deutschland gebracht, sondern sich in der Zeit der allgemeinen Not bereichert hatten. Der Skandal liegt im Uebermaß der gezahlten Entschädigungen, im Fehlen jeder Abrechnung und jeder Kontrolle, in der Verheimlichung vor dem Reichstag. Er liegt vor allem in jener verdächtigen Eile, in der Ende Dezember mit den Zahlungen begonnen wurde, die in wenigen Tagen schon beendet waren. Das muß den Eindruck erwecken, als hätten die Amtsstellen, die diese Zahlungen angeordnet und durchgeführt haben, die Befürchtung gehabt, daß der neugewählte Reichstag Widerspruch gegen diese Uebertragung einer Summe, die fast dem ganzen Ertrag der Auslandsanleihe gleichkommt, an die deutsche Schwerindustrie erheben könnte. Das erweckt den Eindruck, als habe man in einer Zeit, wo das Zustandekommen eines Rechtsblocks noch nicht sicher war, Rechtsblockpolitik auf eigene Faust geführt und das Präsidium zu spielen, um den Reichstag vor vollenzogene Tatsachen zu stellen. Die Kuhnheber dieses Entschädigungsstandals aber sind zu einem guten Teil dieselben Personen, die am schärfsten für den Bürgerblock eingetreten sind. Es sind Deutsche Volksparteiler und Deutschnationalen, denen diese Entschädigungen zugute gekommen sind.

Diese Politik ist aber auch von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Es sind keine Verhandlungen geführt worden mit den einzelnen Geschädigten. Es haben keine Nachprüfungen individueller Schäden stattgefunden. In Bausch und Bogen ist ein ungeheurer Entschädigungsbetrag an das Ruhrkohlenyndikat ausgezahlt worden. Die schuldigen Behörden haben das Ruhrkohlenyndikat kritiklos behandelt als sie jede Reichsbehörde behandeln hätten. Sie haben mit der Art der Entschädigung die wirtschaftspolitische Macht des Ruhrkohlenyndikats gegenüber den einzelnen Unternehmungen ungeheuer gestärkt. Fast muß man glauben, daß dies die Absicht war.

Das ist das Gesicht der Bürgerblockpolitik, die sich auf die Macht der großen Konzerne stützt und die der Stärkung der Macht der großen Konzerne und ihrer Bereicherung dient!

## Eine neue Lage in der Aufwertungsfrage.

Dem Bericht über die Sitzung des Aufwertungsausschusses in der gestrigen Abendnummer ist noch folgendes hinzuzufügen:

Bei Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Kenntnis von einem Schreiben des deutschnationalen Reichswirtschaftsministers Neuhaus, worin derselbe mit nachdrücklicher Befürwortung den Wunsch der Spitzenverbände der Industrie, der Landwirtschaft und des Großhandels übermittelte, die Vertreter dieser Verbände vor der Entscheidung über die Neuregelung der Aufwertungsfrage noch einmal im Ausschuss zu hören. Dem Schreiben war beigefügt die bekannte Resolution der Spitzenverbände, in der sie sich entschieden gegen jede Verbesserung der Aufwertungsbedingungen zugunsten der Gläubiger aussprechen. Der Ausschuss nahm von diesem Schreiben des Reichswirtschaftsministers Kenntnis und behielt sich vor, später darauf zurückzukommen und dann auch den Präsidenten des Reichsbau- direktoriums, Dr. Schacht, zu einer Äußerung über die Aufwertungsfrage einzuladen.

Auf die Tagesordnung der nächsten, auf Donnerstag festgesetzten Sitzung wurde auf sozialdemokratisches Verlangen als erster Punkt die Beschlußfassung über den deutschnationalen Antrag betr. Aufhebung der Rotverordnung vom 4. Dezember 1924 gesetzt. Sodann soll über die Regierungsdienstschrift zur Aufwertungsfrage beraten werden. Mit Bezug hierauf sprach Abg. Reil (Soz.) den Wunsch aus, daß die Regierung bis zur nächsten Sitzung mit positiveren Mitteilungen, als sie in der Dienstschrift zu finden sind, über ihre Absichten aufwarten möchte. Mit dem Bekanntwerden der 700-Millionen-spendende Regierung an die potentesten Wirtschaftskreise des Ruhrgebiets sei in der Aufwertungsfrage eine völlig neue Lage geschaffen. Es sei selbstverständlich, daß manmehr die Ansprüche der verarmten Opfer der Inflation im Zusammenhang mit den gewaltigen Staatsleistungen an die zahlungsfähigsten Volksschichten zu würdigen seien.

## Arbeitsplan des Landtags.

Der Verlesertrat des Preussischen Landtags beschloß am Dienstag, dem Landtage zu empfehlen, die Wahl des Landtagspräsidenten auf Dienstag, den 10. Februar, zu verschieben. Diese Abweichung von den Bestimmungen der Geschäftsordnung ist nur möglich, wenn die Fraktionen einverstanden sind. Im Verlesertrat ist die Zustimmung erfolgt, der Landtag muß endgültig entscheiden. Die nächste Sitzung ist festgesetzt auf Donnerstag, den 5. Februar, nachmittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe kleiner Gegenstände, wie Bildung von Ausschüssen, Wahlen zum Wahlprüfungsgericht und zum Staatschuldenauschuss, Antrag Dr. v. Campe (D. Sp.) auf Ansetzung eines Ausschusses von 21 Mitgliedern für das besetzte Gebiet, ferner Strafverfolgungssachen. Ein Antrag auf Neuordnung des höheren Schulwesens, ferner Abwachen sollen ohne Beratung der zuständigen Ausschüsse überwiesen werden. Außerdem wird die kommunisistische Anträge antrag am Donnerstag auf der Tagesordnung stehen. Wenn die Aussprache über diesen Antrag nicht beendet wird, soll sie am Freitag fortgesetzt werden. Außerdem soll Freitag Schwerkriegstag sein. Am Donnerstag mittig soll der Verlesertrat erneut zur weiteren Beratung der Geschäftsliste zusammenzutreten.

Deutschland und das Arbeitsamt. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes beschäftigte sich mit der Bereitwilligkeit Deutschlands, seine Zahlungen unter der Bedingung wieder aufzunehmen, wenn es keine Nachzahlungen zu leisten braucht und seine Beiträge herabgesetzt werden. Der Verwaltungsrat ist nicht abgeneigt, diese Wünsche zu erfüllen. Die Entscheidung hat die Vollversammlung des Völkerbundes.

## Morgen auf dem Schlessischen Bahnhof.

Von Konrad Seiffert.

Durch den dünnen Morgennebel, der auf dem Platz vor dem Schlessischen Bahnhof liegt, trobt der lange Zug der Verbrecher, strebt der Vorhülle zu, windet sich die Treppen zum Bahnsteig hoch. An jeder Seite jedes Verbrechers und jeder Verbrecherin geht ein Schutzpolizist. Lederzeug knarrt. Waffen klappern.

In der Vorhalle sammeln sich Menschen an, die wortlos dem Zug der Verbrecher nachsehen. Die meisten der Gefangenen halten den Kopf gesenkt, sehen starr auf den Rücken des Vordermannes. Einige mustern mit gespielter oder natürlicher Frechheit die Gostenden.

Oben auf dem Bahnsteig bildet sich aus dem langen Zug ein quadratischer Haufen, um das sich dicht der grüne Kreis der Schutzpolizisten legt. Reisende, die auf die Einfahrt ihres Zuges warten, kommen herzu. Bahnbeamte in dicken Mänteln, und mit schweren Holzstäben in der Hand, an denen vorn eine Laterne hängt, schließen sich an. Die Verbrecher reden nicht miteinander, sehen starr auf den Rücken ihres Vordermannes oder frech in die Mauer der Gostenden.

Ein Mädchen ist unter den Verbrechern mit zartem Gesicht und gepflegten schmalen Händen. Es kann eine Diene sein oder der degenerierte Spieß einer alten Familie. Auf den Schultern des Mädchens liegt lässig ein Pelz, und seine schmalen Knöchel wappnen ein hauchdünner Seidenstrumpf. Wenn ein Windstoß den Pelz zur offenen Bahnhofshalle hereinzieht, dann zieht es den Pelz fröhlich etwas höher und schlägt den engen Rod zusammen, der eben Boden und Arnie freigibt. Apfelmäßig starrt es auf die Schienen hinaus, über denen der Rebel liegt.

Ein Jüngling ist unter den Gefangenen mit schwarzem Haar, das ungehindert unter seiner Schirmmütze hervorquillt. Er hat seine Hände in den Rocktaschen vergraben und starrt starr hinaus auf die Schienen. Beißt er die Zähne zusammen? Beißt er die Fäuste? Ein politischer Verbrecher?

Männer und Frauen sind unter den Gefangenen mit den typischen Zügen der Gewohnheitsverbrecher, mit schweren Augen, mit frechen Bewegungen. Und Menschen, denen man es ansieht, daß sie einen Schnitt haben zwischen sich und jenen Anderen, die auf der anderen Seite der grünen Schuppmauer stehen. Und Menschen, die das Schicksal zermalmt, ohne sie zu erheben. Mit weiten Augen sehen sie hinaus auf die Schienen, von denen der Rebel schwindet.

Eine schwindfüchtige Lokomotive teucht mit dem Bogen für die Verbrecher in die Bahnhofshalle.

Die grüne Mauer der Schutzpolizei löst sich, bildet eine Gasse zum Verbrecherwagen, dessen kleine Fenster eng vergittert sind. Ein Gefangenenerwärter kommt, schiebt die Tür des Bogens auf, winkt mit dem Kinn. Ein Verbrecher nach dem anderen gleitet an

ihm vorbei in das Grau des gähnden Wagens. Hinter dem letzten schiebt der Beamte die Tür mit zwei Schläffen ab und zieht die Türklinte heraus. Dann bringt er seine Tabakpfeife wieder in Ordnung. Das Schuppoaufgebot trabt durch die Sperre und mit gemächlichen Schritten die Treppe hinab.

Eine Welle steht der Verbrecherwagen allein auf den Schienen des Bahnsteigs. Dann teucht die schwindfüchtige Lokomotive wieder heron und schiebt ihn fort. Langsam zerstreut sich die Menge der Gostenden.

Der Zug fährt ein, auf den die Reisenden warten. Mit vorgestrecktem Bauch schreitet der Herr Stationsvorsteher die Bogen entlang nach hinten. Die schwindfüchtige Lokomotive schiebt eben den Verbrecherwagen an das Ende des Zuges heran. Die Rippenlungen trachen.

Vorn, in der östlichen Öffnung der Bahnhofshalle geht eben ein Rebel rot, feuerrot die Sonne auf. Der Zug fährt ihr entgegen. Am Gitterfenster des Verbrecherwagens erscheint das Gesicht des Jünglings mit dem schwarzen Haar. Mit weiten Augen sieht er in die blutrot aufgehende Sonne.

Alles kommt golden auf: die eisernen Träger und Säulen und Stützen der Bahnhofshalle, das schmutzige Glasdach, die ein- und ausschreitenden Vorortzüge. Wie süßliches Gold quillt es aus den Dampfmaschinen der Lokomotiven, mit silberigem Schein im Innern der Schornsteine. Gold sind die Fensterscheiben der Wagen, die Trittbretter und Messingklinten. Goldene Märgelgestalten die schlanken Mädchen, die zur Schule oder ins Bureau gehen, Goldklumpen die Bogenlampen, die tief vom Glasdach herunterhängen. Auf goldenen Leitern steigen goldene Arbeiter hinauf, auf goldene Gerüste bis unter das Dach, wo ihr Arbeitsplatz ist. Gold ist das Signalzeichen, das der Bahnhofsvorsteher hochhebt. Wie zwei schmale Goldströme laufen die Schienen hinter den abfahrenden Zügen her, bis die Schatten der Hinterhäuser sich trübsalig darüber werfen.

## Die Anfänge der Berliner Volksbühne.

In der Schulaula in der Gipsstraße plauderte der Genosse Curt Baake über die Anfänge der Berliner Volksbühne, ein an Jahren schon verhältnismäßig altes, aber gemäß nach kein veraltetes Thema. Im Gegenteil, es waren auch sehr viel junge Menschen zu dem sehr interessanten Vortrag gekommen; still saßen sie beim Flackerlicht und lauschten auf die Ausführungen und auf das, was die Debatte der „Alten“ an Erinnerungen offenbarte.

Im Frühjahr 1889 hatte Bruno Wille den Anstoß zur Gründung der „Freien Bühne“ gegeben. Der Verein mußte die Form einer geschlossenen Gesellschaft annehmen, denn die Polizei hätte unter Führung des Herrn von Richthofen, dem bekanntlich die ganze Richtung nicht paßte, nur zu gern den staatsrechtlichen Naturalismus, dessen Betonung erstes Prinzip der Jungen war, abgedroschelt. Nun, selbst das Staatsgefährliche darf nicht zu teuer sein, die Rot-

wandigkeit für drei Parteitische fünfzehn Mark nehmen zu müssen, führte zur Volksbühne, die bei gleichen Leistungen zehnmal so billig sein sollte. Ein wegen des damals noch bestehenden Sozialistengesetzes sehr vorsichtiger Aufruf Bruno Willes im „Berliner Volksblatt“ (dem Vorgänger des „Vorwärts“) Ende März 1890 und eine von 2000 Proletariern besuchte Massenversammlung im „Böhmischen Brauhaus“ veranlaßte die offizielle Gründung; Befreiung des Theaters vom Kapitalismus, Eroberung der Bühne durch eigene Kraft, Pflege der modernen Dichtung durch Aufführung zeitgemäßer und problematischer Dramen — das waren die hohen Ziele. Schon auf den ersten Antriebe traten der „Volksbühne“ 1200 Mitglieder bei, die dreifache Anzahl gemann sie im Verlauf des ersten Geschäftsjahres. Eröffnet wurde mit Ibsens „Stützen der Gesellschaft“, später kam Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“, alles wurde im Ostend-Theater, dem heutigen Role-Theater, gespielt. Die Polizei war selbstverständlich müde über die Wahl der Stücke, die doch nun einmal „tendenziös in sozialdemokratischem Sinne“ seien, selbst „Abele und Uebe“ behagte ihr ebenso wenig wie Sudermans frohkapitalistische „Ehre“. Im Oktober 1892 kam es zur Spaltung. Mit gemeinsamem geistigem Fundament bestanden zwei Volksbühnen nebeneinander. Sie marschierten getrennt und sie trafen sich wieder. Vereint mögen sie nun kämpfen die heilige, ewige Schlacht um unseres Tages Veredelung. Erich Gottgeireu.

Eduard v. Gebhardt, vor einem Menschenalter einer der gefeierten deutschen Meister der religiösen Malerei, ist, 86 Jahre alt, in Düsseldorf gestorben. Mit 16 Jahren war er, ein geborener Deutschruße, auf die Petersburger Akademie gekommen, doch fand er die für seine Kunstrichtung entscheidenden Anregungen erst in Düsseldorf unter der Leitung von Wilhelm Sohn. Gebhardt wurde ein Vertreter des Düsseldorfser (sogenannten „koloristischen Realismus“) und er sah sein Ideal in der deutschen und niederländischen Malerei des 15. und 16. Jahrhunderts. Seine Begeisterung für die alten Meister ging so weit, daß er die Bestellen seiner biblischen Historienbilder in Kostüme der Renaissance steckte und daß er seine Marien den Veinam des Herrn in einem altheutschen Zimmer bewohnen ließ. Trotz dieser Mästerade sind die besten Werke Gebhardts echt und ehrlich empfunden und namentlich seine Köpfe zeichnen sich nicht nur durch herbe Größe, sondern auch durch Innigkeit des Ausdrucks aus. Eines seiner Hauptwerke, das „Abendmahl“ von 1870, befindet sich in unserer Nationalgalerie. Gebhardts altmeisterlicher Kolorismus wurde später durch die impressionistische Hellmalerei überholt und seine altheutschen Heiligen übertrumpfte Fritz v. Lürich, als er Christus in das Milieu des modernen Proletariats stellte. J. S.

Der neue Vorstand der Berliner Sezession. Die Berliner Sezession, die jetzt nach der Auflösung der freien Sezession eine Anzahl hervorragender Mitglieder der anderen Gruppe an sich zieht, hat in ihrer Generalversammlung die Neuwahl ihres Vorstandes für 1925 vorgenommen. Dem Vorstande gehören an Prof. Louis Corinth, Charlotte Berend, Franz Deckert, Emil Kardel, Bruno Krauskopf, Eugen Eppro, Prof. Ernst Wendt, dann als neue Mitglieder Prof. Arthur Degner, Otto Dix und Konrad Feltsmaier.

Bild und Text. Wilhelm 69. veranlaßt im Februar eine Ausstellung der Kunst. Druck nach Photographien der großen Meister aller Zeiten.

# Heilmann vor dem Untersuchungsausschuss.

## Aufsichtsrat Stresemann und der Sprit-Weber.

(Schluß des Berichts aus der 2. Beilage.)

Heilmann erklärt, er wünscht vereidigt zu werden, und kommt dann auf die

**Beziehungen zwischen dem Sohn Eberts und Barmat**  
zu sprechen. Die verschiedenen Angriffe, die gegen den Sohn des Reichspräsidenten wegen seiner Stellung in der Reichszentrale für Heimatdienst gerichtet worden seien, hätten ihm diese Stellung verleidet. Er wolle gerne ausscheiden und sucht eine andere Tätigkeit. Deshalb wandle er sich eines Tages ohne Vorwissen von ihm, Heilmann, an Barmat und fragte, ob er nicht in seinem Betriebe eine Stellung finden könne. Barmat habe nicht ja und nicht nein gesagt, sondern ihn gebeten, einmal zur Bremer Privatbank zu gehen und mit deren Leitern zu verhandeln. Daraufhin sei Herr Ebert junior vom Leiter der Bremer Privatbank engagiert worden zum Zwecke, ein sozialpolitisches Referat für den gesamten Konzern aufzustellen. Das sei im Herbst 1924 gewesen. So lange dieses sozialpolitische Referat aber nicht bestünde, sollte Ebert jun. in der Buchhaltung arbeiten, und zwar zu einem Gehalt von 500 M. monatlich. In der Buchhaltung sei er 1 1/2 Monate beschäftigt gewesen, die Tätigkeit habe ihm aber wenig behagt und er habe zu ihm, Heilmann, den Wunsch geäußert, wieder auszuschleichen. Heilmann habe ihm geantwortet, daß, wenn er ihn gefragt hätte, er ihm das früher hätte sagen können, daß diese Tätigkeit nichts für ihn sei. Heilmann hätte ihm den Rat gegeben, sich zunächst beurlauben zu lassen für die Dauer des Wahlkampfes, um dann auszuschleichen. Das habe Ebert junior getan und er habe später am 28. November an Barmat geschrieben, er möchte nicht zurückkehren, weil er das dortige Tätigkeitsfeld als für ihn nicht geeignet finde.

Weiter äußert sich Heilmann über

### seinen Verkehr mit Julius Barmat.

In den Jahren 1919 bis 1921 habe er mit Julius Barmat sehr viel verkehrt. In der Zeit, in der er in Berlin war, sei fast kein Tag vergangen, wo sie nicht zusammengelassen wären. Seit 1920 habe er diesen Zusammenkünften, die meist abends stattfanden, auch Postpräsident Richter teilgenommen. Gewöhnlich sei er mit diesen Herren allein gewesen, und sie seien für die Beteiligten die angenehmsten gewesen und die, die sie am liebsten gehabt hätten. Er sei schließlich ganz unermüdlich geworden, daß sich dieser starke Verkehr schließlich auch auf die Familien ausdehnte, und es sei weiter unermüdlich gewesen, daß er, Heilmann, bei diesem engen Verkehr natürlicherweise

### auch von den vielen Geschäften Barmats gehört

habe. Barmat habe mit ihm meist abends die abgeschlossenen Verträge auf die juristische Tragweite hin durchgesprochen. Er, Heilmann, glaube, daß Barmat in den Jahren 1919 bis 1921 keine größeren Geschäfte getätigt habe, wo er nicht selbst den Vertrag los. Aus der Kenntnis dieser Geschäfte heraus müsse Heilmann feststellen, daß es

### in der Hauptsache Lebensmittelgeschäfte

wären, die seines Wissens nur mit Reichsstellen und anderen staatlichen Stellen abgeschlossen wurden. Deshalb verstehe er nicht die Frage, ob Barmat so viele Einfuhrkontingente bekommen hätte, daß er die Kontingentsrechte hätte verkaufen können. Einziger Käufer war damals das Reich und gekauft wurde nur von der Reichsstelle. Die Reichsstelle gab einen Auftrag auf so und so viele Doppelzentner Schmalz oder Fett, und dieser Auftrag mußte von dem Wanne, mit dem der Vertrag geschlossen war, auch ausgeführt werden. Er konnte gar nicht weiter veräußert werden. Das hätte sich keine Reichsstelle gefallen lassen, daß plötzlich ein anderer Lieferant unterworfen worden wäre. Ihm, Heilmann, sei auch ein solcher Fall nicht bekannt. Von Einfuhrmonopolen für Barmat ist Heilmann nichts bekannt. Barmat sei als einer von den vielen Lieferanten mit herangezogen worden. Es handelte sich in der Hauptsache um amerikanisches Schmalz und amerikanischen Speck. Wer den Auftrag bekam, fuhr nach Rotterdam und kaufte dort ein. Barmat habe als Holländer nur den Vorteil gehabt, daß er auch mal nach Antwerpen und Le Havre fahren konnte, um dort bei günstigerer Marktlage zu kaufen. Diese Verträge seien regelmäßig getätigt worden mit den zuständigen Reichsstellen und von politischen Empfehlungen für diese Verträge sei nichts bekannt geworden. Die Verträge seien durch das Reichswirtschaftsministerium gegangen, an dessen Spitze damals der Sozialdemokrat Robert Schmidt stand. Ein- oder zweimal sei Barmat anlässlich von Schmidt empfangen worden, außeramtlich hätte zwischen ihnen seines Wissens aber kein Verkehr bestanden.

Heilmann kommt weiter auf die vielbesprochene Reise der drei Herren nach Amsterdam zu Julius Barmat zu sprechen. Anfang 1920 sei

### im Rotterdamer Hafen ein Streik der Hafenarbeiter

ausgebrochen, wodurch der Hafen für mehrere Wochen stillgelegt wurde. Bei Streikausbruch sei Julius Barmat nach Berlin gekommen und habe dem Reichswirtschaftsministerium angeboten, er wolle bewirken, daß die in Rotterdam liegenden Waren, die vom Deutschen Reich gekauft und bezahlt waren, von den Streikenden abtransportiert würden. Das Reichswirtschaftsministerium habe damals diesen Vorschlag abgelehnt nach einem Gutachten des Generalkonsulats Amsterdam, das mitteilte, es würde die Freigabe der Waren selbst herbeiführen; außerdem werde der Streik sehr rasch zusammenbrechen. Als aber der Streik sich in die 5. Woche hinzog, habe das Wirtschaftsministerium auf den Vorschlag Barmats zurückgegriffen und ihn ermächtigt, Verhandlungen über die Freigabe der Waren zu führen. Diese Verhandlungen seien dann in der Weise geführt worden, daß ein Vertreter der damaligen SPD, Abg. Franz Krüger, ein Vertreter der damaligen USPD, Abg. Wilhelm Koenen, und ein Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Vorhändler Döring, nach Holland kamen, bis bei dem kommunistisch-industriell und freigewerkschaftlich organisierten holländischen Arbeiterverbänden mit dem Hinweis auf die gefährdete Ernährung des deutschen Volkes für die Freigabe des Transportes vorstellig wurden. Dem wurde auch zugestimmt und der Abtransport der Waren konnte erfolgen. Das sei, so erklärte Heilmann, die Reise des Abg. Koenen gewesen, bei der es sich um die Erörterung der Koenen-Kredite handelte.

Koenen habe selbst diese Reise dazu benutzt, um von Barmat ein Darlehen von 8000 M. zu bekommen.

Auf Zwischenrufe erklärt Heilmann, daß er die Duitung geschrieben habe, die Koenen erstellte. Auch die Briefe seien Heilmann bekannt, die Koenen Barmat zu vernichten gebeten habe, um seiner Stellung in der kommunistischen Partei willen. Auch Frau Koenen sei bei Barmat gewesen und habe ihm die gleiche Bitte vorgebracht, die Briefe zu vernichten. Barmat habe diese Bitte als vorgetrieben, die Briefe zu vernichten. Heilmann betont dann, daß die Duitung noch jetzt vorhanden sei und daß sie im Bureau der Amerima in Amsterdam liege.

Zur Frage der

### Gutachten der Bochumer Handelskammer und des Generalkonsulats Amsterdam

bemerkt Heilmann, daß er dieses Gutachten zunächst nicht gekannt habe, er habe jedoch Anfang 1919 Kenntnis von ihnen erhalten. Er habe auch Kenntnis bekommen von Prozessen zwischen Barmat und der „Volkszeitung“, Barmat gegen „Deutsche Tageszeitung“ und „Kreuzzeitung“ sowie von zwei weiteren Prozessen, einem mit einem Elberfelder, einen anderen mit einem Leipziger Kaufmann. Als ihm der Bericht des Generalkonsulats Amsterdam bekannt wurde, habe er Barmat darüber gefragt und er habe ihm gesagt, der Bericht sei aus politischen Tendenzen entstanden und habe sich restlos aufgelöst. Graf Bassenheim, der den Bericht verfaßt habe, frage jetzt selbst bei Barmat an. Als Heilmann 1920 erstmalig in Amsterdam war, hatte er die Gelegenheit benutzt, um

den damaligen Chef der Poststelle zu fragen, welches Material das Generalkonsulat Amsterdam über Barmat oder gegen Barmat besitze. Herr Brandner, der damals dort war und der jetzt noch im Reichsdienst steht, habe ihm damals erklärt, es sei nicht ein Gegen Material da. Er bezweifle nicht, wie dieser Brief habe geschrieben werden können. Im übrigen würde er nicht mit Julius Barmat verkehren, wenn er glaube, daß an diesem Briefe auch ein Funken Wahrheit wäre.

Heilmann hat dann Brandner auch in der Gesellschaft von Barmat verschiedene Male getroffen. Auch als Brandner nach Berlin reiste, hat er Barmat aufgesucht. Deshalb glaubt Heilmann, daß er richtig schreibe, daß in den Akten des Generalkonsulats Amsterdam sich keinerlei Mitteilungen befinden können, die die persönliche Ehre von Barmat herabzusetzen geeignet wären.

Ueber das Gutachten der Bochumer Handelskammer habe Barmat gesagt, daß es nichts weiter sei als der Bericht eines Korrespondenten eines holländischen Konturkunden, den die Bochumer Handelskammer leider zur Information an ihre Mitglieder weitergegeben hätte. Er habe dann hinzugefügt, daß er das Verhalten der Bochumer Handelskammer um so mehr bedauere, als sie in Essen hätte Erkundigungen einziehen können; denn in den letzten Kriegsjahren sei Barmat der Lebensmittelreferent an Krupp gewesen und die Handelskammer Bochum hätte leicht erfahren können, daß die aufgestellten Behauptungen nicht wahr seien. Die ganze Angelegenheit sei auch einmal im Ernährungsministerium zur Sprache gekommen. Als Barmat sich um einen neuen Auftrag bewarb, wurde ihm mitgeteilt, es seien so ungünstige Gerüchte über ihn im Umlauf, daß man mit ihm nicht abschließen könnte. Barmat habe daraufhin ein Attestat mit zahlreichen Gutachten über seine Firma eingereicht. Danach konnten keine Bedenken gegen die menschliche wie geschäftliche Anständigkeit Barmats bestehen.

### Die Beteiligung an der „Dema“.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, so erklärte Heilmann, ob und in welcher Höhe Barmat an der „Dema“ beteiligt gewesen sei und warum gerade der Ausländer Barmat die Leistungen für die „Dema“ bekommen habe. Barmat hat niemals das Geringste an die „Dema“ geleistet. Vielmehr waren seine Geschäftsverbindungen zu diesem Wert derartig, daß er, weil die Fabrik während der Inflation in Schwierigkeiten geriet, Rechnungsbeträge in Devisen vorauslagte, die später zurückgezahlt werden sollten. Da die „Dema“ zur Rückzahlung nicht in der Lage war, wurde ein Kusweg dahin gewählt, daß die Werte eine Kapitalerhöhung vornehmen sollten, die Barmat übernehmen sollte. Barmat hat dann später seine Forderungen an die „Dema“ übertragen, jene „Vereinigten Industrie-A.G.“, die alte Aktiengesellschaft des Deutschen Reiches unter einem Hut vereinigt. Dazu gehörte auch die Reichskreditgesellschaft. Auch hier mußte sich Barmat mit einem allmählichen Abziehen der Devisenorauszahlungen einverstanden erklären. Bei den Verhandlungen mit der Reichskreditgesellschaft hat Barmat auch zum ersten Male den Ministerialdirektor Raug kennengelernt. Barmat hat weder mit dem Reichsverwaltungsamt, noch mit der Reichstreuhändlersgesellschaft jemals in irgendeiner Geschäftsverbindung gestanden, ebenso wie er niemals mit Heeresgut gehandelt hat.

Zur Frage der

### Durchreise der Familie Barmat

im Jahre 1920 erklärt Heilmann: Ich fragte damals Barmat, ob denn seine Angehörigen im Besitze einer Einreisegenehmigung nach Holland seien. Ich glaube, daß der Irrtum, es handle sich um eine zur holländischen Gesandtschaft gehörige Familie Barmat, damals dadurch entstanden ist, daß Barmat antwortete: Ja, das Einreisegenehmigung haben meine Angehörigen von der holländischen Gesandtschaft bekommen.

Zur Frage der

### Beziehungen Barmats zur Staatsbank

erklärt Heilmann zunächst, daß er bis vor einigen Wochen keinen Herren der Staatsbank persönlich gekannt habe. Rülke und Hellwig habe er gelegentlich bei Barmat kennengelernt. Seine ganze Beteiligung an dem Bankverhältnis Barmats zur Staatsbank beschränke sich auf die bereits öfter erwähnte Empfehlung an den Finanzminister Dr. p. Richter, daß er den neuen Staatsbankpräsidenten Schröder bitten sollte, er möge Herrn Julius Barmat bald nach seinem Amisanztritt empfangen.

### Stresemann und der Sprit-Weber.

Im übrigen gebe jeder Abgeordnete eine Anzahl von Empfehlungen ab, wobei natürlich zahlreiche Irrtümer passieren, denn man könne ja nie vorher wissen, wie der Empfohlene sich in Zukunft verhalten werde. Es ist z. B. der Name Hermann Weber, der des sogenannten Sprit-Webers, genannt worden, von dem Barmat die Wehrheit der Aktien der Merkurbank erworben habe. Barmat habe es abgelehnt, mit Weber zu verhandeln, weil er ihn nicht für einen einwandfreien Kaufmann gehalten habe. Hermann Weber habe sich damals durch einen

### Empfehlungsbrief des Reichsanwalters Dr. Stresemann

eingeführt. In diesem Schreiben, das aus dem August 1923 datiert, heißt es:

„Sehr geehrter Herr Weber! Ihre freundliche Aufforderung, in den Ausschuss einzutreten, werde ich gern annehmen, vorausgesetzt, daß ich bei der Neubildung der Regierung nicht in die Reichsregierung einträte, was mir natürlich die Tätigkeit im Ausschuss unmöglich machen würde. Ich bleibe mit den besten Grüßen Ihr sehr ergebener.“

Kein vernünftiger Mensch könne Stresemann aus dieser Empfehlung einen Vorwurf machen, denn er habe natürlich nicht vermuten können, daß Weber in der nächsten Zeit Schwindereien begehen würde. In der französischen Kammer lägen solche Empfehlungsschreiben vorgelesen auf dem Tische jedes Abgeordneten und er brauche sie nur auszufüllen.

Wenn ein solches Schreiben geeignet sein soll, den Anschein von Korruption zu erwecken, dann sei das ganze Parlament von oben bis unten korruptiert.

Heilmann erklärt weiter ausdrücklich, daß er aus seinen Aufsichtsratsposten in den Barmat-Firmen weder direkt noch indirekt jemals einen Pfennig erhalten habe. Auch seine sonstigen finanziellen Beziehungen zu Barmat hätten ihm keinerlei Einnahmen gebracht. Er habe höchstens verauslagte Beträge zurückempfangen und die öfters ihm von Barmat gemachten Angebote stets abgewiesen. Heilmann zählt denn im einzelnen seine Einnahmen auf und kommt in diesem Zusammenhang auf einige Korrespondenzen, u. a. die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“, zu sprechen, die er in der Inflationszeit abgegeben habe, weil sie Zuschuhnternehmen wurden.

Seine gegenwärtigen Einnahmen, außer den Abgeordnetenentlohnungen, befänden in einem Gehalt von 600 Mark monatlich, das er aus einer Stellung beim drahtlosen Dienst beziehe. Geschäftlich sei er bei Barmat zweimal tätig gewesen, wobei es sich um Schiedsrichterposten gehandelt habe, die ihm aber auch nichts eingebracht hätten.

Mit erhobener Stimme erklärt er: Ich kann heute, wie unter meinem Eid mit ruhigem Gewissen bezeugen, daß ich mir von Barmat nicht mehr habe geben lassen, als ich bei den Auslagen für ihn gemacht habe. Es heißt nun, ich sei von Barmat durch gutes Essen und Trinken bestochen worden. So lächerlich es ist, hierüber zu sprechen, muß ich sagen, daß eine geschicktere Lebensführung als bei Barmats bei reichen Leuten überhaupt zu finden sein wird. Barmat ist jeden Tag daselbe. Zu Mittag ein Stück Rind-

fleisch und einen Hering. (Jurist des Komm. Bartels: Der wird bald Gelegenheit haben, das weiter zu essen.) Jeder, der Barmat kennt, wird bezeugen können, daß dieser Mann nur seinem geschäftlichen Ehrgeiz lebte. Mit bezug auf die Frage, wer bei den Barmat-Banken von Parlamentariern Konten gehabt habe, erklärt Heilmann, daß er bestimmt sagen könne, daß weder Kuttner noch Wels noch Lüdemann ein Konto bei irgendeiner Barmat-Bank jemals gehabt hätten. Er selbst habe ein persönliches Konto bei der Merkurbank gehabt, das zur Nachprüfung zur Verfügung stehe.

Ueber das „palastähnliche Schloß in Schwannwerder“ könne er sagen, daß es sich um

### ein einfaches Landhaus

handele, das Barmat kaufen konnte, weil es für das Wohnungsamt wegen seiner abwegigen Lage nicht verwendbar war.

Was die

### Geschäfte mit der Staatsbank

angehen, so mache ich meine Befundungen aus eigener Erfahrung, und zwar nicht aus der Zeit vor dem Dezember 1924, sondern aus der jüngsten Zeit nach der Verhaftung. Zuerst wurde Kredit gegeben für das Dema-Geschäft. Der Kredit wurde dann ausgedehnt zur Verwendung in eigenen Unternehmungen und zur weiteren Beleihung. Es war der Staatsbank bekannt, daß Barmat den Kredit weitergebe. Ich habe die Angelegenheit gesprochen, die mitgewirkt haben und die sich auf freiem Fuß befinden. Die Direktoren der Merkur-Bank Schaeffer und Bichtenstein haben versichert, daß bis zum Juni 1924 Barmat, wenn der Kredit gefündigt worden wäre, ihn bar hätte zurückzahlen können. Das nötige Geld war vorhanden, die Zurückzahlung binnen 24 Stunden auszuführen. Im Juni 1924 hat Barmat sich dann am Röh-Konzern und an Berlin-Burg beteiligt. Diese Beteiligung geschah auf Wunsch von Herrn Oberfinanzrat Hellwig, der war der Vermittler. Er hat gesagt, unter Kredit bei A. Röh und Berlin-Burg ist schlecht, mit möchten das Geld retten. Ein bis eineinhalb Millionen seien nötig. Frau Barmat hat erklärt, das Drängen von Hellwig sei so stark gewesen, daß er in der Nacht um 3 Uhr herum telefonisch in Schwannwerder angerufen und Barmat aus dem Schlaf geweckt habe. Später hat sich herausgestellt, daß unermessliche Mittel zu den Umstellungen nötig waren. Es sind dann die Direktoren Schaeffer und Bichtenstein im November gemeinsam zu Hellwig gekommen und haben ihm erklärt: „Sie haben uns betrogen, die Staatsbank hat uns hineingelegt.“ Hellwig vernährte sich gegen diese Befindungen und erklärte: „Ich war der Gegenspieler des Herrn Barmat und hatte die Interessen der Staatsbank wahrzunehmen. Wenn er ein schlechtes Geschäft gemacht hat, mag er es ausbaden.“ Das ist der Grund, daß nach kurzer Zeit Herr Hellwig aus dem Barmat-Konzern wieder ausgeschieden ist. Ich persönlich habe von den Barmat-Krediten, von ihrer Höhe, von der Deckung, von Hergabe, Vertäufelung oder Kündigung nicht das geringste vernommen bis zum Dezember 1924. In den Ausschüssen ist von diesen Krediten niemals die Rede gewesen, mit Ausnahme eines Falles, wo die Staatsbank wünschte, daß der Kredit auf einzelne Gesellschaften umgelegt werde. Es handelte sich damals um 1,3 Millionen Mark für die Merkur-Bank. Ich habe gefragt, ob dieser Kredit in Ordnung sei, das ist alles, was ich von diesen Krediten gehört habe. Nach der Verhaftung bin ich mit den Krediten näher befaßt worden. Am 16. Januar habe ich auf eine Einladung des Syndikus der Reichspostverwaltung Rohlen aus Köln bejagt. Er wünschte, daß ich die von ihm

### ausgearbeiteten Treuhandverträge,

auf die sich die Gläubiger geeinigt hätten, übernehme und die Zustimmung von Barmat im Untersuchungsgefängnis erwirke. Als ich ablehnte, erklärte Herr Rohlen, es liege ein öffentliches Interesse vor. Wenn jetzt durch das Eingreifen der Staatsanwaltschaft die Werte von Konten gingen, dann würden die Gläubiger ihr Geld. Durch Schaffung einer Treuhandgesellschaft könne ein Teil des Geldes gerettet werden. Herr Rohlen erklärte auf meine Weigerungen, der Untersuchungsrichter werde mir auch den Zutritt zum Gefängnis gestatten. Ich habe den Vertrag daraufhin an mich genommen und drei Tage im Gefängnis verhandelt. Es ist mir schließlich gelungen, die Zustimmung Barmats zu erhalten, daß er sein ganzes Vermögen, das seinige und das seiner Frau, den Gläubigern übertrage, also auch sein Privateigentum, und daß ihm nur eine bescheidene Rente zum Leben und zur Vorkaufung vorbehalten werde. Es war sehr schwierig, die Unterzeichnung zu erwirken. Er forderte eine

### Erklärung der Staatsbank, daß er sie niemals betrogen oder geschädigt hätte.

Der Untersuchungsrichter sagte, die Staatsbank hätte eine Erklärung, daß er sie betrogen hätte oder nicht, nicht abgegeben. Nachdem aber wochenlang die Untersuchung schwebte und die Staatsbank eine solche Erklärung nicht abgegeben habe, sei eine solche Erklärung ohne Bedeutung, der Abschluß könne dadurch nicht aufgehoben werden. Barmat hat weiter eingewendet, er wolle unterschreiben, wenn die Gläubiger eine Kautions für die Freilassung stellten. Das haben die Gläubiger abgelehnt, weil der Einbruch in der Öffentlichkeit für sie nicht zu tragen wäre. Man fragte schließlich, wenn die Untersuchungsbehörde eine Freilassung gegen Kautions genehmige, so würden die Gläubiger vorrücken, was sie verantworten können. Ich habe schließlich den Kneien durchgehauen und gesagt: „Julius, ich glaube, es kommt darauf an, daß Du auch im Gefängnis Dich als der Gentleman zeigst, als den ich Dich kennengelernt habe.“ Daraufhin hat Barmat unterschrieben.

Das beweist, daß er nicht, wie der Abg. Wulle im Landtag gesagt hat, ein Lump oder Blutsauger ist, daß der Beweis dafür nicht geführt ist. Barmat hat mir eine Generalkontingente ausgestellt für alle Geschäfte, die durch einen Vertreter vorgenommen werden können. Ich habe davon keinen Gebrauch gemacht. Jedermann muß solange als anständiger Mensch behandelt werden, bis ihm das Gegenteil nachgewiesen wird. Ich freue mich, daß mir Gelegenheit gegeben wurde, vor der Öffentlichkeit zu beweisen, daß ich als anständiger Mensch behandelt habe.

Vorliegender Dr. Leidig gibt noch ein Schreiben des Reichsfinanzministers bekannt, wonach die Armeefabrik Spandau-Hafelhors im Sommer 1922 an die Bremer Margaritene-L.G. übergegangen ist, die später in die „Dema“ umgewandelt wurde. Beschlossen wird, daß Aufschreiben aus dem Publikum den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gebracht werden sollen.

Darauf wird die Weitervernehmung Heilmanns auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt. Schluß 9 Uhr.

### Immanuel Kant zur Aufwertungsfrage.

Die Frage, ob ein Aufwertungsanspruch besteht, wird vom Immanuel Kant grundsätzlich verneint. In den im Jahre 1797 erschienenen Metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre (Hartenstein Ausgabe von Kants Werken, Band 7 Seite 31) führt Kant folgendes aus:

„Der Hausdiener, dem seit bis zu Ende des Jahres laufender Lohn in einer binnen der Zeit verschickten Münzsorte bezahlt wird, womit er das nicht ausrichten kann, was er bei Schließung des Contracts sich dafür anschaffen konnte, kann bei gleichem Jahressatz, ob ungleichem Geldwert sich nicht auf sein Recht berufen, deshalb schablos gehalten zu werden, sondern nur die Willigkeit zum Grunde anrufen (eine summe Göttheit, die nicht gehört werden kann); weil nichts hierüber im Contract bestimmt war, ein Richter aber nach unbestimmten Bedingungen nicht sprechen kann.“

Dieses erleuchtende Zitat finden wir in der „vertraulichen“ Denkschrift der Reichsregierung über die Aufwertungsfrage. Welch Trost für die betrogenen Sparer, daß der große Philosoph Kant als Kronzeuge für den an ihnen verübten Betrug aufmarschieren muß.

# Gewerkschaftsbewegung

## Moskau und Amsterdam.

Der Krieg und die Revolution haben die Macht der Gewerkschaften gestärkt, ihre Aufgaben und Funktionen erweitert und eine mächtige Waffe der internationalen proletarischen Politik aus ihnen geschmiedet. Es ist kein Zufall, daß die Amsterdamer Internationale gegenwärtig — in gleicher Weise wie die sozialistische — als Grundpfeiler des Friedens, der Demokratie und der Sozialpolitik eine hervorragende Rolle spielt. Wenn es der Arbeiterklasse in den letzten Jahren gelungen ist, auf den wichtigsten Kriegsschauplätzen des Klassenkampfes die Angriffe der internationalen kapitalistischen Reaktion zurückzuschlagen und bis zu einem gewissen Grade die Völkerverführung in Europa zu fördern, so ist es im erheblichem Maße der Amsterdamer internationalen Sozialistischen Internationale durchzuführen.

Auf dem 6. Kongress der russischen Gewerkschaftsverbände aber haben die Bolschewisten u. a. erklärt, daß die zukünftige vereinigte Internationale der Gewerkschaftsverbände sich zur Aufgabe machen müßte, die Durchführung der Dames-Pläne energisch zu bekämpfen, die Beziehungen zum Internationalen Arbeitsamt zu lösen und mit der sozialistischen Politik Schluss zu machen. Sie wollen also die Politik der Amsterdamer Internationale untergraben und damit die ohnehin unsichere internationale Lage in Europa noch verschlimmern. Darf jedoch die Einigung der Gewerkschaftsbewegung mit dem Preise der Sprengung der Friedenspolitik erlaubt werden?

Die jetzigen russischen Verbände sind Organisationen, die voll und ganz den Staats- und Parteiorganen der Diktatur untergeordnet sind, und die nach der Aussage Kosowkys ein organischer Bestandteil des Systems sind, die den Willen und die Selbständigkeit der arbeitenden Klassen völlig unterjochen. Es wäre vergeblich, in den russischen Verbänden die freie Meinungsäußerung, das freie Wahlrecht oder die Arbeiterdemokratie zu suchen. Das ist unter einem Regime der terroristischen Diktatur auch unmöglich. Es kommt noch hinzu, daß die Tätigkeit der russischen Gewerkschaften mehr auf die Durchführung der Unternehmerpolitik der staatskapitalistischen Wirtschaftsorgane, als auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse gerichtet ist.

Als Voraussetzung eines wirklichen Zusammenschlusses, muß eine, wenn auch minimale, Gemeinschaft der Ziele und Aufgaben gelten, die von den zu vereinigenden Organisationen, wie auf dem Gebiete der sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Forderungen, so auch in bezug auf die von den Gewerkschaftsverbänden anerkannten Richtlinien der internationalen Politik des Friedens und der Demokratie, verfolgt werden. Eine solche Gemeinschaft der Ziele und Aufgaben ist gegenwärtig nicht vorhanden. In der Tat, welche Gemeinschaft besteht zwischen der Friedenspolitik der Amsterdamer Internationale und dem von ihr mit demokratischen Mitteln geführten Kampf für den Sozialismus und der bolschewistischen Expansionspolitik zum Zwecke der Einführung der terroristischen Diktatur? Welche Gemeinschaft kann bestehen zwischen dem organisierten Klassenkampf und dem sinnlosen Putschismus?

Die Bolschewisten sind sich sehr wohl dieser Unvereinbarkeit bewußt. Sie wissen auch sehr gut, daß — von England abgesehen, wo man in diesem Punkte noch keine Erfahrungen hat — ihr Versuch, mit Hilfe des Eintritts der russischen Gewerkschaften in den IGB, wieder ihre Restrukturpolitik in den Gewerkschaften aufzunehmen zu können, auf den schärfsten Widerstand stoßen würde. Deshalb denken die Bolschewisten gar nicht daran, den Eintritt in den IGB zu denselben Bedingungen wie alle anderen Gewerkschaften zu vollziehen. Sie wollen ihre sogenannte Rote Internationale, ihre Zellen, ihre internationalen Propagandakomitees, ihre „minority movements“ aufrechterhalten und unter der schleinigen Parole der Einheitsfront die Schwächung und Spaltung der Arbeiterklasse weiter betreiben. Wir sind überzeugt, daß die russischen Gewerkschaften eines Tages sich dem IGB anschließen werden; aber erst nachdem sie der bolschewistischen Partei und Sowjetrußland gegenüber die Unabhängigkeit erlangt haben werden, die die Gewerkschaften in den anderen Ländern besitzen.

## Ein Verteidiger des Dreischichtensystems.

Wohlgemerkt, daß die gegenwärtige Regierung den Hüttenarbeitern den Schutz des § 7 der Arbeitszeitverordnung zugestanden hätte — ab 1. April —, jög der Reichsstaatsminister a. D. Dr. Ing. Gothein in der „Berliner Börsen-Zeitung“ dagegen zu Felde. In der gesamten Montanindustrie habe dieser Beschluß schwere Bedenken und Besorgnisse wachgerufen. Es handle sich zwar nur um einen kleinen Teil der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter, allein man fürchte die Rückwirkung einer solchen Arbeitszeitbeschränkung auf die in den anderen in örtlichen oder sogar betrieblichen Zusammenhang mit den Rots- und Hochöfen stehenden Betriebszweigen.

Der Stahlwerks- und Walzwerksarbeiter, der mit dem Rots- und Hochofenarbeiter auf demselben Werk innerhalb derselben Umzäunung tätig ist, wird es schwer verständlich finden, daß er, dessen Arbeit eine weit schwerere, ungleich weniger von Pausen unterbrochene ist, der den Einwirkungen der Hitze länger und intensiver ausgesetzt ist als die jener Betriebsabteilungen, die länger arbeiten soll als jener. Er wird also dann auch das Dreischichtensystem verlangen. Und der Bergarbeiter, der den Standpunkt vertritt, daß seine Arbeitszeit, die er unter Tage verrichtet, kürzer sein muß, als die des Ueberflurarbeiters, wird dann ebenfalls nicht mehr bereit sein, acht Stunden zu arbeiten, sondern die siebenstündige Schicht einzulösen. Ein- und Ausfahrt verlangen, in der er höchstens 3 1/2 Stunden vor Ort arbeitet.

Eine bessere Begründung dafür, daß auch die Stahlwerks- und Walzwerksarbeiter des Schutzes des § 7 teilhaftig werden müssen, wie sie hier Herr Gothein gibt, ist wirklich nicht erforderlich. Doch die Folge dieser notwendigen Ausdehnung der sehr unzulänglichen Verordnung auf alle Schwerarbeiter sei ein furchtbarer Rückgang unserer Bergwerks- und Hüttenindustrie und unserer Ausfuhr, eine ungemessene Verteuerung von Kohle und Eisen und damit unserer gesamten Produktion und schließlich eine weitgehende Arbeitslosigkeit. Zur Begründung bringt Gothein die ganze Liste der bekannten Argumente vor. Die Ausfuhr der Vorkriegszeit müsse erreicht werden, was nur möglich sei durch niedrigere Preise als sie im Auslande bestehen, die Preisunterbietung aber sei nicht möglich, „wenn unsere Produktionskosten durch längere Arbeitszeit und geringere Arbeitsleistung gesteigert werden“.

Für Oberschlesien lägen die Dinge ganz besonders ungünstig infolge des kostspieligen Erzbezuges, der durch hohe Eisenbahntarife verteuert werde.



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl'  
Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

Ein großes oberchlesisches Eisenwerk hat mit einem Monatsverlust von 1 Million Mark gearbeitet.

Wenn, wo, warum und weshalb, trotz der bis jetzt noch verlängerten Arbeitszeit, wird nicht gesagt. Dabei seien die Löhne der oberchlesischen Hüttenarbeiter derart niedrig, daß sie keine Verfürgung mehr vertragen. Doch wenn das Dreischichtensystem eingeführt würde, erhöhe sich das Lohnkonto um 50 Proz. — wie so ausgerechnet um 50 Proz.? — und dann müßten die Werte den Betrieb einstellen.

Wir sind eine große Reihe von Fällen bekannt, gesteht Herr Gothein, wo mit der Verfürgung der Arbeitszeit sogar eine Steigerung der Leistung eintrat. Wo sich der Arbeitsvorgang entsprechend konzentrieren läßt, ist die kürzere Schicht ebenso im Interesse des Arbeitnehmers wie des Arbeitgebers geboten. Das verlangt letzteren, nicht selten die Arbeiterschaft zur kürzeren Arbeitszeit zu erziehen. Denn es ist ein Irrtum, daß die Arbeitsverfürgung automatisch die höhere Arbeitsleistung nach sich ziehe.

Doch bei den Ralswerken und dem Eisenhüttenbetrieb lässe sich die Arbeit nicht so konzentrieren, daß in 8 Stunden die Höchstleistung erzielt werden könnte. Zudem gäbe es im Ralswerk Arbeiter, die knapp 4 Stunden Arbeit — innerhalb 12 Stunden — verrichten. Nur bis 5 Stunden seien Arbeitsbereitschaft und 1 1/2 bis 3 1/2 Stunden völlige Ruhepausen. Selbst die Arbeiter der Draht- und Feinwalzwerke, die eine ununterbrochene Arbeitszeit haben, jedoch von Zeit zu Zeit abgelöst werden, arbeiteten in Wirklichkeit nicht einmal sechs Stunden.

Karl Marx und Rodbertus werden von Gothein als Kronzeugen heraufbeschworen: sie seien keineswegs Anhänger des allgemeinen Achtstundenarbeitslages gewesen. Sie hätten im Gegenteil erklärt, daß sich die Arbeitszeit nach der Schwere und Komplexität der Arbeit richten müsse und meinten, daß es angemessen sei, daß, während die eine Arbeit nur 8 Stunden dauere, die andere leichte 10 bis 12 Stunden fortgesetzt werden könne.

„Ich selbst habe zu den Vorkämpfern der Achtstundenschicht im Bergbau gehört, habe im Parlament das Wort gesagt, „eine längere Arbeitszeit im Bergbau sei Raubbau an Menschenkraft“. Ich habe mich stets gegen das Anwerfen der Ueber-schichten ausgesprochen, wobei nach einigen Tagen die Leistung geringer als in der normalen Schicht werde. Aber ich habe stets unterschieden zwischen wirklicher Arbeit, Arbeitsbereitschaft und in der Natur der Arbeit liegenden Ruhepausen. Der schematische Arbeitstag ist ein Unding, 8 Stunden Arbeit können eine körperliche Ueberlastung, sie können aber auch eine völlig ungenügende Ausnutzung der Arbeitskraft sein. Eines ist sich eben nicht für alle. Das alles gleich machende Schema bringt die größte Ungerechtigkeit und die größte Unwirtschaftlichkeit mit sich.“

Die achtstündige Arbeitszeit habe zweifellos einen gewaltigen sozialen Vorzug. Wo sie ohne schwere technische und wirtschaftliche Nachteile durchgeführt werden kann, soll es unbedingt geschehen. Aber — dies bedinge meist eine weitgehende Modernisierung und Rationalisierung des Produktionsapparates, die jedoch Kapitalinvestitionen erfordere, wozu das Kapital fehle.

Ein Werk kann aber nur modernisiert, kann technisch nur dann auf der Höhe gehalten werden, wenn es verdient, wenn es nicht mit Verlust arbeitet.“

Umgekehrt wird ein Schuh daraus, Herr Gothein: Ein Werk kann nur verdienen, wenn es modernisiert, technisch auf der Höhe ist.

Allein Herr Gothein hat sich einmal in die Vorstellung verannt, daß gerade seine Industrie, die Eisenindustrie, mit dem Dreischichtensystem nicht arbeiten könne. Es sei zwar bitter für das Familienleben der Arbeiter, wenn sie 12 Stunden lang in zwei Schichten arbeiten, aber doch nicht so schlimm wie die Arbeitslosigkeit. Nur dann, wenn die Entente auf die Zahlung der Reparationslasten nach dem Dames-Plan verzichte, will Gothein mit sich reden lassen.

Herr Gothein müßte nicht Aufsichtsrat sein, Gutachter in eigener Sache, wenn er als Sachverständiger in dieser Frage gelten wollte. Er ist Intellektuell, und seine Argumente gegen den Achtstundentag gerade in den Betrieben, in denen er am notwendigsten ist, haben keine Beweisraft für all die Schwerarbeiter, die sich im Interesse ihrer Selbsterhaltung, eines vorzeitigen Verbrauchs ihrer Arbeitskraft, gegen die Zustimmung wehren müssen, länger als acht Stunden zu arbeiten. Vor allem gibt Herr Gothein keine Antwort auf das entscheidende Argument, nämlich daß in der ganzen Welt — Deutschland und Polnisch-Oberschlesien ausgenommen — das Dreischichtensystem besteht, weil es produktiver ist als das Zweischichtensystem, und daß die Einführung des Zweischichtensystems in West-Oberschlesien praktisch das Resultat hatte, daß man auch in Ost-Oberschlesien der Arbeiterschaft dieses barbarische System aufzwang.

## Die Eisenbahner stellen Forderungen.

In geschlossener Front haben gestern die gesamten Eisenbahnerorganisationen beschlossen, mit der Reichsbahn-Gesellschaft sofort in Lohn- und Gehaltsverhandlungen einzutreten. An den Verwaltungsrat der Reichsbahn wurde ein Schreiben gesandt, in dem die Organisationen betonen, daß sie umgehend Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge und über die Arbeitszeitfrage erwarten.

Der Schritt der Eisenbahnerorganisationen ist insofern von besonderer Bedeutung, weil sie als Tarifkontrahenten der Reichsbahn die Lohn- und Arbeitszeitparagrafen des Tarifvertrages zum 28. Februar gekündigt haben. Das gesamte Reichsbahnpersonal fordert also schleunigste Erhöhung der Bezüge und Verkürzung der Arbeitszeit.

## Die Kämpfe in der chemischen Industrie.

Mainz, 3. Februar. (Mit.) Die Verhandlungen in der chemischen Industrie am vergangenen Sonnabend in Frankfurt a. M. haben zu keinem Ergebnis geführt. Wohl sah der gestellte Schiedspruch eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde vor, jedoch wurde er wegen zu langer Befristung von Arbeitnehmerseite abgelehnt. Der Streik wird sonach fortgesetzt werden. Zurzeit stehen im Mainz-Biebricher Wirtschaftsgebiet etwa 1400 Arbeiter der chemischen Industrie im Kampf. Durch den Anschlag weiterer Betriebe, der heute und morgen zu erwarten ist, wird sich ihre Zahl auf 2000 erhöhen. — Die uns aus Darmstadt gemeldet wird, sind neben der Arbeiterschaft der Grube Messel auch die Arbeiter der chemischen Fabrik Werk in den Streik getreten; ferner streikten die Arbeiter der chemischen Industrie in Fulda und Gießen. In Frankfurt streikt zunächst nur die Gummi-Industrie. Insgesamt sind an der Streikbewegung in Hessen und Hessen-Rhassau bisher etwa 5000 bis 6000 Arbeiter beteiligt.

In der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Jena wurde bei der Wahl der Ortsverwaltung die Amsterdamer Liste mit großer Mehrheit gewählt, während die Moslauer nur 91 Stimmen auf sich vereinigten.

Die Kraftwagenfahrer des Kabelwerks in Oberschneewitz befinden sich seit dem 2. d. M. im Streik, nachdem sowohl die Direktion der AEG, als auch der VBR, die nachgekauften Verhandlungen immer wieder verschleppten. Ansehend will die AEG, nicht von der 60stündigen Arbeitszeit und der minimalen Bezahlung

abgehen. Die Kraftwagenfahrer Groß-Berlins werden nicht in Verhinderung kommen, der AEG, aus der Klemme zu helfen, indem sie ihren streikenden Kollegen in den Rücken fallen.

**Kölnung, Deutsche Werk, Ewanban! Donnerstag 4 1/2 Uhr bei Schulte, Ewanban, Freie Str. 31, wichtige Versammlung aller SPD.-Genossen. Jeder muß erscheinen. Der Fraktionsvorstand.**  
**Kölnung, Ernst-Kempe, Eintracht, Donnerstag nachmittag 4 Uhr bei Swartz, Gürtel, 10, wichtige Versammlung aller SPD.-Genossen. Nichtes Tagessperrung. Der Fraktionsvorstand.**  
**Kölnung, AEG, Brunnenstraße! Freitag nachmittag 4 Uhr im Hotel von Reber, Dullstraße, 34, wichtige Fraktionsversammlung der SPD.-Genossen. Mitteilungsblatt legitimiert. Der Fraktionsvorstand.**

**Verband der Buchbinder und Copierarbeiten. Buchbinderbeirat: Heule, Mittwoch, nachmittag 3 1/2 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24, Jahres-Brandsversammlung. Alle in VBR., Buchbinder- und Kopierarbeiten beschäftigten Verbandsmitglieder sind verpflichtet, zu erscheinen. Die Versammlung der Streikenden der Firma Klaus Schneider wurde angesetzt auf heute nachmittag 1 Uhr im Sitzungssaal Linienstr. 53-55.**  
**Kölnung, Christliche Jugend! Die Versammlung der Aussperrten wurde vertagt werden auf heute nachmittag 4 Uhr im Backerhof des Verbands-hauses, Linienstr. 53-55.**  
**Verbandsrat der Angestellten. Bezirk Charlottenburg: Die Februar-Beauftragtenkonferenz findet nicht, wie im Kreisangehörigen des AGL, bekanntgegeben wurde, am Donnerstag, den 3. Februar, sondern am Donnerstag, den 12. Februar, statt.**  
**Verbandsrat der Schuhmacher. Brandsversammlung der Buchbinder-Moderator Donnerstag abend 7 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24-26, Jahres-Brandsversammlung. Neuwahl der Brandsversammlungs-Eintritt zur neuen Verbandsauswahl.**

## Aus der Partei.

### Ein 75. Geburtstag.

Karl Egon Frohne, der altbewährte Führer der Hamburger Sozialdemokratie, feiert heute seinen 75. Geburtstag. In Hannover geboren, fand er als junger Mensch durch rastlose historische und nationalökonomische Studien den Weg zum Sozialismus und zur Publizistik. Vor fünfzig Jahren begann er seine Laufbahn als Redakteur am „Volkstreu“ in Frankfurt a. M., seit 1890 gehört er der Redaktion des „Hamburger Echo“ an, dem er lange Zeit hindurch den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrückte. Er hat in den harten Zeiten des Sozialistengesetzes und in späteren Zeiten der Verfolgung seinen Mann gestanden und den Weg durch den Gerichtssaal ins Gefängnis mehr als einmal zurückgelegt. Dem Reichstag hat er nicht weniger als 43 Jahre lang angehört, davon 35 Jahre lang als Abgeordneter ein und desselben Kreises Altona-Stormarn. Aber seine Belastung mit journalistischen und parlamentarischer Arbeit ließ ihm doch Zeit, größere Schriften von dauerndem Wert zu verfassen, von denen eine, die über „Monarchie und Republik“ ihrer heute erst recht aktuellen Bedeutung besonders hervorgehoben sei. In den Kreisen der Partei und weit darüber hinaus hat er sich stets hoher Achtung und lebhafter Sympathie erfreut. Unzählige, die ihm für seine Arbeit dankbar und ihm von Herzen freundschaftlich gesinnt sind, begrüßen heute den Jubilar mit den herzlichsten Glückwünschen.

### Die nationalen Minderheiten in Polen und die PPS.

Drei sozialistische Parteien Polens: die deutsche Sozialdemokratische Partei, die Deutsche Arbeiterpartei und der „Bund“ veröffentlichten nachfolgendes Schreiben an die Polnische Sozialistische Partei (PPS):

Die vorgenannten Parteien stellen fest, daß der Vertrag, der am 10. August 1923 zwischen ihnen und der PPS, zum Zwecke einer gemeinsamen Aktion gegen Föschismus, Nationalismus und Antifemismus abgeschlossen wurde, durch das Verhalten der PPS nicht realisiert werden konnte. Alle vertragsschließenden Parteien waren sich darin einig, daß die Aktion ihren Ausdruck finden sollte in einem systematischen Presse- und Versammlungsstreik und in der Verteidigung der gerechten Forderungen der Arbeitermassen der nationalen Minderheiten des Landes. Gemeinsam sollten die Parteien die nationalpolitischen Stimmungen in den Arbeitermassen bekämpfen und den Gedanken der internationalen Solidarität propagieren. Tatsächlich wurde aber von den Presseorganen der PPS, insbesondere von ihrem Zentralorgan „Robotnik“, die Existenz einer Arbeiterbewegung bei den nationalen Minderheiten noch wie vor totgeschwiegen. Wiederholt haben der „Bund“ und die Deutsche Arbeiterpartei der PPS vorgeschlagen, gemeinsame öffentliche Versammlungen polnischer, deutscher und jüdischer Arbeiter zur Bekämpfung des nationalen Chauvinismus zu veranstalten — die Führer der PPS haben diese Vorschläge abgelehnt. Einzelne Vertreter der PPS haben auch nach dem Vertrage wiederholt im Sejm die elementarsten nationalen Forderungen der Minderheitsnationen bekämpft. Die offizielle Politik der PPS hat sich nach dem Vertrage nicht geändert. Nach wie vor bestand sie eher in einer Anpassung an die nationalpolitischen Stimmungen, als in einer Bekämpfung dieser Stimmungen.

Die vorgenannten Parteien betrachten den Vertrag daher schon längst als nicht bestehend und erklären jetzt offiziell, daß sie es als zwecklos erachten, weiter die Fiktion einer Verständigung aufrecht zu erhalten. Die Verständigung hätte eine große politische Bedeutung haben können, wenn alle Parteien sie loyal durchgeführt hätten. Infolge des Mangels an gutem Willen bei den Führern der PPS hat sie jegliche Bedeutung verloren. Die drei Parteien hatten unerwartet fest an der Ueberzeugung, daß der Kampf — in die Reaktion nur darin Erfolg haben wird, wenn alle klassenbewußten proletarischen Kräfte des Landes sich zusammenschließen. Sie sind daher stets bereit, sobald die Interessen der Arbeiterklasse es erfordern, mit der PPS, und den übrigen proletarischen Organisationen Polens zusammenzuarbeiten.

Verantwortlich für Politik: Groß Reuter; Wirtschaft: Arthur Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: Reich, Ostern; Revolution: A. S. Pöcher; Politik und Konflikte: Reich, Reuter; Ausland: H. Glöde; Schriftlich in Berlin: Verlag: Formiro-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formiro-Verlag; und Verlagsanstalt Post-Verlag u. Co., Berlin. Preis: 10 Pf. (Inbindertrabe 2, hierzu 2 Bellen und „Unterhaltung und Wissen“).

**Dr. Thompson's Seifenpulver**

bequem sparsam

Überall zu haben

**7 ALTER WEINBRAND JACOBI 1880 7**

# Ein versinkendes Dorf.

Hart an der Grenze Groß-Berlins, unweit der bekannten Gartenstadt Frohnau, liegt die Gemeinde Hohen-Neuendorf. In einer guten halben Stunde erreicht man sie vom Stettiner Vorortbahnhof aus mit der Nordbahn. Malerisch liegt der kleine Ort in dem märkischen Wald- und Wiesenteppich, und auch sein Straßenbild macht einen sehr guten Eindruck. Der Bahnhof, bekanntlich das Aflaf eines jeden Ortes ist in frohen Farben bemalt worden, und er läßt den Besucher nicht ahnen, welche Tragödie sich in der kleinen Gemeinde seit Jahrzehnten schon abspielt. Auch dieser Artikel soll dazu beitragen, daß der letzte Akt des Dramas, der bereits begonnen hat, nun doch noch einen befriedigenden Schluß erhält.

## „Das Wasser steigt...“

Der südliche Ortsteil von Hohen-Neuendorf hat seit Jahren unter sehr starkem Grundwasserandrang zu leiden. Früher waren die Verhältnisse normal, Grundwasser war in den Kellern nicht zu beobachten und die Tageswässer hatten einen geregeltten Ab-

fluß nach einem südlich an die Gemarkung angrenzenden umfangreichen Bach, ehemals der „große Bergpfuhl“ genannt. Dieses von Gräben durchzogene Bach war Sammel- und Ausgleichbehälter, hatte nach Osten hin Verbindung und Vorflut nach dem bedeutend tiefer gelegenen Hubertussees und durch diesen mit dem Biesfel-, Rindel- und Tegeler Fließ zur Havel. Das vorhandene Gleichgewicht der bestehenden Vorflutverhältnisse wurde jedoch nach und nach einschneidend gestört. Dämme für die Nordbahn wurden geschüttet und vorhandene Gräben umgelegt oder „begradigt“, obwohl die angeordneten Durchlässe nur den auf das Bach zugeschnittenen Verhältnissen Rechnung trugen. Die Folgen stellten sich bald ein. Die Keller des

südlichen Ortsteils wurden feucht und nach einiger Zeit drang Grundwasser ein, das im Laufe der Jahre langsam, aber unaufhaltsam stieg und sich wie eine unheimliche Seuche immer weiter ausbreitete. Die Vorflut war gestört. Das Wasser von Hohen-Neuendorf-Süd konnte seinen Weg nicht mehr ungehindert nehmen. Es wurde durch aufgeschüttete Bodenmassen verdrängt und zurückgestaut. So war auch die Gründung der Gartenstadt Frohnau mit ein Grund zur Enttarnung von Hohen-Neuendorf, der idyllischen Nachbargemeinde.

Die Befürchtungen der Gemeinde, daß die Grundwassererhöhungen zu geradezu katastrophalen Zuständen führen, haben sich selbst übertroffen. Bis jetzt sind nicht nur Souferrainwohnungen, sondern auch Parterrewohnungen geräumt worden, was bei der großen Wohnungsnot schwer ins Gewicht fällt. Außerdem befürchtet die Gemeinde, daß nicht nur die früher trockenen Häuser in kurzer Zeit gänzlich durch Feuchtigkeit und Schwamm unbewohnbar und vom Einsturz bedroht werden, sondern daß auch nachteilige Gesundheitschädigungen der Bewohner, Seuchengefahr usw. zu erwarten sind. Die hohen Zahlen bereits geräumter und noch in Kürze zu räumender Wohnungen, Keller, Werkstätten, Stallungen, Schuppen, entwerteter Gärten und vernichteter Obstplantagen geben ein erschütterndes Bild von der trostlosen Lage. Wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen und für durchdringende schnellste Beseitigung des Grundwassers gesorgt wird, so wird es bald Tatsache sein, daß die meisten der bereits mehr oder minder stark durchweichten Gebäude einstürzen werden und daß schließlich auch den bis jetzt noch einigermaßen verschonten Häusern im nördlichen Ortsteil ein gleiches Schicksal beschieden sein wird. Akt ist die Gefahr baldigen Versinkens in einem reichlichen Drittel der Gemeinde, ungefähr hundert Wohnungen sind hier bereits zerstört, fünfzehnhundert Obstbäume schenken keine Früchte mehr.

## Ein Bild des Grauens.

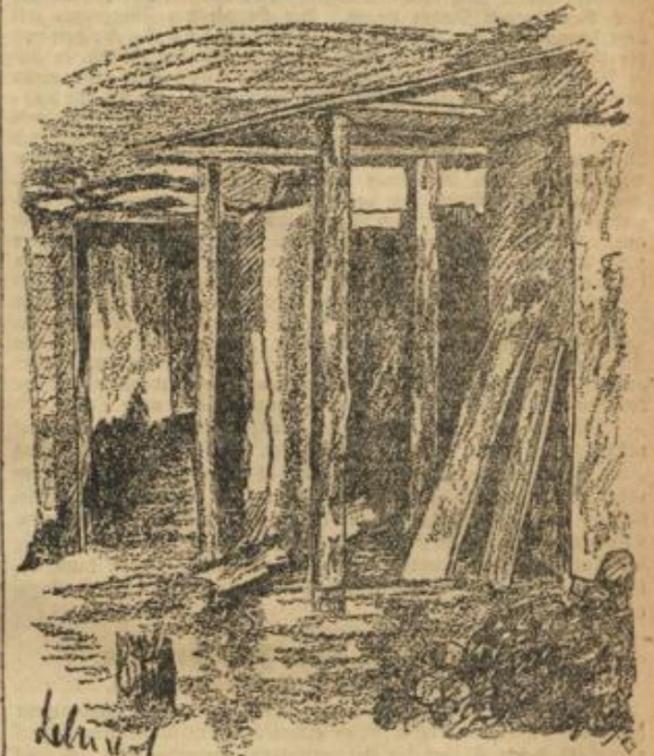
Keine Erdgeschoswohnung gibt es in dieser bedrohten Gegend, keine Wohnung im sogenannten Hochparterre, welche hygienisch einwandfrei wäre. Alle sind feucht, haben Schimmelpilze an den Wänden, und die Luft in den Wohnräumen ist stickig und dunn. In den Kellern rosten die Wasser-, Gas- und Abfluröhren durch. Die Trinkwasser Versorgung ist gefährdet und mit solchen gesundheitlichen Gefahren verbunden, daß viele Brunnen bereits gesperrt werden mußten. Gesundheitschädigungen der Bewohner des bedrohten Ortsteils sind trotzdem unausbleiblich. Es wurde die Beobachtung gemacht, daß gerade in den dort hausenden Familien ganz besonders häufig Muskel- und Gelenkrheumatismus sowie Gicht vorkommen. Bei allen in Hohen-Neuendorf auftretenden Epidemien, besonders bei Grippe, fiel es ferner auf, daß die meisten und die am schwersten verlaufenden Fälle in dieser Ortsgegend zu verzeichnen waren. Das ist nicht erkannlich, denn in solch hygienisch schlechten Verhältnissen lebende Menschen sind mit ihren dadurch geschwächten Körpern für Infektionen am empfindlichsten und am wenigsten fähig, die Krankheiten niederzulämpfen. So sei in diesem Zusammenhang nur auf die Gefahr einer Typhusepidemie hingewiesen. Ganz besonders gefährdet ist in diesem Ortsteil der jugendliche Nachwuchs, denn alle Erkrankungen der Atmungsorgane, besonders Tuberkulose und Rachitis, finden in so nassen Räumen vorzüglichen Nährboden. Tränenden Auges erzählt eine Frau in einem Grundstück der Florastraße: „Das Haus wäre ohne das Grundwasser in einer glänzenden Verfassung. Schon vor 26 Jahren hat mein Vater 3000 M. ausgegeben, um Fußboden und Wände auszementieren zu lassen. — Alles war umsonst. Obwohl ich nun im ersten Stock in eiserner Enge wohne, während das ganze Erdgeschos leer stehen muß, will ich meiner Eltern Heim nicht eher verlassen, als bis alles zusammengebrochen ist...“ Die Steuerkraft der Einwohner ist herabgemindert, was zur Folge hatte, daß fast alle ohne Ausnahme Steuereinsprüche geltend gemacht und Ermäßigung der Steuern erhalten mußten.

## Helf! Helf!

Die Gemeinde hat seit Jahren bei den vorgelegten Behörden auf diese Mißstände hingewiesen, zahlreiche Besichtigungen haben stattgefunden, Entwürfe wurden ausgearbeitet, um Abhilfe zu schaffen. Aber es fehlt überall an Geld! Da die Gemeinde nicht in der Lage ist, diesem Zustande fernerhin ruhig zuzusehen, versucht sie nunmehr mit allen Kräften eine Rettungsaktion durchzuführen. Notwendig ist

nach dem Urteil von Sachverständigen die Schaffung einer geregeltten Entwässerung nach Westen hin in der Richtung nach der Havel.

Die Gemeinde allein ist bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage, die hierzu erforderlichen Vorarbeiten und ihre Durchführung finanziell selbständig zu bewirken. Sie bedarf dazu der Unterstützung durch die vorgelegte Behörde und wendet sich



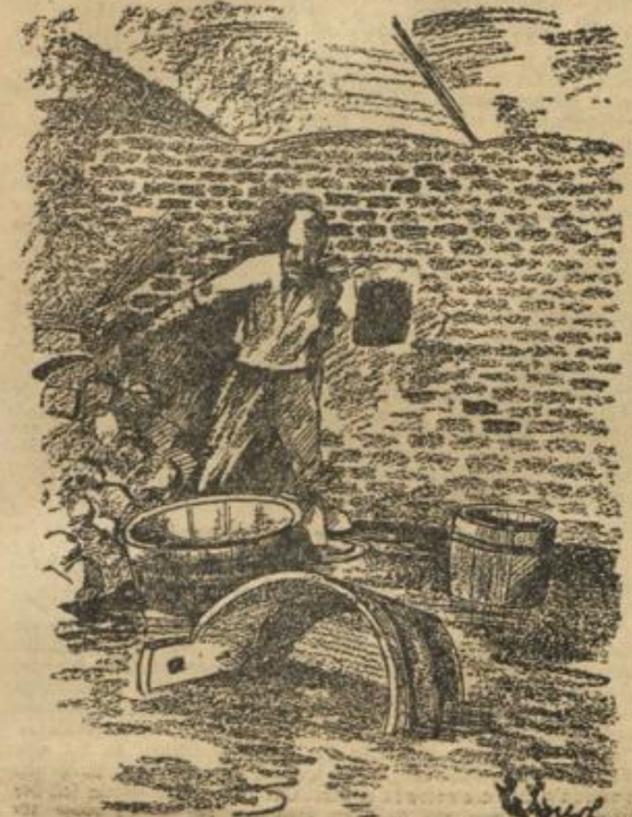
Notsicherungen.

daher in ihrer Notlage an Reich und Staat. Wie wir erfahren, ist bereits ein entsprechender Antrag im Landtage eingebracht worden.

Auch wir stehen auf dem Standpunkt: Wenn der Staat Mittel zur Schaffung neuer Wohnungen auswirft, so ist es erst recht im Interesse der Bevölkerung notwendig, Mittel zur Erhaltung bestehender und an sich einwandfreier Wohnungen flüssig zu machen. 90 Wohnungen sind bereits unbrauchbar geworden, wird nicht umgehend für Abhilfe gesorgt, gehen weitere 100 bis 200 Wohnungen verloren, außerdem erleidet die Volkswirtschaft ganz bedeutende Verluste durch entwertete kultivierte Obstgärten, Stallungen für Kleintierzucht usw., ganz abgesehen von den Gesundheitschädigungen der betreffenden Bevölkerung. Vernunft und Menschenliebe verlangen hier sofortigen Eingriff — also: Helf! Helf!

## Auskunfterteilung im Reiseverkehr.

Für die Auskunfterteilung im Reiseverkehr stehen, wie die Deutsche Reichsbahngesellschaft mitteilt, besonders hierfür geschulte Beamte wie Förstner, Bahnhofschaffner, Aufsichtsbahnarbeiter und Zugbeamte, außerdem die Fahrkartenausgaben und feste Auskunftsstellen zur Verfügung. Auf größeren Bahnhöfen tragen die Auskunftsbeamten gelbe Armbinden mit der Aufschrift „Auskunft“. Es empfiehlt sich also, zur Erlangung einer zuverlässigen und erschöpfenden Auskunft möglichst die besonders gekennzeichneten Beamten und Auskunftsstellen in Anspruch zu nehmen.



Das Grundwasser im Keller.

fluß nach einem südlich an die Gemarkung angrenzenden umfangreichen Bach, ehemals der „große Bergpfuhl“ genannt. Dieses von Gräben durchzogene Bach war Sammel- und Ausgleichbehälter, hatte nach Osten hin Verbindung und Vorflut nach dem bedeutend tiefer gelegenen Hubertussees und durch diesen mit dem Biesfel-, Rindel- und Tegeler Fließ zur Havel. Das vorhandene Gleichgewicht der bestehenden Vorflutverhältnisse wurde jedoch nach und nach einschneidend gestört. Dämme für die Nordbahn wurden geschüttet und vorhandene Gräben umgelegt oder „begradigt“, obwohl die angeordneten Durchlässe nur den auf das Bach zugeschnittenen Verhältnissen Rechnung trugen. Die Folgen stellten sich bald ein. Die Keller des

# Der Apfel der Elisabeth Hoff.

Von Wilhelm Hegeler.

„Nicht? — Du wirst ihn ja selbst näher kennenlernen. In seinen guten Augenblicken kann er entzückend sein. Uebrigens haben wir beschlossen, heute abend —“

„Liebling, ich kann heute abend nicht mitkommen.“

„Was?“ Eine so tiefe Enttäuschung malte sich auf ihrem Gesicht, daß es ihm schwer fiel, fortzufahren.

„Ja, ich bin selbst ärgerlich. Aber es liegen gewisse Umstände vor — eine Arbeit, die ich eigentlich aufschieben wollte, muß doch fertig werden. Ueber die nächste Zeit kann ich beim besten Willen nicht verfügen.“

„Das ist nicht richtig.“ sagte sie leise und schüttelte den Kopf. „Wirklich, das ist nicht richtig von dir. Immer gehst du deine eigenen Wege und läßt mich allein.“

„Aber, Herz, habe ich je ein Vergnügen ohne dich gemossen? Haben wir nicht alles miteinander geteilt?“

„Du hast dir nie ein Vergnügen gegönnt. Immer lagen besondere Umstände vor. Aber diesmal lasse ich mich nicht so abfertigen. Du hast versprochen, mitzukommen. Uebrigens habe ich dir etwas sehr Wichtiges mitzuteilen.“ fügte sie hastig hinzu.

Er warf einen flüchtigen, bedauernden Blick in das aufgeschlagene Buch und lehnte sich in geduldiger Erwartung zurück.

„Was hast du mir Wichtiges mitzuteilen?“

Mit einem raschen, herzhaften Griff hatte Elisabeth das, was sie bedrückte, hervorholen wollen, aber nun merkte sie, daß es irgendwo verborgen lag wie ein Sandkorn im Sande oder vielmehr ihr entchlüpfte war in ein verstecktes Fältchen ihres Innern.

„Handelt es sich um die Kinder?“

„Nein.“

„Also um dich?“

Sie nickte zerstreut.

„Hast du Sorgen? Kommt du mit dem Geld nicht aus?“

„Ach, mit solchem äußerlichen Kram würde ich dich doch nicht beunruhigen!“

„Also ist es etwas Inverächtliches. — Beiruft es uns beide? Hast du etwas gegen mich?“

„Ja, auch gegen dich.“ erwiderte sie, doch noch zerstreuter, da sie fühlte, daß seine Fragen die Last nur noch tiefer in ihr Inneres zurückdrängten.

„Also, womit habe ich dich getränkt? Sprich dich doch frisch und frei aus!“

„Wie soll man sich aussprechen, wenn du immerfort auf dein Buch schielst? Du hast mich überhaupt nicht getränkt. Oder vielmehr, du tränkst mich dauernd. Wie leben wir denn? Wie ein paar Fremde. Wir kennen uns überhaupt nicht. Das heißt, ich kenne dich. Ich weiß, was in dir vorgeht. Aber du — im Grunde kümmerst du dich überhaupt nicht um mich und weicht nichts vor mir.“

„Ich dich nicht kennen! Ich glaube, ich kenne dich besser als du selbst. Gewiß kenne ich nicht jede Regung in dir, aber —“ gehen wir, so betrachtet, nicht alle einsam durchs Leben? wollte er fortfahren, sprach das jedoch nicht aus, sondern sagte — „aber ich kenne die Art und den Umfang deiner Regungen. Ich kenne dich wie dies Buch hier. Da weiß ich auch nicht jede Zeile auswendig, aber ich weiß, dieses werde ich darin finden und jenes nicht.“

„Ach, laß mich doch mit deinen Büchern zufrieden!“

Der vor wenigen Minuten noch so weiche Glanz ihrer Augen, die einem schimmernden Wasserspiegel geglichen hatten, war jetzt aufgelassen von trockener Glut, und ihr Gesicht hatte einen entschieden bösen und feindseligen Ausdruck. Aber dieser Zorn galt nicht ihm, sondern war durch den verblichenen Kampf mit ihrem Innern hervorgerufen. Da predigt man seinen Kindern Wahrhaftigkeit und Freimut, und man selbst vertritt sich und läuft mit einem bösen Gewissen herum. Wie ist das möglich... es einfach zu vergessen, als wäre es nicht geschehen, während es doch eines Tages herauskommen mußte. Warum sage ich's nicht? Warum bin ich so feige?

Hoff blinnte sie forschend an und sah, daß ihr blühendes Aussehen nur eine täuschende Augenblinnde gewesen war. Er ahnte, daß ein heftiger Ausbruch sich in ihr vorbereitete. Aber gerade jetzt fühlte er sich nicht genügend Herr über sich selbst, um ihm liebevoll zu begegnen. Ruhig, mit erzwungener und übertriebener Ruhe, die Konsonanten stark betonend, sagte er:

„Sage mir, was du gegen mich hast. Fange mit dem Nächtliegenden an. Ich kenne dich nicht — gut. So lehre du mich dich kennen. Ich höre mit aller Aufmerksamkeit zu. Denn daß ich jetzt nicht arbeite kann, wirst du wohl selbst einsehen. — Also mal heraus mit der Sprache!“

„Ich kann nicht.“

„Versuch's! Sei doch nicht kindisch! — Ich glaube ja,

offengestanden, was dich quält, das ist etwas, was sich einfach nicht aussprechen läßt. Nicht etwa eine Laune. Gewiß nicht. Aber eine Verstimmung, die mit körperlichen Ursachen zusammenhängt. Weicht du? — er zog ein wenig ihr unteres Augenlid herunter — „du scheinst mir recht blutarm zu sein. Vielleicht solltest du Eisen nehmen.“

Als hätte er ihr unversehens einen Streich gegeben, zuckte sie zusammen.

„Ich bin doch kein Tier, daß ich willenlos auf körperliche Zustände reagiere! Befah dich mit deinen Läusen und Meerschweinchen, dafür langt deine Kunst. — Ach, du verzeih! Ich allein bin ja schuld. Aber ich kann nicht! Daß kein Mensch einem hilft!“

Während sie ihr schluchzendes Gesicht an seiner Brust verbergte, strich er zärtlich über ihr Haar und sprach ihr Trostsworte zu.

„Ich ahnte ja nicht, wie herunter du bist. Weine doch nicht! Du hast ja vollkommen recht. Ich bin auch nicht der richtige Arzt für dich. Morgen gehen wir zu einem Kollegen und lassen dich untersuchen. So beruhige dich doch! Seh mich mal an! Glaubst du wirklich, daß du nicht mein ein und alles bist?“

Sie lächelte schon wieder unter Tränen, überwältigt von der Treuhierigkeit seines Blickes. Aber nach einem schweren Seufzer sagte sie: „Glaub mir, es ist wirklich nichts Körperliches. Ich muß mich mit dir aussprechen. Aber jetzt kann ich's nicht. Komm heute abend mit! Ich habe eine solche Sehnsucht nach einem schönen Abend mit dir zusammen. Und wenn wir dann zu Hause sind, werde ich auch den Mut haben, dir alles zu sagen.“

4.

Eine dunkle Straßenschlucht nahm die beiden auf. In weiten Abständen lüftete der kreisrunde Lichtschein einer Laterne auf dem schwärzlich nassen Asphalt. Da und dort lockte zu ebener Erde die rauchumwogte Helligkeit einer Bierkneipe, das verhängte Rot einer Wirtshube. Höher hinauf waren die Häuserfassaden kaum zu sehen, doch spürte Hoff ihre lastende Schwere, die Sorge, Eier und Enttäuschung, das ganze enge Leben, das in diesen steinernen Behältern zusammengedrückt war. Er lehnte sich nach seinem Schreibtisch zurück. Arbeitend den letzten Atemzug tun — fast mutete ihm das wie Glück an.

Da fühlte er den leisen Druck des Frauenarmes unter seinem.

(Fortsetzung folgt.)

## Das Flugzeugunglück in Staaken.

Ein Flugpilot tödlich verunglückt, 10 Arbeiter verletzt.

Das schwere Flugzeugunglück in Staaken, über das wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, gehört zu den seltensten seiner Art. Wir erfahren über die eigenartigen Begleitumstände, die das Unglück so schwer gestalteten, noch folgendes:

In Staaken war seit einigen Wochen der Referendar Dr. jur. Frohner v. Wilffen zu seiner Ausbildung als Flugzeugführer tätig. Gestern machte er vor einer Kommission seinen Prüfungsfug. In beträchtlicher Höhe beschrieb er mit dem Flugzeug in dem böigen Wetter verschiedene Wendungen. Pflötzlich stürzte er, als er eine Kurve zu scharf nahm, gerade über der großen Zeppelinhalle ab. In der Halle, die jetzt anderen Zwecken dient, waren Arbeiter dabei, für die Atlantik-Filmgesellschaft zu einem neuen Film große Gerüste aufzubauen. Das Flugzeug stürzte mit großer Wucht auf das Glasdach der Halle herab. Die beiden Tragflächen brachen ab und blieben nur dem Gerippe des Daches liegen. Der Körper des Flugzeuges mit dem schweren Motor bogegen durchschlag das Dach, zerbrach die Gerüste unter ihm und schlug durch bis auf den Grund, in den er sich einbohrte. Der Führer lebte noch, starb aber bald unter den Händen der Ärzte, die sich seiner annahmen. Zehn Arbeiter lagen unter den zertrümmerten Gerüsten, mit denen sie zum Teil in die Tiefe gestürzt waren. Aus Spandau rückten alsbald die Feuerwehr mit einem Zuge, zwei Krankenwagen und Samaritanerpersonal, eine Abteilung der Schutzpolizei und Kriminalbeamte zur Hilfeleistung, den erforderlichen Abperrungen und Aufnahme des Tatbestandes nach Staaken ab. In der Halle sah es wüst aus. Die Verunglückten, die zum Teil unter zerbrochenen Balken und Stangen lagen, wurden von der Feuerwehr befreit. Am schwersten verletzt war der Arbeiter Kurt Jempt aus der Berlinergasse 16 zu Berlin. Er mußte mit einer gefährlichen Rückenverletzung sofort nach Spandau ins Krankenhaus gebracht werden. Die anderen Arbeiter, die zum Teil durch in den Körper eingedrungene Holzsplitter verletzt waren, wurden an Ort und Stelle von Ärzten und Samaritanern verbunden. Einige konnten im Betriebe bleiben, andere begaben sich nach Hause.

Die Leitung der Flugschule in Staaken ist von dem Vorwurf nicht freizusprechen, daß sie Flugschüler, die in der Handhabung eines Flugzeuges noch unerfahren sind, über Gebäuden manövrieren läßt, die anderen als Flugzwecke dienen. Die polizeiliche Aufsichtsbehörde wird festzustellen haben, in welchem Maße diese Übungsflüge über bewohnten Gebäuden ausgedehnt werden und wer für die Schäden an Leib und Leben haftbar gemacht werden kann, die durch das leichtfertige Ueberfliegen von Gebäudeteilen durch Ungeübte entstehen.

## Die Verfehlungen eines Justizbeamten.

Ein Opfer übermäßigen Zigarettenrauchens.

Die Begierde nach einem alten, wenig wertvollen Jagdgewehr hat einen Justizobersekretär S. zu einem kaum verständlichen Schritt veranlaßt, dessen Folgen für ihn vernichtend geworden sind. S. der 20 Jahre Beamter im Justizdienst gewesen war, ohne sich jemals etwas zu schaden kommen zu lassen, ist im Sommer v. J. von der Laufbahn eines pflichtgetreuen Beamten aus diesem wichtigen Anlaß abgewichen.

Unter den Aufbewahrungsgegenständen des Amtsgerichts Berlin-Mitte, bei dem S. beschäftigt war, besaß sich auch ein beschlagnahmtes Kaufertsching, in dessen Besitz sich S. setzen wollte. Zuerst wandte er sich an einen Amtsgerichtsrat mit der Frage, ob er nicht das Gewehr bei der späteren Versteigerung erwerben könnte. Dieser riet ihm ab, da es sich um ein ziemlich altes und wenig wertvolles Jagdgewehr handelte. Trotzdem nahm der Angeklagte die zusammenlegbare Frimte heimlich mit nach Hause. Angeblich wollte er nur einen Büchsenmacher um Auskunft fragen, was die Reparatur kosten würde. Schließlich aber wurde das alte Jagdgewehr vernichtet und der Verdacht fiel auf den Angeklagten, bei dem eine Hausjagd abgehalten wurde, wobei man den vernichteten Gegenstand fand. Zu der ersten fängte der Sekretär alsbald eine zweite Lohheit. Er ließ sich unter falschem Namen im Kriminalgericht den Schlüssel zu seinem Amtszimmer geben, versuchte hier anscheinend, die auf die Entwendung des Gewehres bezüglichen Akten zu verdecken oder gar verschwinden zu lassen und wurde darüber abgefahlt. Das Große Schöffengericht Mitte hielt den Angeklagten jedoch auf Grund einer Reihe von Indizienbeweisen für schuldig. Bei der Strafverurteilung berücksichtigte das Gericht als mildernd, daß das Repensystem des Angeklagten infolge übermäßigen Zigarettenrauchens und als Nachwirkung einer Gehirnrippe erheblich zerrüttet war. Strafverhörtend war jedoch, daß der Angeklagte Beamter gerade desjenigen Zweiges der Staatsverwaltung war, der über Recht und Unrecht zu entscheiden habe. Deshalb sind seine Verfehlungen schwerer zu beurteilen. Da er als Gerichtsbeamter seine Vertrauensstellung mißbraucht hat, wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf drei Jahre abgesprochen und er wurde wegen Unterschlagung und Befreiung von Akten zu neun Monaten Gefängnis und wegen des „Besitzes einer Waffe ohne Waffenschein“ zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

## Ueberfall auf einen Oberleutnant der Schutzpolizei.

Einen bösen Ausgang nahm die Menschenfreundlichkeit eines hübschen Oberleutnants der Schutzpolizei. Der Oberleutnant Sommer kam in bürgerlicher Kleidung mit seiner Gattin gegen 1 1/2 Uhr nachts auf dem Heimwege durch die Kaiser-Friedrich-Straße in Neutöllin. In der Nähe des Herbergsplatzes wurde er auf ein Paar aufmerksam, das sich täuschlich angriff. Die Frau lag schließlich hüftierend am Boden und wurde von dem Manne schwer geschlagen. Oberleutnant Sommer eilte hinzu und versuchte durch gütliches Zureden den Streit zu schlichten. Als er jedoch die Frau vom Boden aufheben wollte, erhielt er von dem Manne zwei schwere Messerstiche. Darauf ergreift der Mann die Flucht. Trotz seiner starken blutenden Verletzungen verfolgte ihn der Offizier in ein Lokal an der Ecke der Treptower und Weiserstraße hinein. Als er von hier aus das Ueberfallkommando anrufen wollte, verweigerte ihm der Wirt die Benutzung des Fernsprechers und schob ihn zur Tür hinaus. Unterdessen aber eilte Frau Sommer nach der Wache des 219. Regiments, das sofort zwei Schutzbeamte entsandte, die den Ueberläufer aus dem Lokal herausholten und nach der Wache brachten. Hier wurde er festgehalten als ein 43 Jahre alter Puffer Albert Krause aus der Treptower Straße 14. Die Frau, mit der er sich geschlagen hatte, war seine Braut. Oberleutnant Sommer ist dienstunfähig und befindet sich in ärztlicher Behandlung.

## Aufwertungsvorschläge auf Sparguthaben.

Die Sparkasse der Stadt Berlin gibt aus den ihr vom Magistrat Berlin zur Verfügung gestellten Mitteln a) Ründeln, b) laufende unterstützten Sozial- und Kleinrentnern, c) Empfängern von laufenden Unterstützungen der Wohlfahrtspflege (früher Armenpflege), d) Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie e) Erwerbslosen, die laufend Unterstützung beziehen, auf den Goldmarkwert der auf ihren Namen lautenden Papiermarksparguthaben einen 10prozentigen Aufwertungsvorschlag bis höchstens 100 Rentenmark im Einzelfalle. Guthaben, auf die bereits ein Aufwertungsvorschlag gezahlt worden ist, können von den Sparern nicht nochmals angemeldet werden. — Mit diesem als Wohlfahrtsmaßnahme zu betrachtenden Vorschlag soll einer kommenden gesetzlichen Aufwertung nicht vorgegriffen werden. Bei der etwaigen Aufwertung wären diese Vorschlagsbeträge anzurechnen. Wohlfahrtsunterstützungen, Renten usw. werden deshalb in keinem Falle gekürzt. Als Ründelguthaben gelten Sparguthaben der noch

unter Vormundschaft stehenden Mündel, wenn das Sparbuch einen Sperrenvermerk des Inhalts trägt, daß zur Abhebung des Geldes die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichts erforderlich ist. (§ 17 der Sparsparbuchgesetz.) Vom 5. Februar 1925 ab kann die Zahlung des Aufwertungsvorschlusses bei der Sparkasse beantragt werden, die das Sparbuch ausgestellt hat. Die Sparere werden in ihrem Interesse aufgefordert, die Anmeldestermine 5. Februar 1925 und 20. Februar 1925 unbedingt innezuhalten, damit eine Ueberfüllung der Kassenräume und längerer Warten vermieden wird. Die Anmeldungen werden während der Kassenstunden von 9 bis 3 Uhr, an den Sonnabenden von 9 bis 1 Uhr entgegengenommen. — Fünfjährigjährige Sparere, die trotz der ihnen zugesandten Benachrichtigungen bisher nicht über ihren Vorschlagsbetrag verfügt haben, werden ersucht, dies umgehend nachzuholen.

## Große öffentliche Beamtenkundgebung

am Donnerstag, 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße 47-59.

Tagesordnung: „Der Bürgerlohn und die Beamten — Das System Schleben.“ Referenten: Ministerpräsident a. D. Stelling, M. d. R., Ministerialrat a. D. Albert Falkenberg.

Beamte! Sorgt für massenhaften Besuch dieser Veranstaltung. Wehrt Euch gegen die Reaktion und gegen die Vereitelung der anderen Besoldungsgruppen!

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehrer Groß-Berlins.

## Die abgeleugnete Vaterschaft.

Buchstabenjustiz statt Wiedergutmachung.

Wegen Meineides und Verteilung zum Meineid wurde ein 21jähriger Handelskäufer Karl W. vom Schwurgericht I zu einem Jahresmonat in Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Angeklagte hatte ein Liebesverhältnis mit einem Dienstmädchen in seinem Heimatort und hatte, als er Vater geworden war und wegen der Alimentierung seines Kindes in Anspruch genommen wurde, unter Eid jeden Verkehr mit der Mutter des Kindes bestritten. Als dann das Vergehen schon gegen ihn eingeleitet war, hatte er die Befastigungsgewinn auch noch verleiten wollen, zu seinen Gunsten eine falsche Aussage zu machen. Das Schwurgericht erkannte ihn schuldig und verurteilte ihn zu obiger Strafe. — Dieser Fall ist ungewöhnlich typisch für unsere gesamte Rechtsprechung! Der junge Mensch wird durch die Zuchthausstrafe Zeit seines Lebens schwer bemerkt, und das unschuldige Kind wiederum wird sein ganzes Leben darunter zu leiden haben, daß es „unecht“ und sein Vater ein „Zuchthäuser“ ist. Sollte nicht eine menschliche Justiz denkbar sein, die den jungen tüchtigen Menschen mit schärfster Verwarnung veranlaßt, wieder gut zu machen, d. h. zunächst einmal Mutter und Kind zu ehelichen und zu versorgen und durch seinen weiteren maffelosen Lebenswandel nachzuweisen, daß er seinen ersten Fehltritt bereut? Das obige Urteil aber ist Ausdruck einer unerträglichen Buchstabenjustiz, der in unserer Zeit kein Raum mehr gewährt werden sollte.

## Gründung eines Kartells für Reform des Sexualstrafrechts

Nach Veröffentlichung des amtlichen Entwurfes zu einem deutschen Strafgesetzbuch waren vor einigen Tagen eine Reihe Verbände und Vereine zu einer Aussprache zusammengetreten, die zur Gründung eines Kartells für Reform des Sexualstrafrechts führte. Dem Kartell gehören u. a. an: der Verband für Mutterschutz, der Verband Eherechtsreform, die Gesellschaft für Geschlechtskunde, die Gesellschaft für Sexualreform und das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee. Uebereinstimmend herrschte die Auffassung, daß der Entwurf den modernen Forschungen und Forderungen nicht genügend Rechnung trage und daß derselbe in zahlreichen Punkten einer kritischen Prüfung zu unterliegen sei. Das Kartell tritt Ende Februar wieder zu einer neuen Sitzung zusammen, in der inzwischens vorbereitete Eingaben und Gutachten besprochen werden sollen.

## Beamte oder Büttel?

Vor dem Neutölliner Schöffengericht hatten sich drei Schutzbeamte, der Wachtmeister Erik Berg und die beiden Oberwachmeister Robert Belding und Wilhelm Lohel wegen Körperverletzung im Amte zu verantworten. Der Anklage liegt die kaum glaubliche Tatsache zugrunde, daß Berg und Belding den Arbeiter Harry Feuchner, der nachts in der Emser Straße zu Neutöllin seinen vorangehenden Freunden zurief, sie möchten doch einen Kußbiss warten, weil er sich eine Zigarette anzünden wollte, wegen dieses von den Beamten als „Lärm“ empfundenen Zurufes zur Rede stellen und den Feuchner zurgegend zur Wache transportieren. Auf der Wache ist Feuchner dann in der schändlichsten Weise mißhandelt worden. Das Gericht hielt die Schuld der Angeklagten für erwiesen und verurteilte alle drei zu je drei Monaten Gefängnis wegen Körperverletzung im Amte. Außerdem wurde den Verurteilten die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von drei Jahren abgesprochen. Bemerkenswert ist noch, daß die drei prägenannten Beamten gegen Feuchner Strafanzeige wegen Mißhandlung gegen die Staatsgewalt gemacht hatten, ist deswegen vor etwa vier Wochen zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Beamten hatten damals behauptet, den Angeklagten nicht mißhandelt zu haben. Sollte es bei den modernen psychologisch-pädagogischen Methoden nicht möglich sein, schon bei der Ausbildung zu erkennen, welche Beamten sich wirklich als Schutzpolizisten eignen?

## Die Ausweise für Kriegsbefähigte.

Noch immer wird die Ausstellung der Ausweise für sichend zu befördernde Kriegsbefähigte irrtümlich bei der Reichsbahnverwaltung beantragt. Diese Ausweise werden nach wie vor von den zuständigen Kriegsbefähigten-Bürostellen ausgestellt. Von der Reichs-

## Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 4. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 3.30 Uhr nachts: Die Funkprinzessin erzählt: Liebe alte und neue Märchen für unsere jüngeren Hörer. 1. Schneewittchen, Grimm. 2. Die Wasserröhren, 3. Wie der Schneemann spazieren ging, Vorens zur Linde. 4. Bei den Märchen im Müsepalast, Else Hofmann. 5. Einige gute Antworten auf meine Dorfröschchenfrage. (Die Funkprinzessin: Adele Prossler). 4.30-5 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40-7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). 8.40 Uhr abends: Handel: Privathandelslehrer Franz Fischer: „Grundzüge des Wechselwesens“. 2. Vortrag. „Hauptformen und Personen des Wechselwesens“. (Abt. Hochschulkurse). 7 Uhr abends: Geh. Reg. Rat Dr. Weitzold: „Die Kunst der Gegenwart“. 4. Vortrag. „Neue Wege und Ziele“. 7.35 Uhr abends: Professor Dr. Geiger: „Radioaktive Substanzen und ihre Strahlungen“. 8. Vortrag. „Zerfallstheorien und Zerfallstheorie“. 8.30 Uhr abends: Einführende Worte zum Sendespiel. 8.45 Uhr abends: Sendespielbühne. Abt. Schauspiel. — Leitung: Alfred Braun. Erster Klasse, Schwanke in einem Akt von Ludwig Thoma. Josef Filsler, Landwirt und Abgeordneter: Ferdinand Bonn; Maria Filsler, dessen Ehefrau; Fanny Wolff; Sylvester Grottmaler, Landwirt; Otto Kronbürger; Kaufmann Stüve aus Neuruppin; Alfred Braun; Assessor Alfred von Klewitz; Hugo Schröder; Lotte von Klewitz; Friedel Keller; v. Scheibler, Ministerialrat; Bruno Rahn; Eip Schaffner; Franz B. Erich; Ein Zuführer: Willi Eberhardt. Die Handlung spielt in einem Eilzugknoten erster Klasse. Ort: Oberbayern. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theaterdienst.

bahnverwaltung werden nur die „Ausweise zur freien Beförderung des künftigen Begleiters eines schwerbeschädigten Kriegsbefähigten“ ausgestellt.

## Das Stammkapital der Straßenbahn.

Der städtische Haushaltsausschuß beschloß die Beschäftigung in einer längeren Beratung mit der Festsetzung des Stammkapitals der Berliner Straßenbahn G. m. b. H. Die Sitzungen der Gesellschaft sind bekanntlich von der Stadtverordnetenversammlung immer noch nicht verabschiedet und zurzeit läßt sich noch nicht überlegen, wann sie endgültig beschloßen werden. Die Vorschriften des Goldbilanzierungsgesetzes zwingen aber alle städtischen Gesellschaften zur Neufestsetzung ihres Goldmarkkapitals. Die Straßenbahn hatte dabei nach dem Vorbild der Gas- und Elektrizitätswerke ein Stammkapital von 15 Millionen Goldmark vorgeschlagen. Da diesem Kapital an Materialien, laufenden Betriebsmitteln, Kassenbeständen und Bankguthaben per 1. Januar 1924 nur rund 2 1/2 Millionen Mark gegenüberstanden, ergab sich die Notwendigkeit, die Differenz in Höhe von 12 1/2 Millionen als Kapitalentwertungskonto in die Bilanz einzuführen. Gegen diesen Bilanzposten wurde im Haushaltsausschuß energisch Front gemacht. Es wurde die Befürchtung geäußert, daß die städtischen Gesellschaften allgemein zu sehr zur Selbständigkeit neigten, daß eine so hohe Festsetzung des Kapitalentwertungskontos die Möglichkeit gäbe, den Charakter der Gesellschaft als einer Betriebsgesellschaft in eine Besitzgesellschaft zu verwandeln, und daß dadurch zu starke Gewinnverflechtungen in den nächsten drei Jahren möglich seien. Nach längerer Debatte einigte sich der Haushaltsausschuß auf einen sozialdemokratischen Kompromißantrag, das Stammkapital auf Straßenbahnen auf 10 Millionen Goldmark festzusetzen. Auf die Gas- und Elektrizitätswerke wurde dieser Beschluß nicht ausgedehnt. In der gleichen Sitzung wurde die Goldmarkbilanz der Neutölliner Stadtbahn G. m. b. H. verabschiedet. Der Räumere stelle in Aussicht, daß die Neutölliner Stadtbahn eoll. später mit der in Bildung begriffenen Berliner Stadtbahn zusammengeleitet werden könnte. Die Beratungen darüber schweben noch, eine Entscheidung sei erst im Laufe dieses Jahres zu erwarten.

## Die Zwölfjährigen.

In einem Hause der Dunderstraße fiel es auf, daß ein 50 Jahre alte Dreher L., ein verheirateter Mann, öfter Besuch von kleinen Mädchen erhielt, denen er Süßigkeiten und auch Geld schenkte. Schließlich nahm ihn die Revierpolizei fest und ermittelte sechs Mädchen von 12 bis 14 Jahren, alle aus Pankow, an denen sich L. vergangen hat. Er bestritt aber, der Verführer gewesen zu sein und behauptete vielmehr, daß die Mädchen ihn an sich gelockt hätten. So unwahrscheinlich das zunächst klang, so hat es sich doch als wahr erwiesen. Die Mädchen machten durch bezichtigenden Augenblick und andere Gesten im Bürgerpark Männer auf sich aufmerksam und folgten ihnen, wenn ihre Begleitung angenommen wurde. Durch eingehende Vernehmungen ist festgestellt worden, daß sie nicht bloß mit L., sondern auch mit anderen Männern verbotenen Umgang gehabt haben. L. wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt und in Haft gehalten. Nach den anderen Männern wird geforscht.

## Die großen Berliner Bekleidungsessen.

Die Fachmesse der deutschen Bekleidungsindustrie und die zweite Messe der Schuh- und Ledermirtschaft, die in den Tagen vom 8. bis 11. Februar in den drei Ausstellungshallen am Kaiserdamm in Berlin stattfinden, werden zum ersten Male eine lässliche Ueberflut über das gesamte Gebiet der deutschen Bekleidungsindustrie bieten. Nahezu 1400 der namhaftesten deutschen Firmen aller Zweige dieser Industrie zeigen auf einer Ausstellungsmesse von rund 30000 Quadratmetern alles, was den Menschen deckt, wärmt und wärmt. In der Funkhalle wird die Damenkonfektion, in der neuen Autobahn die Herrenkonfektion, in der alten Autobahn die Schuh- und Leder- und die Bedemwaren- und Sattlerwarenbranche untergebracht werden. Daß sich der Gedanke der Berliner Fachmesse in ganz Deutschland durchgesetzt hat, beweist die Tatsache, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Ausstellerfirmen nicht in Berlin anfangig ist. Etwa 60 Hochverbands der Industrie, des Großhandels und des Einzelhandels sind Träger dieser Messen. Fast alle an den Messen beteiligten Industrieverbände haben während ihrer Dauer besondere Lönungen oder Ausschickungen nach Berlin einberufen. Für den 10. Februar ist ein sogenannter „Bekleidungsstog“ geplant, an dem führende Wirtschaftspolitiker und leitende Männer der Bekleidungsindustrie über die aktuellen wirtschaftlichen Fragen sprechen werden.

## Das neue Telefonbuch.

Das amtliche Fernsprechbuch für Berlin und Umgegend für das Jahr 1925 ist jetzt erschienen. Viele Neuerungen gegenüber dem vorjährigen Verzeichnis enthält das neue Buch, das die Kleinigkeit von 1326 Seiten und einen Anhang von 68 Seiten aufweist, nicht. In dem neuen Buch sind die beiden neuen Fernsprechnetze Westend und Hafenside ausgenommen. Wer mit einem dieser Netze verkehren will, muß der ersten Beamtin zugleich Amt und Nummer nennen. Die Verbindungen nach Potsdam und Zehlendorf werden durch das Zwischenamt Nikolas vermittelt, das sich als zweites Amt meldet. Wer mit Potsdam oder Zehlendorf telefonieren will, darf jedoch nicht Nikolas verlangen, sondern immer nur Potsdam oder Zehlendorf. Das neue Buch bringt dann wieder, ebenso wie die früheren Verzeichnisse, eine ganze Seite Erklärungen, wie Zahlen ausgesprochen werden sollen, damit Mißverständnisse vermieden werden. Besonders kompliziert ist die Anleihe zur richtigen Aussprache von drei-, vier- und fünfstelligen Zahlen, die in zwei Gruppen zerlegt werden müssen. Hier muß der Telefonierende ein reguläres Studium absolvieren, bevor er genau weiß, was er tun und wie er sprechen soll.

Ein Rodausstatter hat sich schon ein paarmal bei den Vorkühlerfesten in der „Neuen Welt“ bemerkbar gemacht. Als eine Verkäuferin Frieda F. aus der Bergmannstraße nach der Garderobe ging, um sich zur Primkehr ihre Sachen herauszugeben zu lassen, merkte sie, daß ihr der Rod von oben bis unten aufgeschlichtet war. Sie erinnerte sich eines Mannes, der sich an einer Wirtelbude in ihrer Nähe aufhalten benommen hatte und fand diesen Mann auch wieder. Er wurde als ein Walter L. festgestellt und der Kriminalpolizei zugeführt. L. bestritt die Tat.

Die Wahlen des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden am Sonntag ergaben, wie jetzt schon aus den vorläufigen Ergebnissen im ganzen Preußen ersichtlich ist, eine liberale Mehrheit. Selbst in den Wahlbezirken, in denen Gemeinschaften von den Orthodoxen mit den Zionisten aufgestellt waren, sind die Liberalen in der Mehrheit geblieben. Das Berliner Abstimmungsresultat ist folgendes: Liberale 26 Mandate, religiöse Mittelpartei 5 Mandate, Orthodoxe 4 Mandate, Zionisten 16 Mandate und Soziale Zionisten (sozialistisch-zionistische Arbeiterorganisation) 2 Mandate.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Übungsstunde am Donnerstag, 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gefängnis der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17.

Jungen gesucht. Am 16. Juni 1918 ist der Landsturmmann Konrad Schulz, Krimenkompanie, auf der Insel Hüll auf Westerland (Nord) durch einen Unfall auf der Militärbahn verunglückt. Jungen dieses Vorkühler, eventuell diejenigen, die über die Angelegenheit etwas wissen können, was von Belang ist, werden gebeten, ihre Adresse an Frau Emma Schulz, Berlin S., Solendelbe 10/11, rechter Seitenflügel III, anzugeben. Einleiten werden vergütet.

Ein Lichtbildvortrag „Unsere Stunden“ tritt am 5. Februar, abends 6 Uhr, im Hotel VII der Landwehrstraße 10, Berlin, Anzeigerstraße 42, Kurt Geisler für die Abteilung der Pflanzen- und Gartenfreunde der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft zu dem Jedermann freien Eintritt hat.

# Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

## Die Sozialdemokratie fordert den Achtstundentag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird dem Geschäftsordnungsausschuss ein Antrag des preussischen Kultusministers überwiesen auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den deutsch-nationalen Reichstagsabg. Universitätsprofessor Dr. v. Freytagh-Boringhove.

In erster und zweiter Beratung wird zunächst das deutsch-schwehowskische Abkommen vom 4. März 1924 ohne Debatte angenommen.

Abg. Stoeker (Komm.) beantragt dann außerhalb der Tagesordnung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses anlässlich des

### „700-Millionen-Gescheus der Reichsregierung

an die Rhein- und Ruhrindustriellen. Dieser Ausschuss solle sich mit den rechtswidrigen Begünstigungen beschäftigen, die der Schwerindustrie von den Regierungen Cuno, Stresemann, Marx und Luther gewährt worden seien. Die Mitglieder dieser Regierungen müßten außerdem vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, seine Freunde würden den kommunistischen Antrag nicht unterstützen. Sie würden selbst die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragen, sobald die Regierung ihre Denkschrift vorgelegt hat.

Abg. Stoeker (Komm.) bezeichnet die Haltung der Sozialdemokraten als einen elenden Scheinkampf.

Die sofortige Beratung der kommunistischen Anträge scheitert an dem Widerspruch aus dem Hause.

Das deutsch-flamische Wirtschaftsabkommen wird debattellos dem Ausschuss überwiesen.

Dann beginnt die zweite Beratung des Etats mit dem

### Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Nach dem durch den Abg. Hoch (Soz.) erstatteten Ausschussbericht spricht als erster Redner

### Abg. Dismann (Soz.):

An die Spitze meiner Ausführungen stelle ich die Artikel 151, 157, 163 und 165 der Reichsverfassung, in der auf die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für die Arbeiter hingewiesen ist, wo gesagt wird, daß die Arbeitskraft des besondern Schutzes des Reiches genieße und jeder Staatsbürger angemessene Arbeitsgelegenheit finden müsse. Die Reichsverfassung ist nunmehr seit über fünf Jahren in Kraft. Wie war bisher ihre Auswirkung? Hat sich das Reichsarbeitsministerium danach gerichtet? Wir sehen, wie in den letzten Jahren ein zunehmender Sturm auf die Arbeitskraft unternommen wird, wie das Arbeitsrecht immer mehr verlerzt wird, wie ungenügend die Unterstellungen der Erwerbslosen sind, so daß sie diesen nicht einmal die notwendige Existenz sichern. Sozialpolitik und Arbeiterschutz müssen sich der besonderen Fürsorge des Staates erfreuen. Daß da erklärt man, die Befestigung der Arbeiterversicherung sei so groß, daß sie nicht mehr tragbar wäre. Es muß jedoch erste Pflicht des Staates sein, denjenigen beizustehen, die die Leiden der letzten zehn Jahre durchgemacht haben. Das wertvolle Volk hat besonders darunter gelitten, während des Krieges und nach dem Kriege mußte es eine Hungerkur durchmachen und Massenarbeitslosigkeit über sich ergehen lassen.

Was ist denn für die Sozialunterstützungsempfänger überhaupt ausgegeben worden? Ich meine nicht die falschen Zahlen, die oft zur Irreführung der Öffentlichkeit angegeben werden, sondern die wirklichen Zahlen. Nach den Mitteilungen des „Reichsarbeitsblattes“ sind pro Jahr 1610 Millionen Mark ausgegeben worden. Man muß aber dabei bedenken, daß diese Beträge zum größeren Teile von Arbeitern selbst aufgebracht wurden, und den anderen Teil hat das Unternehmertum nur scheinbar beigetragen. Es hat verstanden, durch vermehrte Ausbeutung seine Ausgaben dafür auf die Arbeiter abzumwälzen. Die Unternehmer sagen: Wir können keine höheren sozialen Lasten übernehmen, sonst würden wir die Substanz der Wirtschaft angreifen. Ist es aber nicht das dringendste Erfordernis, daß

### die Substanz der menschlichen Arbeitskraft erhalten und vermehrt wird?

(Sehr wahr! bei den Soz.) Darum verlangen wir die ausreichende Unterstützung der Erwerbsbeschränkten und Invaliden sowie auch derjenigen Arbeiter, die ihr Leben lang ihre Pflicht erfüllt haben und heute erwerbslos geworden sind. Für die Sozialrentner, für die Unfallbesitzer, für die Kriegspolter muß alles geschehen damit ihnen eine menschenwürdige Existenz gesichert ist. Dazu kommt die besondere Fürsorge für die Erwerbslosen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können. In Besorgnis erregender Weise steigt wieder der Umfang der Erwerbslosigkeit. In der ersten Januarhälfte ist die Zahl der Unterstützungsempfänger von 533 000 auf 583 000 gestiegen. In diesen Ziffern sind aber nur diejenigen Erwerbslosen enthalten, die Unterstützung beziehen. Ich frage das Reichsarbeitsministerium, ob es festgestellt hat, wie groß die Zahl derjenigen ist, die

### bei der Erwerbslosenunterstützung ausgefallen

sind? Nimmt man noch die hinzu, dann werden ganz andere Ziffern herauskommen. Wenn wir die Erhöhung der Unterstützungssätze fordern, dann heißt es immer, es sei kein Geld da. Ich verweise darauf, daß der Gesamtetat des Reichsarbeitsministeriums von 481 Millionen herabgesetzt worden ist auf 323 Millionen. Es steht fest, daß ein Teil der Belastung, die das Reich bisher getragen hat, jetzt auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt wird. Auf dem Verordnungswege wurde die Arbeitslosenversicherung geschaffen, zu denen die Arbeiter und die Unternehmer je die Hälfte der Beiträge beisteuern. In demselben Jahre, in dem 150 Millionen weniger eingezahlt werden für soziale Zwecke, sind

an andere „Kollektende“ über 700 Millionen Mark verteilt worden. Ich meine die Werkstätten aus dem Ruhrrevier. Diese Summen sind geflossen zu einer Zeit, in der das Reichsarbeitsministerium mit dabei geholfen hat, das soziale Unterstützungswesen abzubauen.

Diese Unterstellungen sind an jene Industriellen geflossen, die den Arbeitern erklärt hatten, wenn sie in den Schacht, in die Werkstatt, in die Fabrik zurückkehren wollten, dann müßte die Arbeitszeit verlängert, der Lohn reduziert werden. In der Tat hat, um nur einen Punkt herauszugreifen, die Schwerindustrie die bisherigen drei Schichten zu 8 Stunden vergrößert und eine Doppelschicht zu 12 Stunden eingeführt. Die Bergarbeiter-Löhne sind gekürzt worden, erst von 3,25 auf 4,25 M und im März v. J. auf 4,06 M. Der Stundenlohn für gelernete Metallarbeiter wurde herabgesetzt von 70 auf 50 Pf., für ungelernete sogar auf 40 Pf. Die Industriellen haben ihr Vorgehen damals begründet mit den schweren Lasten des Ricum-Vertrages, die sie selbst zu tragen hätten. Hinter der Öffentlichkeit haben sich aber inzwischen ganz andere Dinge abgespielt. Die Ricum-Lasten wurden berechnet mit 80 Millionen im Monat, das macht für 9 Monate etwas über 700 Millionen Mark aus. Die sozialen Unterstellungen sind nicht erhöht worden, aber zur selben Zeit hat man den

Schwerindustriellen die Lasten aus den Ricum-Verträgen bis auf den letzten Heller bezahlt. Ich frage das Reichsarbeitsministerium, wenn die Industriellen schadlos gehalten worden sind, wie stellt es sich denn zur Rückvergütung der Schäden an die Arbeiter? Es handelt sich aber hier nicht allein um die Arbeiter, sondern auch um alle anderen Geschädigten, die bisher nicht abgefunden worden sind. Wir erheben den schärfsten Protest dagegen, daß man immer und immer wieder die Stärksten bevorzugt, während die Schwachen nicht den notwendigen Schutz der Regierung erhalten. Zu gleicher Zeit stelle ich fest, daß das Budgetrecht des Reichstages mit Füßen getreten worden ist, daß diese ungeheuren Ausgaben ohne Kontrolle und unter Mißachtung des Mitbestimmungsrechts des Reichstages bezahlt wurden.

Ich habe aber noch eine zweite Frage an das Reichsarbeitsministerium. In das Ruhrgebiet sind während des Ruhrkampfes

### Riefensummen für Lohnversicherungen

geflossen. Dem Reichsarbeitsministerium werden gewiß die Nachprüfungen durch Kontrollreue des Reichs nicht unbekannt geblieben sein, bei denen festgestellt wurde, daß erhebliche Summen von einem Teil der Unternehmer mehr angeschrieben worden sind als wirklich ausgegeben waren. Auch bei dieser Nachprüfung sind die zuständigen Vertretungen der Arbeitnehmer beiseite geschoben worden. Nun spricht man soviel von der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Wenn das Reich dafür Ausgaben macht, dann müssen wir verlangen, daß die Arbeiter durch ihre Organisationen die notwendige Kontrolle darüber erhalten. Ich will einen Fall aus den letzten Wochen erwähnen.

Für die produktiven Erwerbslosenunterstellungen sind 50 Millionen den Rednern zur Verfügung gestellt worden, um die notwendigen Neubauten von Schiffen fertigstellen zu können. Was ist das für ein Zustand, daß die Mitglieder des Reichstages diese Lasten erst aus den Zeitungen erfahren müssen?

Ich lege von dieser Stelle aufs schärfste Verwahrung dagegen ein. Wir haben im Volkswirtschaftlichen Ausschuss oft genug verlangt, daß nicht allein Unterstellungen an die Erwerbslosen gezahlt werden, sondern daß für sie Arbeit geschaffen wird. Aber dann muß dafür gesorgt werden, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht zu einer Liebesgabe für die Unternehmer wird. Wir verlangen, daß hierbei die zuständigen Vertretungen der Arbeiterorganisationen volles Mitbestimmungsrecht haben. (Beifall b. d. Soz.)

Die Sozialpolitik darf nicht für sich, sondern sie muß im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftspolitik behandelt werden. Der Zustand muß aufhören, daß das Finanz- und das Wirtschaftsministerium, beeinflusst durch kapitalistische Interessen, auf das Reichsarbeitsministerium einwirkt, sondern umgekehrt. Die notwendigen Mittel müssen herbeigeschafft und der notwendigen Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich erlaube an den Brief, den das Reichsfinanzministerium im Vorjahre an das Arbeitsministerium gerichtet hat, der sich gegen eine zu weitgehende Erhöhung der Löhne wandte. Dagegen legen wir aufs schärfste Verwahrung ein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Einstufung der nicht nur direkt, sondern auch auf dem Umwege über das Reichswirtschaftsministerium zugunsten der Unternehmer ausgeübt wird, ist ohnehin schon stark genug. Auf dem Gebiet der Lohn- und Tarifdifferenzen sowie des Schlichtungswesens haben wir besonders Klage zu führen. Wenn von den bürgerlichen Parteien gesagt wird, daß die Lohnbewegungen kein Ende nähmen, so müssen doch auch die Ursachen dafür untersucht werden. Und die Hauptursache zu den Lohnkämpfen sind die ununterbrochen sich folgendes Preissteigerungen. Was hat das Reichsarbeitsministerium gegen diese fortgesetzte Verteuerung der Lebenshaltung getan?

(Die Kommunisten haben sich um die Rednertribüne gescharrt und stören den Redner durch fortgesetzte lärmende Unterbrechungen. Präsident Böbe erhebt die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen. Die Kommunisten folgen dieser Aufforderung nur zögernd, der Abg. Barch muß erst zur Ordnung gerufen werden und auf die weiteren Folgen seines Benehmens aufmerksam gemacht werden, ehe er sich dazu bequemt, auf seinen Platz zurückzukehren.)

Abg. Dismann (Soz.) fortfahrend: Wir haben erlebt, wie von den Unternehmern gegen die Zwangswirtschaft Sturm gelaufen worden ist. Nunmehr sehen wir, daß dieselben Kreise jetzt auf dem besten Wege sind, um

### eine neue Zwangswirtschaft für ihre eigenen Interessen auszurichten, die für die Bevölkerung unerträgliche Folgen haben muß.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich erinnere an die Bestrebungen zur Errichtung eines europäischen Eisenkartells, das eine so rückwärtslose Preisdiktatur ausüben wird, daß eine weitere erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung die nocheinige Folge sein muß. Auch bei den Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag arbeiten dieselben Kreise, die Schwerindustrie drückt der Regierung die Feder in die Hand, und so werden diese Verhandlungen in Wirklichkeit nicht von der Regierung, sondern von der Schwerindustrie geführt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Sache werden die breiten Massen zu zahlen haben.

Da die Kommunisten formidablen Börm machen, ruft ihnen Genosse Dismann zu: Ich habe auf Ihre Zwischenrufe bisher nicht geantwortet und denke es auch weiter nicht zu tun, weil mir die Interessen der Arbeiterklasse höher stehen als Ihr Parteistand. (Bärm bei den Kommunisten.)

Dismann (fortfahrend): Wir verlangen von dieser Stelle aus, daß endlich die wirklichen Vertreter der Wirtschaft an den Verhandlungen über die Handelsverträge Anteil nehmen; es ist Pflicht der Regierung, die Gewerkschaftsvertreter als mitbestimmende Mitglieder der Delegationen hinzuzuziehen, nicht aber ihnen hinterher höchst unvollkommene Informationen zu geben. Dieser Zustand muß beseitigt werden, und wir werden uns die nötige Achtung zu verschaffen wissen.

### Her mit dem Achtstundentag!

Ich frage jetzt das Reichsarbeitsministerium, ob es richtig ist, daß die Schlichtungstellen im letzten Jahre dahin informiert worden sind, daß man

### bei der Gewährung von Lohn- und Gehaltszulagen Zurückhaltung üben

müsse, damit nicht die Währung gefährdet werde. Es wäre doch besser gewesen, eine Wahrung dieser Art nach der anderen Seite zu richten. Dem Sturmhauf der Unternehmer gegen den Achtstundentag muß endlich ein Ziel gesetzt werden. Erst in den letzten Tagen haben wir endlich eine Verordnung bekommen, wonach am 1. April 1925 für die Arbeiter in den Kokereien und an den Hochöfen das Dreißigstündensystem wieder eingeführt werden solle. Das ist aber erst ein kümmerliches Ergebnis. Wir erwarten die Erweiterung des Achtstundentags auch auf alle anderen Arbeiter, die des erhöhten Arbeitslohnes bedürftig sind. Die Arbeiter in den Stahl- und in den Walzwerken sind in der gleichen Zwangslage wie die Arbeiter in Kokereien und an Hochöfen. Aber auch für die Schwerarbeit der übrigen Metallarbeiter und auch der anderen Industrie muß

der Achtstundentag schleunigst wieder gesetzlich gesichert werden.

Darüber hinaus verlangen wir den gesetzlichen Achtstundentag für alle Hand- und Kopfarbeiter in Stadt und Land, und wir werden diese Forderung nicht nur stellen, sondern mit aller Kraft für ihre Erfüllung eintreten. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, daß die Arbeiter in den Braunkohlengruben noch immer eine Arbeitszeit von 12 Stunden haben. Wir verlangen, daß zur Erhaltung der Arbeitskraft und der Gesundheit allen Arbeitern der Achtstundentag unerschütterlich zurückgegeben wird! Glauben Sie wirklich, daß den Bergarbeitern die Verlängerung ihrer Arbeitszeit noch länger zugemutet werden kann? Für alle Arbeiter in den Bergwerken und in den Industrien, die gesundheitlich unter besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen zu schaffen haben, muß die Arbeitszeit unter acht Stunden herabgesetzt werden. Das ist eine Forderung, an der wir festhalten und für deren Erfüllung wir kämpfen werden im Interesse des Familienlebens, der Haltung der Arbeitskraft und der menschlichen Kultur. (Beifall b. d. Soz.)

Ich lenne die Einwände, die gegen den Achtstundentag erhoben werden. Besonders wird behauptet, daß darunter die deutsche Konkurrenz im Auslande zu leiden habe. An den Löhnen der deutschen Arbeiter liegt das wahrlich nicht. Wenn in den Jahren 1920 bis 1923 ein Nachlassen der Arbeitskraft zu bemerken war, so dürfen Sie doch nicht vergessen, wie die Arbeiter in dieser Zeit der Inflation Tag und Nacht gepeinigt wurden, um nur für ihr armseliges Papiergeld etwas zu erhalten. Diese Jahre dürfen nicht zum Vergleich herangezogen werden. Nicht die Arbeiter sind schuld daran, wenn die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zurückgegangen ist, sondern ganz andere Kreise. Als unverdächtige Zeugen nenne ich Ihnen den Professor Dr.-Ing. Becker, der kürzlich vor der A.G. sehr interessante Ausführungen über die deutsche Automobilindustrie gemacht hat. Wenn Deutschland mit England wettbewerbsfähig werden wolle, dann müsse es seine Automobile um 40 Proz. verbilligen. Es liege nicht an den Arbeitern und nicht an dem mangelnden Schutz Zoll, wenn die deutsche Automobilindustrie rückständig sei. England verfertigt seinen Markt zu 1/2 mit eigenen Erzeugnissen, trotzdem es keinen Schutz Zoll hat. Der englische Metallarbeiter verdiene 1,83 M. die Stunde, der Lohn ist also wesentlich höher als in Deutschland. Dafür sind aber die Generalumkosten in der deutschen Automobilindustrie weit höher als im Auslande. Ich empfehle dem Reichsarbeitsministerium solche Feststellungen, ich glaube, es könnte noch einiges daraus lernen. Insbesondere, daß die mangelnde Abfahrtsfähigkeit der deutschen Industrieerzeugnisse nicht auf hohe Löhne und geringere Arbeitsleistungen zurückzuführen ist. Wir treten für eine Rationalisierung der Wirtschaft für eine bessere Betriebsorganisation und technische Fortschritte ein. Daraus folgern wir, daß den Arbeitern und Angestellten das Mitbestimmungsrecht gewährt wird und der weitere Ausbau der Betriebsräte erfolgt. Meine Fraktion hat einen Antrag eingebracht, der die

### Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag

verlangt. Wir legen schärfste Verwahrung dagegen ein, daß durch Vorbehalte und Ausnahmen, wie sie die Regierung dabei schaffen will, nur scheinbar der Achtstundentag hergestellt wird. Wir werden schärfsten Kampf dagegen führen. Wie weit sind denn endlich die Vorbereitungen für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gediehen? Wann wird denn die Regierung eine Vorlage darüber dem Reichstag unterbreiten? Wenn das nicht bald geschieht, dann bleibt nichts anderes übrig, als das Volk zur Entscheidung darüber aufzurufen, und dann wollen wir sehen, ob diejenigen Arbeiter, die bürgerlichen Abgeordneten bei den letzten Wahlen noch ihre Stimmen gegeben haben, sich selbst im Gesicht schlagen werden, indem sie gegen den Achtstundentag stimmen.

Ich fasse zusammen: die Forderung nach der gesetzlichen Sicherung des Achtstundentages wird von uns nachdrücklich vertreten werden, bis sie durchgesetzt ist. Mit dem Achtstundentag verbunden werden muß ausreichende Hilfe für alle Unterstellungsbedürftigen, der notwendige Schutz der Arbeitskraft, die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer. Wir mahnen die Regierung an die Pflicht, die sie gerade hierbei zu erfüllen hat. Wir werden inner- und außerhalb des Parlamentes nichts unversucht lassen, um die berechtigten Interessen der arbeitenden Bevölkerung mit dem notwendigen Nachdruck zu vertreten. Die Gewerkschaften erstarken wieder und ununterbrochen strömen auch der Sozialdemokratie neue Massen zu. Wir werden ihnen auch an dieser Stelle den notwendigen Respekt sichern. Wir nehmen den Kampf für die Interessen der werktätigen Bevölkerung auf und werden ihn bis zum endgültigen Siege weiterführen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Koch-Düßeldorf (Dtn.) verlangt eine Förderung der Sozialpolitik. Mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Experimenten der letzten fünf Jahre sei freilich kein Segen gesiegt worden (Lärm b. d. Komm.). Sie (zu den Komm.) sind meist noch nicht zu jung in der Arbeiterbewegung. Die nachrevolutionären Großmänner sind nicht die besten Arbeitervertreter. (Beifall.) Wir verkennen nicht den Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Sozialpolitik ist aber mindestens ebenso sehr ein Bestandteil der allgemeinen Politik und der Außenpolitik. Die Sozialpolitik darf nicht nur die wirtschaftlichen Zahlen, sie muß auch den lebendigen Menschen berücksichtigen. (Beifall.) Von den Sozialdemokraten wird scheinbar der schädigende Einfluß der Dawes-Verpflichtungen auf die Sozialpolitik unterschätzt. Es ist eine Irreführung der Massen, wenn man ihnen verschweigt, daß sie einfach nicht mehr so gut leben können wie vor dem Kriege. Das jetzige System der Erwerbslosenfürsorge läßt sich nicht aufrechterhalten. Auf dem ganzen Gebiet der Sozialversicherung muß eine wesentliche Vereinfachung des Verwaltungsapparats erfolgen im Interesse der Versicherten. Wir sind gegen jede Zentralisation, besonders in der Krankenversicherung. Die kleinen und mittleren Krankenkassen müssen erhalten bleiben. Die Leistungen der Unfallversicherung bedürfen einer beträchtlichen Erhöhung. Die jetzigen Unfallrenten sind ganz unzureichend. (Sehr wahr!) Der Redner tritt schließlich für die Reueinrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft ein.

### Abg. Stegerwald (Ztr.)

verlangt Aufbesserungen der Invalidenrenten und der Höhe der Erwerbslosenfürsorge. Unter Mitwirkung des Zentrums sei der Ausschussantrag zustande gekommen, der eine Beteiligung des Reiches an der

### Aufwertung von Renten der Invalidenversicherung

nach näherer Bestimmung des Reichsarbeitsministers verlangt. Der großen Notlage der Kurzarbeiter und Ausgesetzten müsse endlich abgeholfen werden. (Beifall.) Mit dem schematischen Achtstundentag habe man das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Für eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit sei der Augenblick wenig geeignet. Besser wäre eine Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Die Verlängerung der Arbeitszeit dürfe nicht zur Dauererleichterung werden. Die Arbeiter dürften nicht auf dem Umwege über die Verlängerung der Arbeitszeit zu Lohnlaven des internationalen Großkapitals werden. Die gegenwärtige Lohnpolitik kann nicht fortgesetzt werden.

Während die Preise der Nigarren heute gegenüber der Vorkriegszeit auf das Drei- bis Fünffache gesteigert sind, betragen die Löhne der Nigarrenarbeiter teilweise weniger als vorher. Die Löhne der qualifizierten Arbeiter sind im Verhältnis zu den Gehältern der unteren Beamten sehr gesunken. Hier ist ein Ausgleich notwendig. Die Schäden des Ruhrsturzes sind den Arbeitgebern ganz oder zum größten Teil vom Reich ersetzt worden, die Arbeiter und Angestellten haben jedoch nichts bekommen. Wir fordern die gleichberechtigte Vertretung der Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen Körperschaften, in denen die Unternehmer vertreten sind. Wir haben wohl einen sozialen Aufstieg in den letzten Jahren zu verzeichnen, aber es müssen mehr aufrichtig sozialempfindende Menschen erzogen werden.

Abg. Thiel (DZP.) wirft der Sozialdemokratie vor, daß sie mit einem gemühten Schematismus die sozialpolitischen Fragen behandle. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten mehr als bisher sich bemühen, ohne Inanspruchnahme der Schlichtungsämter durch freie Vereinbarung zur Verständigung zu kommen. Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen werde aber in den Fällen notwendig bleiben, wo eine wirtschaftlich schwache Gruppe aus eigener Kraft nicht zu angemessenen Arbeitsbedingungen kommen kann. Der Redner verlangt in dieser Beziehung besondere Berücksichtigung der Interessen der Angestellten. Er empfiehlt einen Antrag des Ausschusses auf Veranstaltung einer Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten. Er vertritt unter allgemeiner Zustimmung eine Berufstätigung des Reichsverbandes der Bankleitungen, in der angedroht wird, bei Durchführung der zehnprozentigen Gehaltserhöhung müßten evtl. die älteren Angestellten durch weibliche billigere Kräfte ersetzt werden. Mit dem Hinweis auf die 700 Millionen für die Ruhrindustrie wollten die Sozialdemokraten offenbar die Aufmerksamkeit von anderen Finanzstandarten ablenken. (Sehr richtig! rechts.) In Wirklichkeit handelte es sich nur um die Einlösung von Versprechungen, die in schwerster Zeit auch im Interesse der Arbeitnehmer gegeben wurden. Bei der Regelung dieser Angelegenheit sollten aber auch die Arbeitnehmerorganisationen im Ruhrgebiet zu Verhandlungen herangezogen werden. Der Redner nimmt dann die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Schutz gegen Angriffe der Linken.

Er bekämpft einen Antrag Dernburg (Dem.), der den Trägern der Sozialversicherung die Berechtigung entziehen will, selbständig unmittelbar ihre Kapitalien zu verleihen. Die Arbeitsgerichte müßten in die ordentliche Gerichtsbarkeit eingebaut werden.

Im Wohnungsweesen müßten die Mieten so erhöht werden, daß wieder das Interesse für den Bau neuer Wohnungen geweckt wird.

Deutschland könne nicht gerettet werden durch Klassen- und Bruderkampf.

Abg. Schütz (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten, die den Achtstundentag preisgegeben und durch ihre Zustimmung zum Dawes-Plan die deutsche Arbeiterkraft dem internationalen Großkapital ausgeliefert haben. Das Reichsarbeitsministerium stehe immer auf der Seite der Unternehmer, besonders in der Arbeitszeitfrage. Die Millionen-Liebesgabe des Reiches an die Jechenbarone verdiene die schärfste Verurteilung. Die sozialdemokratischen Minister Hilferding und Sellmann hätten jederzeit diesem Plan Streifenmann zugestimmt.

Um 1/8 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 3 Uhr nachmittags, vertagt.

### Der Aeltestenrat des Reichstags

hat in seiner gestrigen Sitzung den Arbeitsplan für das Reichstagsplenum bis zur Osterpause folgendermaßen festgesetzt. Diese Woche und die beiden nächsten Wochen werden vollkommen durch Plenarsitzungen in Anspruch genommen werden bis zum Freitag, den 20. Februar. Darauf tritt eine Pause vom 21. bis 25. Februar einschließlich ein. Vom 26. Februar bis zum 12. März wird regelmäßig an jedem Wochentage eine Plenarsitzung abgehalten werden. Vom 13. März bis 16. März einschließlich folgt wieder eine Pause, sodann Plenarsitzungen vom 17. bis 26. März täglich. Vom 27. März bis 31. März einschließlich ist Pause. Die nächsten Tage vom 1. April bis zum 8. April sind wieder durch Plenarsitzungen ausgefüllt, und darauf tritt am Gründonnerstag, den 9. April, die Osterpause ein, die bis Sonnabend, den 18. April dauern wird.

## Wer ist Julius Barmat?

### Ausführungen Heilmanns vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages fehrte gestern die Verhandlungen über die Kreditpolitik der Staatsbank fort. Vor Eintritt in die weiteren Bernehmungen entspann sich eine Debatte darüber, ob sämtliche vornehmenden Personen als Zeugen im Sinne der Strafprozessordnung angesehen werden und möglicherweise verurteilt werden sollten. Der Ausschuß lehnte einen dahingehenden deutschnationalen Antrag ab und überließ es dem Vorsitzenden, die entsprechenden Untersuchungen bei den einzelnen Bernehmungen zu machen.

Alsdann wurde zunächst noch einmal ausführlich der frühere Präsident der Staatsbank, v. Dombois, gehört. Er erklärt auf Befragen, daß der

#### erste Kredit an Julius Barmat von ihm selbst

auf Grund der Unterhandlungen mit Barmat gegeben worden sei. Er habe dann mit dem Sachbearbeiter gesprochen und erfahren, daß der Kredit vollständig gedeckt war, nämlich durch Warenwechsel. Außerdem war noch ein Devisendepot in Höhe der Hälfte der Kreditsumme vorhanden. Auch das Konto Kutischer war anfangs ganz unversänglich. Es sind Effekten und Devisen in Höhe von 1 1/2 Millionen eingesetzt worden, für die nur mäßige Kredite in Anspruch genommen wurden. Erst später sind die Kredite gemacht.

Auf eine weitere Frage erklärt v. Dombois: Ob die ersten Zusagekredite von Dr. Rüge als Referenten vorgetragen worden sind, ist mir nicht erinnerlich. Wahrscheinlich ist, daß einzelne Kredite erwähnt worden sind. Erinnerung ist mir besonders das Datum des 20. Februar. An diesem Tage besief sich das Lombard- und Kontofortentkonto auf 4,2 Millionen Mark. Damals wurde als Zusatzbedingung das Hanauer Lager hinzugezogen. Der Referent Rüge erklärte in der Generaldirektion, daß das Bankhaus v. Stern bezüglich des Hanauer Lagers der Seehandlung ein Reto-Geschäft vorschläge, d. h. ein Geschäft, bei dem Gewinn und Verlust zu gleichen Teilen verteilt würden. Dieser Vorschlag fand keine Annahme, weil die Staatsbank keine Reto-Geschäfte macht. In einer anderen Sitzung hat Rüge die Sache so vorgebracht, daß die bisherige Schuld in Höhe von 4,2 Millionen auf drei Monate gestundet werden solle, damit Kutischer Zeit habe, das Hanauer Lager zu verwerten. Hierbei hob Rüge hervor, daß bereits ausföhrliche Verhandlungen über eine Veräußerung dieses Lagers eingeleitet worden seien, und daß Kutischer der Staatsbank eine Gewinnbeteiligung anbot. Auf unsere Frage, wie er zu dieser Gewinnbeteiligung käme, gab Rüge keine bestimmte Antwort. Wir haben uns dann mit dem Gedanken abgefunden und die Gewinnbeteiligung als Äquivalent dafür akzeptiert, daß der Kredit verlängert wurde, was ja damals sehr viel wert war. Ueber die Art der Kreditgewährung sagt v. Dombois, es sei seit Beginn seiner Amtszeit eingeföhrt worden, daß bei solcher Kreditgewährung mindestens zwei Beamten gemeinschaftlich zu handeln hätten, und daß die Deponenten zu ihrer eigenen Entlastung über Kredite größeren Umfangs vor ihrer Bewilligung dem Generaldirektorium Vortrag zu halten hätten. Das sei allerdings bezüglich eines großen Teil des Kontos von Kutischer und G. v. Stein nicht geschehen, ebenso auch nicht bei der großen Transaktion des Barmat.

Abg. Kuffner (Soz.) fragt, ob Dombois etwas über die Mitwirkung der Herren Rüge und Heilmann bei einem

#### Schiedsspruch in der Sache Michael-Kutischer.

bekannt sei, und ob die genannten Herren dafür ein ansehnliches Honorar erhalten hätten, sowie ob ihnen die Genehmigung zur Mitwirkung erteilt worden sei.

Weiter fragt Abg. Kuffner, ob Dombois etwas davon wisse, daß Herr Heilmann am 24. Januar die Barmatischen Kredite auf 4 Millionen bis zum 16. Februar festgesetzt hat, und weiter die Kredite von 9,6 Millionen bis zum 29. Februar, sowie ob diese Kreditfestsetzung der Direktion vorgelegt und genehmigt wurde. Drittens fragt der Redner, von wem die Bemerkung der Unterlagen vorgenommen wurde, ob von den Schuldnern oder von der Seehandlung und durch wen und wie die Kontrolle vorgenommen worden ist.

v. Dombois stellte zur ersten Frage fest, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelte, die die Seehandlung nichts anging, und da die Seehandlung bei diesem Streit unbeteiligt war, habe er keine Bedenken gehabt, Herrn Rüge die Genehmigung zur Mitwirkung bei diesem Schiedsspruch zu erteilen. Es habe sich auch um eine reine Nebenbeschäftigung gehandelt. Bei dem Schiedsspruch habe ferner Herr Heilmann mitgewirkt. Ueber die Höhe des Honorars sei damals nicht gesprochen worden, und auch nach dem Schiedsspruch hätten sich Rüge und Heilmann nicht geäußert, auch den Anwesenden gegenüber nicht. Erst später habe er, v. Dombois, gehört, daß sie den namhaften

#### Beitrag von zusammen 60 000 M.

erhielten. Trotzdem es zu einem Vergleich gekommen sei, sei Kutischer doch der unterliegende Teil gewesen. Kutischer habe 20 000 M. gegeben, wovon Rüge 12 000 und Heilmann 8 000 M. bekommen hätten. Später habe er, v. Dombois, gehört, daß der Vertreter von Michael ihm noch 40 000 M. angeboten habe, die er aber am Anfang nicht nehmen wollte.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kommt nochmals die Angelegenheit des Hanauer Lagers

zur Verhandlung. v. Dombois äußert sich zur Bewertungsfrage und erklärt, daß ihm von Lagerbüchern nichts in Erinnerung ist. Aus einem späteren Bericht habe er erfahren, daß die Lagerbüchlein anscheinend schon vorher verpfändet worden seien.

Abg. Dr. Wernitz (Soz.) bemerkt, daß auf die Bereitstellung des Hanauer Lagers neue Kredite eingeräumt worden seien und fragt, ob dem bei der Seehandlung nicht Bedenken gekommen wären, daß Kutischer hier ein Geschäft machen wollte, und daß da irgend etwas nicht stimmen konnte, entweder in den Effekten oder beim Hanauer Lager.

v. Dombois gibt zu, daß die Gewinnbeteiligung allerdings merkwürdig war. Die Gegenleistung habe in der Verlängerung des Kredits bestanden, die damals für Kutischer sehr wesentlich war, denn es habe der Fall eintreten können, daß bei einem Bestehen auf Zahlung Kutischer totschuldig nicht instande war, diese zu leisten.

Bei der weiteren Erörterung der Tätigkeit von Staatsbeamten als Schiedsrichter in Streitigkeiten zwischen verschiedenen Firmen fragt Frau Dr. Wegscheider (Soz.), ob auch jener Beamte der Staatsbank honoriert worden ist, der über die thüringische Staatsbank ein Gutachten erstatten mußte. Präsident Schröder antwortet: Im Sommer 1924 ist von der thüringischen Staatsbank der Wunsch geäußert worden, daß über bestimmte Fragen ein Vertreter der Preussischen Staatsbank ein Gutachten erstattet. Ein Mitglied der Generaldirektion hat dieses Gutachten erstattet. Er hat die Reisekosten ersetzt, sowie die gerichtlichen Sachverständigengebühren bekommen.

Abg. Ladendorff (Wirtschaftl. Vereinig.) bei der Verwendung der den Barmats bewilligten Kredite nannte Präsident v. Dombois auch die Demag. Das überrascht mich um so mehr, als der Reichsanwalt Dr. Bauer eine namhafte Beteiligung Barmats an diesem Unternehmen ablehnte. Ist Ihnen die Höhe des für die Demag bewilligten Kredits bekannt?

Präsident v. Dombois: Mit der Demag haben wir nicht in direkten Beziehungen gestanden. Der fragliche Kredit war an die Uingima gerichtet, die die Rohstoffe für die Demag lieferte und als Deckung auch Wechsel der Demag mit hereingab.

Wir wußten, daß die Aktienmajorität der Demag sich in den Händen des Reichs befand und daß die Margarine der Demag damals als Volksernährungsmittel sehr begehrt war, so daß in diesem Falle ein großes volkswirtschaftliches Interesse vorlag.

#### Die Vernehmung Heilmanns.

Damit ist die Befragung des Präsidenten v. Dombois beendet. Der Ausschuß wendet sich nun der Befragung des Abg. Heilmann (Soz.) zu. Vorher kommt es jedoch noch einmal zu einer Debatte darüber, ob einmal der Abg. Heilmann als Zeuge vernommen werden soll oder ob überhaupt alle vor dem Ausschuß zu vernehmenden Persönlichkeiten als Zeugen zu betrachten seien.

Abg. Deereberg (Dnat.) vertritt letzteren Standpunkt, ebenso Abg. Pinkerneil (DZP.) und Abg. Kaufhold (Dnat.). Auch Abg. Ruschke (Dem.) vertritt diesen Standpunkt.

Abg. Kuffner (Soz.) erklärt: Wir sind selbstverständlich, damit auch nicht der Schein erweckt wird, daß mir irgend etwas zu verheimlichen hätten, damit einverstanden, daß Herr Heilmann hier als Zeuge vernommen wird. Herr Heilmann hat mir persönlich erklärt, daß er ebenfalls großen Wert darauf lege, in dieser Form verhört zu werden. Im allgemeinen teilen mir allerdings den Standpunkt des Vorsitzenden.

Nach weiterer Debatte in dieser Angelegenheit stimmt der Ausschuß dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, heute nochmals für jede einzelne Person zu bestimmen, ob sie als Zeuge vernommen werden soll oder nicht und die Frage grundsätzlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu klären. Ebenso stimmt der Ausschuß für die

#### Vernehmung des Abg. Heilmann als Zeuge:

Herr Barmat ist 1907 von Polen nach Holland gegangen. Damals war er 20 Jahre alt. Er hat in Rotterdam als Dolmetscher und gerichtlich er Uebersetzer fungiert und sich später dem Handel zugewandt. In den Jahren 1910 bis 1914 handelte er hauptsächlich mit Tulpenzwiebeln, Lebensmitteln und deutschen Klavieren. Ich selbst habe Julius Barmat erst nach dem Kriege, und zwar am 4. März 1919 kennengelernt. Die Bekanntschaft kam dadurch zustande, daß ich die Berliner Berichterstattung für ein holländisches sozialistisches Blatt übernahm, zu dessen Gründung Julius Barmat 250 000 Gulden hergegeben hatte. Journalistisch einfluß auf dieses Blatt hatte Julius Barmat selbstverständlich nicht, denn die sozialistischen Blätter unterstehen fast überall in bezug auf ihre Richtung, auf Redakteurinstellung usw. einer gemischten Pressekommission, die sich aus Parteiführern und Verlagsjournalisten zusammensetzt. Herr Barmat hatte sich, mit Rücksicht auf den Beitrag, den er zur Verfügung stellte, mit Einfluß auf die kaufmännische Leitung des Verlagsunternehmens geföhrt. Er kam nun Anfang März 1919 nach Berlin, um hier eine Rotationsmaschine und deutsches Papier für die erwähnte

Zeitung einzukaufen. Als er zu diesem Zwecke nach Berlin kam, ließ er mir mitteilen, daß ich zu ihm kommen möchte, weil er den Wunsch habe, mich kennenzulernen. Ich bin dann hingegangen. Nach dem 4. März bin ich nach Weimar zurückgekehrt, wo ich schon vorher zur Nationalversammlung gewesen war und bin erst Mitte März wieder nach Berlin zurückgekommen. Wenn die

#### Verhandlungen Barmats mit Töpfer

schon vor Mitte März stattgefunden haben, so kann ich diese Verbindung schon deshalb nicht hergestellt haben, weil ich gar nicht in Berlin war.

Heilmann erklärte weiter, daß Barmat von Troelstra, dem Führer der holländischen Sozialisten, als ein Mann geschätzt wurde, der zwar nicht Mitglied der Sozialdemokratie, aber ein aufrichtiger Freund der Arbeiterbewegung sei sowie von dem früheren Anwalt Barmats als eine durchaus einwandfreie Persönlichkeit charakterisiert worden wäre. Heilmann selbst hat während des sechsjährigen sehr häufigen vertrauten Verkehrs mit Barmat denselben Eindruck gewonnen. Die Verbindung Barmat mit Hermann Müller und Wels sei im April 1919 zustande gekommen.

Das Bureau der Sozialistischen Internationale hatte aus dem Befehlen Brüffel nach Amsterdam stehen müssen. Das Bureau befand sich dort im Hause des holländischen Parteivorstandes. Nach dem Kriege wurden die Räume zu eng und das Bureau nahm ein Angebot von Barmat an, der drei Räume in der Straße Kaisergracht zur Verfügung stellte. Was die Behauptung angeht, Barmat habe den Dolchstoß finanziert, so verweise ich darauf, daß der Einzug in dieses Haus erst mehrere Wochen nach dem Waffenstillstand erfolgt ist. Ende April 1919 sollte dann in Amsterdam

#### Die erste sozialistische Konferenz nach dem Kriege

stattfinden; es sollte versucht werden, die sozialistischen Parteien auf ein Friedensprogramm zu einigen und Einfluß zu gewinnen auf die Friedensverhandlungen. Die Konferenz hat am 29. und 30. April stattgefunden. Teilgenommen haben von den damaligen unabhängigen Haase und Luise Kautsky. Meine Parteigenossen Müller und Wels trafen erst am 30. ein, als die Konferenz zu Ende war, da das Einreisevisum zu spät erteilt wurde. Sie haben dann im Mai Barmat kennengelernt, und diese Bekanntschaft später in Berlin fortgesetzt.

#### Zu der bekannten Vahäffäre

ist zu bemerken, daß Barmat schon früher in Deutschland gewesen ist. Nach dem Kriege hat ihm die Bahäffäre in Amsterdam dreimal das Visum erteilt. (Vorherr Dr. Leidig: Wissen Sie das aus eigener Erfahrung?) Ja wohl, ich habe das Visum gesehen für Februar, für März und für April. Ein Dauervisum wurde abgelehnt von Herrn von Malchow bei der Deutschen Gesandtschaft in Haag, der erklärte, ein solches könne nur das auswärtige Amt in Berlin ausstellen. Die entstandenen Differenzen führen zurück auf die Rolle, die Barmat 1917 politisch gespielt hat. Als 1917 die russische Revolution gestiftet hatte, setzte bekanntlich Kerenski den Krieg fort. Die im Ausland lebenden Russen wurden zu

#### Zustimmungszugebungen für Entenletere und Kriegsverlängerung

veranlaßt. Auch in Amsterdam fanden solche Kundgebungen statt. Da hat Barmat gesagt, er würde es vernünftiger finden, wenn das neue revolutionäre Rußland einen anständigen Frieden mit Deutschland schloße. Daraufhin wurde Barmat in Amsterdam ausgepfiffen. Auch die Amsterdamer und anderen Russen hatten sich der Forderung auf Kriegesverlängerung angeschlossen. Als die Bahäffäre zur Macht kamen, sahen sie daraufhin in Barmat einen Verteidiger. Da die Russen inzwischen zum Standpunkt der Friedenspolitik sich durchgerungen hatten, kam eine Adresse mit der Unterschrift von mehreren in Holland lebenden Russen zustande.

Ein Angebot, bolschewistischer Generalkonsul in Holland zu werden, lehnte Barmat ab, weil er nicht Bolschewist war. Das ist die Vorgeschichte! Baron v. Malchow sah meiner Ansicht nach in Barmat einen

#### Parteilgänger Deutschlands.

während Legationsrat Graf Bassenheim ihn im Verdacht hatte, ein Revolutionär und Bolschewist zu sein. Als dann Barmat dem Staatssekretär Töpfer seine Pläne mit dem Rotterdammer „Bormoarts“ usw. entwickelte, hat dieser sich für ein Dauervisum eingesetzt, das aus ordnungsmäßig erteilt wurde. Gewunder habe ich mich über einen Vorfall, daß Barmat eines Tages während des Belagerungszustandes nach Amsterdam telephonieren konnte. Er zeigte mir darauf eine

#### Erlaubnis des Herrn v. Lüttich, vom Korpskommando nach Amsterdam zu telephonieren.

Bei dieser Gelegenheit hat Barmat dem Adjutanten des Herrn v. Lüttich, den Träger des Namens eines alten Adelsgeschlechtes kennengelernt. Dieser erklärte ihm, er werde aus der Reichswehr entlassen und wolle sich eine neue Existenz in Südamerika schaffen. Er habe zu niemandem in Deutschland ein solches Vertrauen wie zu Barmat. Barmat stellte ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Der Offizier ging dann nach Südamerika und hat im Jahre 1923 das Darlehen zurückgezahlt. Nun zum

#### Verkehr Barmats mit dem Reichspräsidenten.

Nach der Konferenz von Amsterdam kehrte Barmat nach Berlin zurück. Er wies ein Schreiben eines hervorragenden belgischen Politikers an Ebert vor, in dem dieser gebeten wurde, ihm, dem belgischen Politiker, mitzutheilen, welche besonderen Wünsche die Sozialdemokraten für die Friedensverhandlungen in Versailles hätten. Er wolle diese Wünsche dem sozialistischen Vertreter Belgiens auf der Versailles Konferenz übermitteln. Deshalb wurde Barmat Ebert vorgestellt. Dieser hat von dem Schreiben Kenntnis genommen und seiner Freude Ausdruck gegeben über eine solche Gelegenheit, da es für Deutschland nicht viele Wege gäbe, auf die Friedensverhandlungen einzuwirken. Barmat wurde dann vom Reichspräsidenten zum Abendessen eingeladen und später zum Empfang des Antwortbriefes zu einer Tasse Kaffee. Selbsten hat der Reichspräsident Barmat oder einen der Barmats nie wieder gesehen.

Vorsitzender Dr. Leidig: Das ist Ihre Annahme?

Heilmann: Ich weiß es von beiden Beteiligten. Nach der letzten Zusammenkunft erfuhr der Reichspräsident etwas von Barmat, was ihm nicht gefiel und machte eine Bemerkung, in der das Wort „Jude“ vorkam. Herr Barmat übte sich beleidigt. Seitdem haben beide es vermieden, irgendwo zusammenzutreffen und sind Einladungen, wo das zu befürchten war, ausgewichen. Nach dem Januar 1919 haben keine Beziehungen mit dem Reichspräsidenten bestanden.

Abg. Heilmann kommt darauf auf die Rolle zu sprechen, die der sozialdemokratische Abgeordnete Franz Krüger bei der Ausstellung von Ausweisen ihm gespielt hatte. Dieser habe dabei nicht im Sinne des Reichspräsidenten, sondern auf seine eigene Verantwortung gehandelt.

Krüger habe sich nicht als Beamter, sondern als politischer Verbindungsmann zwischen Reichspräsident und der Sozialdemokratischen Partei angesehen.

Aus seiner Stellung hätten sich fortwährend Konflikte zwischen ihm und dem Reichspräsidenten ergeben, die schließlich dazu geführt hätten, daß Krüger seine Tätigkeit bei dem Reichspräsidenten mit der Begründung niedergelegt habe, die ganze Tätigkeit im Bureau des Reichspräsidenten sei rein beamtenmäßige und bürokratisch organisiert; neben diesem Beamtentum, das alles in der Hand habe, sei für ihn kein Platz mehr. Juwendungen habe nach Heilmanns Ansicht Krüger weder angenommen von Barmat noch seien solche angeboten worden. Die Krüger hat nicht den Stempel getragen „Der Reichspräsident“, sondern den Stempel, den Krüger an sich zu führen hatte, „Bureau des Reichspräsidenten“.

(Schluß des Berichts siehe 3. Seite Hauptblatt)

## Das Ende des Dauphins.

Neue Urkunden nach Baiffons' Memoiren.

Die Frage, ob der Dauphin, der sogenannte Ludwig XVII., in seinem Gefängnis im Temple wirklich am 8. Juni 1795, wie die Todesurkunde des Arztes Pelletan angibt, verstorben ist oder nicht, wurde dadurch so lange offen gehalten, daß sich zu Anfang des 19. Jahrhunderts bekanntlich eine Anzahl von Schwindlern wie Hervagault, Raithurin Bruneau und der Spandauer Naundorf für den Dauphin ausgaben. Dem stand die erwiesene Tatsache gegenüber, daß tatsächlich nach dem genannten Todesdatum eine Knabenleiche in dem Massengrab auf dem Kirchhof St. Marguerite beigelegt und mit ungelöschtem Kalk bedeckt wurde. Trotzdem bereiteten die immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß der Dauphin am Leben sei, seinem Onkel, Ludwig XVIII., unruhige Stunden, und er ließ daher unter der Restauration durch seinen Justizminister den Grafen Elie Decazes, der übrigens früher Lätitia Bonapartes Sekretär gewesen war, eine Untersuchung anstellen, die in dessen Auftrag der Graf de Baiffons im April 1819 vornahm. Das Ergebnis dieser Untersuchung blieb bis zu Baiffons' Tode in der ersten Hälfte der 1870er Jahre ein Geheimnis, das, obwohl er es seinem Memoiren anvertraute, erst jetzt veröffentlicht wird, da nach seinem Testament diese Memoiren nicht früher als fünfzig Jahre nach seinem Tode seinen Erben übergeben werden durften.

Nach diesen Memoiren hat Baiffons' Mission folgende Ergebnisse gezeitigt:

Baiffons suchte zunächst die Witwe des Schusters Simon auf. Diese schilderte den kleinen Dauphin als ein lebenswürdiges, munteres und hübsches Kind. Aber der Knabe, den man nach dem Befehl des ersten, infolge der Erkrankung des Dauphins herbeigeführt und bald danach verstorbenen Arztes Dault vorfand, war schwächern, verdorrten und stumm. Diese Aeußerung der Schustersfrau, die übrigens nicht lange nach der Erklärung starb, brachte Baiffons weiter auf die Untersuchung des „Journal de Temple“, einer Art Tagebuch über die Gefängniszeit der Königsfamilie. Es zeigte sich jedoch, daß der bekannte Barras es befehle geschafft hatte. Die meisten von denen, die direkte Aufklärungen hätten geben können, z. B. der Gefangenwärter Laurant und der Arzt Dault, waren tot. Aber der Arzt Pelletan, der die Todesurkunde ausgestellt und die Obduktion vorgenommen hatte, lebte. Er war jedoch nicht weiter erpicht darauf, eine Erklärung abzugeben. Schließlich gab er jedoch an, er hätte durchaus keine Sicherheit, daß sein Patient wirklich mit dem Dauphin identisch gewesen sei.

In Begleitung des berühmten Anatomen Dr. Marotte begab sich nun Baiffons eines Nachts auf den Kirchhof St. Marguerite, und mit Hilfe des alten Totengräbers fand man in der Armenabteilung in ein Tuch eingehüllt einen Körper, der der Dauphin sein sollte. Marotte maß die Knochen und gab diese positive Erklärung ab: Wenn dies wirklich der Körper ist, den Dr. Pelletan obduziert hat, dann ist es nicht der kleine Dauphin. Denn das hier ist ein Junge von mindestens 13 Jahren, während der Thronfolger bekanntlich nur 10 Jahre alt war. Baiffons erfuhr nun Ludwig XVIII. um ein Handzettelchen, das er auch erhielt mit der Bittschrift, „höchstehende“ Zeugen zu vernehmen; aber man gab das königliche Wort als Sicherheit dafür, daß ihnen nichts Böses widerfahren und man nicht in ihrer politischen Bergangenheit nachforschen werde. Die meisten waren ja nun alte Leute.

Zunächst wandte man Laurant seine Aufmerksamkeit zu. Er war eine Kreatur von Barras gewesen, und man konnte sich wohl denken, daß er als früherer Revolutionsmann, der sich stets den politischen Verhältnissen anpaßte, den Dauphin entführt hatte, nicht um ihn zu töten, sondern um ihn als eine Art Geißel den Royalisten gegenüber zu halten und ihnen dann gegen Belohnung ihren König auszuliefern.

Den Schlüssel zum Rätsel fand man sicher bei Barras und dem Umwagstreifer der früheren Kaiserin Josephine. Die meisten davon waren jedoch tot. Einige, z. B. die Herzogin von Abrantes, waren gesprächig genug, aber das war nur hofftäusch. Einen guten Rat bekam Baiffons jedoch hier:

„Suchen Sie Barras selbst und den früheren Polizeiminister Fouché auf.“

Das war jedoch leichter gesagt als getan. Barras, der sich nun zur Ruhe gesetzt hatte, wollte nicht in seinem Alter gestört werden und bekannte schließlich, er hätte — allerdings mit Hilfe von Josephines Landsmann Laurant — ein anderes Kind untergeschoben, den Sohn einer armen Witwe Bostot, die ihren kranken Jungen, dessen Tod nur eine Zeitfrage war, gern los werden wollte. Der Junge war blond und blaunig wie der Dauphin, aber infolge seiner Krankheit so gut wie völlig außerstande, zu sprechen. Das Verlauschen der beiden Kinder geschah so, daß Laurants Schwester mit einem kleinen Mädchen an der Hand ins Gefängnis

## Ludengrins Abschied.

Nach einer Rettungsmaßnahme will Ludengrin sich vom politischen Leben zurückziehen.



Es schwant, es schwant  
Uns alkumul:  
Der Held kam nicht  
Vom heil'gen Gral!

Erhebt die Hände  
Zum Gebet:  
Golt sei gelobt —  
Er geht, er geht!

kam und es mit dem mit Rädchenkebern versehenen Dauphin wieder verließ, weil das vermeintliche Mädchen, das natürlich der Sohn der Witwe Bostot war, nun zu Ludwig XVII. gemacht wurde. In der Rue Portefoin wartete ein Wagen mit dem Royalisten Petitot als Aufseher, und los ging es, was die Fingel hielten.

Aber was sollte man nun mit dem Jungen machen? Es traf sich günstig, daß Barras einen Freund hatte, der Deblanc hieß und gerade im Begriff stand, nach den „Nies-sous-le-Dent“ zu reisen. Er nahm „den kleinen Charles“ mit sich nach San Domingo und weiter nach den Antillen.

Hier brach Barras seinen Bericht ab und erklärte, daß er danach nichts mehr von Charles Deblanc gehört hätte; denn Fouché hätte ihn seit dem Jahre 1800, da er in Napoleons Dienst getreten war, nicht mehr auf dem laufenden gehalten.

Nun reiste Baiffons nach Trier, wo Fouché in der Verban-

nung lebte. Er wollte aber nichts sagen, ohne daß er eine angemessene Belohnung erhielt: Erlaubnis, nach Frankreich zurückzuführen und dort eine anständige Stellung zu bekommen. Während diese Verhandlungen andauerten, starb jedoch Fouché; kurz darauf kam aber seine Witwe zu Baiffons mit verschiedenen Dokumenten und einem Notizbuch, die die Lösung des Rätsels gaben. Charles Deblanc war nach Port-au-Prince gebracht worden, wo er einer Madame de La Toffe übergeben wurde, einer Bekannten von Fouché, einer lebenswürdigen Dame, die Charles seine Papiere nannte und die den schönen Jüngling verpflegte.

Er fiel bei einem großen Regeraufstand und starb den 18. September 1803 an seinen Wunden in den Armen seiner verzweifelten Pflegemutter. Ludwig XVIII. brauchte nicht länger für seinen Thron zu fürchten und die Herzogin von Angoulême, die Napoleon „den einzigen Keil unter allen Bourbonen“ nannte, konnte die Arbeit für ihren armen Bruder, mit dem sie das Gefängnis im Temple geteilt hatte, einstellen.

Somit Baiffons Bericht, der an und für sich nicht ungläubwürdig klingt. Es ist nur nicht zu verstehen, warum das Ergebnis dieser Feststellungen nicht bereits im Jahre 1819 oder 1820 veröffentlicht worden ist, da es zu diesem Zeitpunkt erheblich zur Festigung der Dynastie Bourbon beigetragen hätte.

**Schlafgewohnheiten der Tiere.** Warum pflegt ein Hund, ehe er sich zur Ruhe legt, sich oft rund im Kreise um die erwählte Lagerstätte zu drehen? Zoologen sehen in dieser Gepflogenheit ein atavisches Lieberbleibsel aus der Zeit, als der Hund noch wild in den Dschungeln lebte und genötigt war, das hohe Gras niederzutreten, ehe er sich bettete. Die verschiedenen Arten und Stellungen, die Tiere einnehmen, wenn sie zur Ruhe gehen, sind überhaupt ein Kapitel für sich, das noch nicht nach Gebühr gewürdigt wird. Bis in die jüngste Zeit nahm man beispielsweise an, daß der Orang-Utan gleich dem Schimpanse und anderen Menschenaffen beim Schlaf auf der Seite liege. Heute wissen wir indessen, daß gerade der Orang-Utan mit dem Menschen zusammen das einzige Lebewesen ist, das sich dadurch auszeichnet, daß es beim Schlafen die Rückenlage einnimmt. Kleinere Affen schlafen auf Baumästen, wobei sie die Hand zur Faust geballt halten, als wenn sie einen Zweig umklammerten. Giraffen halten beim Schlafen ihren langen Hals auf den Rücken zurückgebogen. Hörnertragendes Wild, wie Hirsche, halten den Kopf auch im Schlaf den Kopf in der normalen Stellung des wachen Zustandes. Pferde schlafen oft im Stehen, und viele hat man in der Nacht nie liegend gefunden. Tiere mit kurzen gedrehten Beinen, wie die Schweine, das Rhinoceros und das Nilpferd, liegen beim Schlafen auf der Seite, da sie ihre Beine nicht unter sich ziehen können. Varen haben keine besonderen Gewohnheiten. Man kann in den zoologischen Gärten beobachten, daß sie während des Schlafes die feinsten Positionen wählen. Häufig liegen sie in einer Ecke des Käfigs auf ihren Hinterbeinen. Das Faultier hält sich beim Schlafen mit allen Beinen an einem Baumast fest, während der große Ameisenfresser seinen Körper ganz mit seinem dicken Schweif einhüllt, so daß man nur seine Zehennägel sieht. Eine australische Fledermausart hängt sich zum Schlafen an einen Fuß auf und faltet die Flügel so um den Kopf, daß sie ein vollständig licht- und wasserdichtes Zellloch bilden.

**Plakatenwesen in alter Zeit.** Sehr bald nach Erfindung der Buchdruckerkunst zeigten sich auch die Anfänge des Plakats, und sogar Auswüchse im Plakatenwesen machten sich bald bemerkbar. Ende des 16. Jahrhunderts bildete sich die Sitte heraus, daß Ständer ihre Schaulust, die nicht bezahlen konnten oder wollten, zu öffentlichen Anschlag brachten. Eine kurze Mitteilung in Flugblattform wurde gedruckt und genau so wie heute an Zäunen und Hauswänden angeheftet. Sehr bald blieb es aber nicht bei der bloßen Mitteilung, sondern es kamen auch Schmäherungen und Beschimpfungen hinzu, und man verband damit sehr oft noch ein Spottbild oder eine Karikatur. Der Schaulust wurde beispielsweise dargestellt, wie er am Galgen zappelte, oder in sonst einer wenig schmeichelhaften Situation. Das nahm schließlich so überhand, daß im Jahre 1577 eine Reichspolizeiverordnung erlassen, die es verbot, den Schaulust oder Bürgern, der nicht bezahlte, mit schändlichen Gemälden oder Briefen öffentlich anzuschlagen, zu schelten, zu beschreiben und zu berufen.

## Mauki.

Von Jack London.

Als er viele Tage auf dem Schoner zugebracht und mehr Länder und Inseln gesehen hatte, als er sich sich je hätte träumen lassen, wurde er auf Neu-Georgia an Land gesetzt und damit beschäftigt, Buschwerk zu roden und Kohr zu schneiden. Zum ersten Male erfuhr er, was arbeiten heißt. Selbst als Sklave bei Janfoa hatte er nicht so gearbeitet. Und er machte sich gar nichts aus der Arbeit. Es hieß in der Dämmerung aufstehen und im Dunkeln zu Bett gehen, mit zwei Mahlzeiten täglich. Und das Essen war schlecht. Wochenlang gab es nichts als süße Kartoffeln, und dann wieder wochenlang nichts als Reis. Tag für Tag schnitt er Kotosnüsse aus den Schalen; und lange Wochen unterhielt er das Feuer zum Köchen der Kopra, bis seine Augen krank wurden und er zum Baumfällen verfeuert wurde. Er arbeitete gut mit der Axt und kam später in die Brückenbauabteilung. Einmal wurde er durch Verfehlung in die Begebauabteilung bestraft. Zuweilen tat er Dienst in der Besatzung eines Balsängers, wenn Kopra von fernen Gestaden eingebracht wurde, oder wenn die weißen Männer ausfahren, um mit Dynamit zu schießen.

Unter anderem lernte er Trepang-Englisch, so daß er sich mit den meisten Weissen und mit allen Arbeitern unterhalten konnte, die sonst in tausend verschiedenen Mundarten gesprochen hätten. Auch lernte er manches über die weißen Männer, vor allem, wie sie Wort hielten. Wenn sie einem Kerl sagten, er solle ein Stück Tabak haben, so bekam er es auch. Sagten sie, daß sie ihn, wenn er etwas Bestimmtes täte, prügeln würden, daß er die Glocken läuten hörte, so hörte er unweigerlich die Glocken läuten, wenn er es tat. Mauki wußte nicht, was die Glocken waren, aber sie kamen im Trepang-Englisch vor, und so bildete er sich ein, daß es das Blut und die Zähne waren, die den Prozeß des Säutens begleiteten. Und noch etwas lernte er: Niemand wurde bestraft oder geschlagen, wenn er nicht etwas Unrechtes getan hatte. Selbst wenn die weißen Männer betrunken waren, was häufig vorkam, so schlugen sie nur, wenn ein Gebot übertreten war.

Mauki liebte die Plantage nicht. Er haßte die Arbeit, und er war der Sohn eines Häuptlings. Dazu war es zehn Jahre her, seit er durch Janfoa aus Port Adams gestohlen war, und er hatte Heimweh. Er hatte sogar Heimweh nach der Slaverie unter Janfoa. So lief er fort. Er schlug sich in die Büsche in der Absicht, sich südwärts bis zur Küste durchzuarbeiten und dort ein Kanu zu fischen, um darin nach Port Adams zu fahren. Aber er bekam Fieber, wurde ergriffen und mehr tot als lebendig zurückgebracht.

Ein zweites Mal lief er in Begleitung zweier Malaita-Beute weg. Sie kamen zwanzig Meilen die Küste hinab und verstreuten sich in der Hütte eines freien Malaiten, der in dem Dorf wohnte. Aber mitten in der Nacht kamen zwei weiße Männer, die keine Angst vor dem Demozem des Dorfes hatten, säuerten den drei Flüchtlin-

gen die Glocken, banden sie wie Schweine und stießen sie ins Wasser. Der Mann jedoch, in dessen Haus sie sich versteckt hatten, mußte, Haaren, Haut und Zähne nach zu urteilen, die Glocken überlaut zu hören bekommen haben, und er war für den Rest seines Lebens davon kurirt, entlaufene Arbeiter zu beherbergen.

Ein Jahr arbeitete Mauki tüchtig. Dann wurde er zum Hausdiener gemacht, hatte gutes Essen, angenehme Zeiten und leichte Arbeit, hielt das Haus rein und bediente die weißen Männer zu allen Tages- und den meisten Nachstunden mit Whisky und Bier. Das gefiel ihm, aber Port Adams hatte er doch immer noch lieber. Er hatte noch zwei Jahre zu dienen, aber die zwei Jahre waren zu viel für sein Heimweh. Er war in dem einen Jahre tüchtiger geworden, und als Diener boten sich ihm mehr Gelegenheiten. Er hatte die Pläne zu reinigen und mußte, wo der Schlüssel zur Vorratskammer hing. Er entwarf einen Fluchtplan, und eines Nachts machten sich zehn Malaitaleute und einer von San Cristoval aus dem Staube und zogen eines der Boote an den Strand. Mauki war es, der den Schlüssel zum Vorriegelschloß des Bootes besorgte, und Mauki war es, der das Boot mit einem Duzend Bindfesträusen, einer ungeheuren Menge Runiton, einer Kiste Dynamit mit Zündschnur und Zünder und zehn Kisten Tabak verpackte.

Der Nordwestmonsum wehte, und sie flogen zur Nachtzeit nach Süden, während sie sich bei Tage auf einsamen, unbewohnten Inseln versteckten oder ihr Boot in das Dickicht der großen Inseln zogen. So erreichten sie Guadalcana, fuhren die halbe Küste entlang und kreuzten durch die Indispensable Straits nach der Floridainsel. Hier töteten sie den Mann aus San Cristoval, hoben den Kopf auf und kochten und fraßen das übrige. Die Küste von Malaita war nur zwanzig Meilen entfernt, aber in der letzten Nacht hinderten eine starke Strömung und widrige Winde sie daran, hinüberzugelangen. Der kommende Tag fand sie noch einige Meilen von ihrem Ziele. Der Tag brachte aber auch einen Kutter mit zwei weißen Männern, die keine Angst vor elf mit zwölf Gewehren bewaffneten Malaitaleuten hatten. Mauki und seine Kameraden wurden nach Tulagi zurückgebracht, wo der große weiße Herr über alle weißen Männer wohnte, und der große weiße Herr hielt Gericht, worauf die Ausreißer einer nach dem anderen angebanden wurden und zwanzig Peitschenhiebe erlitten; außerdem wurden sie zu einer Geldstrafe von fünfzehn Dollar verurteilt. Dann wurden sie nach Neu-Georgia zurückgebracht, wo die weißen Männer sie alle die Glocken läuten hören und dann wieder arbeiten ließen. Er wurde in die Begebauabteilung versetzt. Die Geldstrafe von fünfzehn Dollar war von den weißen Männern bezahlt worden, denen er entsaufen war, und man sagte ihm, daß er sie abarbeiten müsse, was sechs Monate Zwangsarbeit bedeutete. Außerdem brachte ihm sein Anteil an dem gestohlenen Tabak ein weiteres Jahr Arbeit ein.

Port Adams war nur dreißig Meilen entfernt, und so stahl er eines Nachts ein Kanu, verbarg sich auf den Inseln der Manning Straits, durchquerte die Straße und begann, die Ostküste von Habel entlang zu fahren, um nach zwei Dritteln des Weges bei der Meringe-

Logone von den weißen Männern gefaßt zu werden. Nach einer Woche entwich er ihnen und sah in den Büsch. Auf Habel waren keine Buschmänner, nur Salzwasserente, die Christen waren. Die weißen Männer legten eine Belohnung von hundert Stück Tabak aus, und jedesmal, wenn Mauki sich ans Meer schick, um ein Kanu zu stehlen, wurde er von den Salzwasserenten verdeckelt. So verstrichen vier Monate. Als dann die Belohnung auf tausend Stück erhöht wurde, fahnen sie ihn und brachten ihn zum Wapogan nach Neu-Georgia zurück. Nun sind tausend Stück Tabak fünfzig Dollar wert, und Mauki mußte die Belohnung selbst bezahlen, was ein Jahr und acht Monate Arbeit bedeutete. Port Adams war jetzt also fünf Jahre entfernt.

Sein Heimweh war größer als je, und es fiel ihm nicht ein, sich zu beruhigen, gut zu tun, seine fünf Jahre abzuwarten und dann heimzukehren. Das nächstemal wurde er auf frischer Tat ertappt. Sein Fall wurde Mr. Hoobey, dem Inspektoralter der Mondschein-Selbst-Gesellschaft, vorgelegt, der ihn für unverbesserlich erklärte. Die Gesellschaft besah Plantagen auf den Betracraginseln, Hunderte von Weilen jenseits des Meeres, und dahin wurde Mauki geschickt, kam aber niemals an. Der Schoner hielt bei Santa Anna, und in der Nacht schwamm Mauki an Land, stahl dem Händler dort zwei Kisten und eine Kiste Tabak und fuhr in einem Kanu nach San Cristoval. Malaita lag jetzt im Norden, fünfzig bis sechzig Meilen entfernt. Aber bei dem Versuch der Überfahrt wurde er von einem frischen Wind gefaßt und nach Santa Anna zurückgetrieben, wo ihn der Händler bis zur Rückkehr des Schoners von Santa Cruz in Eisen legte. Die zwei Kisten fand der Händler wieder, die Kiste Tabak aber wurde Mauki als weiteres Jahr auf die Rechnung gesetzt. Er schuldete der Gesellschaft jetzt im ganzen sechs Jahre.

Auf dem Rückwege nach Neu-Georgia ging der Schoner im Maraukan, an der äußersten Südspitze von Guadalcana vor Anker. Mauki schwamm, mit Handschellen an den Gelenken, an Land und kletterte in den Büsch. Der Schoner fuhr ab, aber der Vertreter der Mondschein-Gesellschaft sah eine Belohnung von tausend Stück aus, und so brachten die Buschmänner ihn Mauki mit einem weiteren Jahr und acht Monaten auf der Rechnung. Wieder sah er, diesmal, ehe der Schoner einließ, in einem Boot in Begleitung von einer Kiste Tabak des Händlers. Aber eine Nordwestströmung warf ihn bei Ugi an Land, wo die christlichen Eingeborenen seinen Tabak stahlen und Mauki zu dem dort residierenden Mondscheinhändler brachten. Der von den Eingeborenen gestohlene Tabak bedeutete ein weiteres Jahr für ihn, so daß die Rechnung sich jetzt auf acht und ein halbes Jahr belief.

„Wir schicken ihn nach Nord Howe“, sagte Mr. Hoobey. „Da ist Busch, und die können sehen, wie sie miteinander fertig werden. Entweder, denke ich, wird Mauki mit Busch fertig, oder Busch mit Mauki, und wir sind sie auf jeden Fall los.“

(Fortsetzung folgt)

# WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche Waren aller Art welche z. T. eigens für diesen Zweck aufgestapelt,

Mengenabgabe vorbehalten — Verkauf nur so weit Vorrat

zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

## GARDINEN

- Trikotagen**
- Damen-Hemdchen echt Maße, weiß, 100 cm lang .. 1.95
  - Damen-Hemdchen echt Maße, weiß, fein gewirkt, alle Größen 2.90
  - Herren-Hemden u. -Hosen wollenweich u. makuliert 2.90
  - Herren-Garnituren Jacke u. Hose, alle Größen, Baumwolle, alle Größen 3.90

- Schürzen**
- Tändelschürzen mit reicher Stickerei 75, 85 Pf.
  - Servierschürzen feiner Stoff, versch. Art. 1.15, 1.35, 1.95
  - Wiener Form hatist u. reicher Stickereigarnitur 1.95, 2.25, 2.75
  - Jumperform aus best. Stoffen in versch. Ausführ. 1.95, 2.45, 2.95

- Weisswaren**
- Babikragen aus Fines, verschiedene Formen 65 Pf.
  - Babiwesten aus Fines mit Perlmutterknöpfen 95 Pf.
  - Babiwesten aus Opal, elegante Ausführung, für runden Ausschnitt 2.10

**Klöpplspitzen** u. -stickerei, maschinen-gelöppt, ca. 8 cm br., 8 Pf.

- Etamin-Halbstores mit Einsteck ..... 2.45 3.90
- Etamin-Halbstores mit Handarbeiteneinstücken ..... 5.90 7.75
- Etamin-Garnituren mit Einsteck ..... 4.90 6.50
- Tüll-Garnituren steifig ..... 3.75 4.90
- Etamin-Bettdecken mit Einsteck, 2 Bettig ..... 8.75 12.00
- Tüll-Bettdecken neue Muster, 2 Bettig ..... 8.50 12.75
- Scheibengardinen Meterware ..... Meter 48, 65 Pf.
- Schalgardinen Meterware ..... Meter 78 Pf. 1.20

Verlangen Sie unseren Spezialkatalog für die Weisse Woche

- Strümpfe**
- Damen-Strümpfe Baumwolle, mit Doppelsohle und Hochleiste ... 75 Pf.
  - Damen-Strümpfe in Seidenfärb und Maße, mit Doppels., Hochleiste u. Kahl 1.50
  - Herren-Socken Baumwolle, mit Längsstreifen, Doppelsohle und Hochleiste 95 Pf.
  - Strümpfe für Kinder, 1x1 gestr., Gr. 1-58, 5-78, 8-11 98 Pf.

- Handarbeiten**
- Nachttischdecken mit Einsteck u. Spitzen 1.50
  - Mittendecken 60x60, mit Einsteck u. Spitzen 2.50
  - Korb Tischdecken 60x60, mit Einsteck u. Spitzen 4.50
  - Tischläufer mit Einsteck und Spitzen ..... 3.90

- Stickereien**
- Rockstickereien ca. 18 cm breit... Meter 65 Pf.
  - Wäschestickereien ca. 5 cm br., neue Muster, Coupois ca. 4 1/2 Meter 95 Pf.
  - Valenciennespitzen franz. Fabr., neue Muster, Coup. ca. 1 m 1.10

**Klöpplspitzen** u. -stickerei, maschinen-gelöppt, ca. 8 cm br., 15 Pf.

# HERMANN TIETZ

**August Rosenstengel**  
 August Rosenstengel  
 Otto als Sohn.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Achtung! Bertramsteuer Achtung!  
 Bruno Richter & Co.

**1000 Strickwesten**  
 Sportjacken etc. aller Art.  
 Bruno Richter & Co.

**Schwerhörige**  
 Hörkapsel-Gesellschaft  
 Breslau X, Matthiasstraße 26.

**Verkäufe**  
 Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

**Möbel**  
 Möbel direkt ab Fabrik, Konkurrenzlos billig, auf bewährte Ausführung nur im Möbelhaus Humboldt.

**Möbel**  
 Möbel direkt ab Fabrik, Konkurrenzlos billig, auf bewährte Ausführung nur im Möbelhaus Humboldt.

**Möbel**  
 Möbel direkt ab Fabrik, Konkurrenzlos billig, auf bewährte Ausführung nur im Möbelhaus Humboldt.

**Möbel**  
 Möbel direkt ab Fabrik, Konkurrenzlos billig, auf bewährte Ausführung nur im Möbelhaus Humboldt.

**Möbel**  
 Möbel direkt ab Fabrik, Konkurrenzlos billig, auf bewährte Ausführung nur im Möbelhaus Humboldt.

**Musikinstrumente**  
 Klavier, Gitarre, etc.

**Fahrräder**  
 Motorräder, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Schreibmaschinen**  
 Maschinensysteme, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Kaufgesuche**  
 Kaufgesuche, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Unterricht**  
 Unterricht, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Vermietungen**  
 Vermietungen, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Arbeitsmarkt**  
 Arbeitsmarkt, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Schlösser**  
 Schlösser, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Feuerstühle**  
 Feuerstühle, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Mechaniker**  
 Mechaniker, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Stellenangebote**  
 Stellenangebote, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Stellenangebote**  
 Stellenangebote, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Stellenangebote**  
 Stellenangebote, Kleinauswahl, alle Marken am Lager, leicht noch vor Anfang der Saison lieferbar.

**Tüchtige, fachkundige Verkäufer(innen)**  
 für  
**Kleiderstoffe Seidenwaren Möbelstoffe Gardinen**  
 sofort gesucht.  
 Meldungen von 5-7 Uhr nachm.  
**JANDORF**  
 Charlottenburg  
 Wilmersdorfer Str. 118/119

**Tüchtige, fachkundige Verkäuferinnen**  
 für  
**Wäsche Handarbeiten Trikotagen**  
 sofort gesucht.  
 Persönl. Meldungen zwischen 12-2 mittags und 5-7 abends  
**JANDORF**  
 Kottbuser Damm 1

**Tüchtige, fachkundige Verkäufer**  
 für  
**Möbelstoffe Teppiche Kleiderstoffe**  
 sofort gesucht.  
 Persönl. Meldungen zwischen 12-2 mittags und 5-7 abends  
**JANDORF**  
 Kottbuser Damm 1